Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 18. Freitag, den 1. März 1895. Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 5. März 1895, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 8. März 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **27. Februar 1895** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Von Seite der Cabinetskanzlei Sr. Majestät des Kaisers ist mir folgende Zuschrift zugegangen (die Versammlung erhebt sich — liest):

„Im Allerhöchsten Auftrage Seiner k. und k. Apostolischen Majestät beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren mit Bezug auf das geschätzte Schreiben vom 20. Februar d. J. ergebenst zu ersuchen, der Wiener Stadtvertretung für die theilnahmsvolle Trauerkundgebung aus Anlass des Ablebens Seiner k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Albrecht den wärmsten Dank unseres Allergnädigsten Herrn bekanntgeben zu wollen.

Wien, 22. Februar 1895.

Braun.“

Wird ehrfurchtsvoll zur Kenntnis genommen.

2. Herr Gem.-Rath Wünsch entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Krankheit, Herr Gem.-Rath Geitler wegen eines Trauerfalles in seiner Familie, Herr Gem.-Rath Wurm wegen Unwohlseins, ebenso die Herren Gem.-Räthe Dr. Hackenberg, Dr. Friedjung, Adam, Dr. Zimmermann, Dr. v. Billing und Herrdegen.

3. Se. Durchlaucht der regierende Fürst von und zu Liechtenstein hat seiner großmüthigen Schenkung von Ölgemälden eine neuerliche Spende von sechs wertvollen Ölbildern hinzugefügt (Beifall), welche unserer Sammlung in dem neuerrichteten „Liechtenstein-Zimmer“ einverleibt wurden. Die Sammlung wurde bereits zur öffentlichen Besichtigung übergeben und erfreut sich allgemeiner Theilnahme und Aufmerksamkeit. Der Gemeinderath erhebt sich zum Zeichen des Dankes von den Sitzen. (Beifall. — Die Versammlung erhebt sich.)

4. Herr Baron Springer hat anlässlich des Ablebens seines Bruders Hermann zur Vertheilung an Arme des XII. Gemeindebezirkes 2000 fl. gespendet.

5. Ein Ungenannter spendet zur Ehrung des verblichenen Herrn Erzherzogs Albrecht 25 fl. für eine würdige arme Handwerkerfamilie.

6. Der Buchhändler Karl Konegen hat ein Porträt Ferdinand Raimunds, gemalt von Lampi, für die städtische Sammlung gespendet.

7. Der Holzhändler Josef Proßnitz hat für die Armen des XV. Bezirkes, Neu-Fünfhaus, 12 Raummeter Brennholz gespendet.

8. Herr Dr. Fischer hat eine dem Andenken seines Onkels Dr. Adolf Fischhof gewidmete Medaille behufs Einverleibung derselben ins historische Museum gespendet.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

9. Anfrage des Herrn Gem.-Rathes Sauerborn, betreffend die unrichtige Abwage einer von dem Fuhrwerksbesitzer Johann Schramm gekauften Fuhre Heu auf der städtischen Heu- und Strohwage im V. Bezirke.

Herr Gem.-Rath Sauerborn hat in Betreff der unrichtigen Abwage einer von dem Fuhrwerksbesitzer Johann Schramm gekauften Fuhre Heu auf der städtischen Wage des Heu- und

Strohmarktes im V. Bezirke interpelliert und die Untersuchung des Falles begehrt.

Die hierüber gepflogenen eingehenden Erhebungen, welche im Anschlusse vorgelegt werden, haben folgendes ergeben:

Es ist richtig, dass von dem Wagmeister bei der Abwage der Fuhre Heu das Gewicht derselben mit 2040 kg angegeben wurde, während die auf der städtischen Wage am Eugenplatze unter der Controle eines Marktbeamten erfolgte Abwage als das richtige Gewicht dieser Fuhre Heu 1640 kg ergab. Da durch die Erhebungen nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, ob die falsche Gewichtsangabe bei der Wage im V. Bezirke auf einen Irrthum des Wagmeisters oder auf einem sträflichen Verschulden, beziehungsweise sträflichen Einverständnisse mit dem Verkäufer beruht, so ist der Act an die k. k. Staatsanwaltschaft zur weiteren Amtshandlung abgetreten worden.

Unter einem wurde vom Magistrate verfügt, dass der betreffende Bedienstete, der bisher als Wagmeister und Hallendiener beschäftigt wurde, zum Abwägegeschäfte bei einer städtischen Brückenwage nicht mehr verwendet wird.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

10. Anfrage des **Gem.-Rathes Strobach:**

Am 18. Jänner d. J. ist der Bezirksvorsteher des V. Bezirkes, Herr Johann Flurschütz, gestorben.

Laut § 36 des Gesetzes vom 19. December 1890 ist die Neuwahl des Bezirksvorstehers binnen vier Wochen für die restliche Dauer der Wahlperiode vorzunehmen.

Da bis heute nicht nur vier, sondern schon mehr als fünf Wochen verstrichen sind, ohne dass die Neuwahl vorgenommen wurde, ist obencitiertes Gesetz in eklatanter Weise verletzt worden.

Ich stelle daher die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den gesetzwidrigen Zustand beim Bezirksausschusse Margarethen unverzüglich zu beheben, die Neuwahl sofort zu veranlassen und auf diese Weise endlich dem Gesetze Achtung zu verschaffen?

Bürgermeister: Die Ausschreibung der Wahlen ist bereits im Zuge; die Wahlen werden in der nächsten Woche vorgenommen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

11. Anfrage des **Gem.-Rathes Geyer:**

Dermalen geschieht das Umspannen der Pferde für die nach der Endstation Weinhaus verkehrenden Waggons der Wiener Tramway-Gesellschaft in der Währing-Weinhauserstraße, an der Ecke der Lazzaristengasse. Die Straße ist für den Verkehr dort sehr enge und müssen die Pferde oft siebenmal das Trottoir an der Ecke der Lazzaristengasse passieren, um in den an der Ecke der Lazzaristen- und Gentzgasse gelegenen Stall und dann wieder an die Umspannstelle zu gelangen. Da dieser Stall nur eine einfache Thür hat, so müssen bei Doppelgespannen die Pferde einzeln in die Weinhauserstraße geführt und dort erst zusammengekoppelt werden, wodurch das gegen die Lazzaristengasse gelegene Trottoir der Weinhauserstraße stetig von Pferden belagert und der Verkehr auf demselben einfach unmöglich ist.

Die Wiener Tramway-Gesellschaft hat daher in richtiger Erkenntnis des absolut Unzulässigen dieses Zustandes schon vor einiger Zeit die Bewilligung zum Bau eines Stalles auf dem freien Platze zwischen der Weinhauserstraße und Gentzgasse an der Endstation der Tramwaylinie Weinhaus erhalten, diesen Bau aber aus Ersparungsrücksichten und wegen der daran geknüpften Kündigungsclausel bisher unterlassen, so dass die Verkehrsstörung an der Ecke der Lazzaristengasse in ungeschwächtem Maße fortbesteht und das dort verkehrende Publicum in seiner Sicherheit beständig gefährdet ist.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich nun an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob derselbe geneigt ist, diesen Übelstand zu beseitigen und der Wiener Tramway-Gesellschaft die sofortige Auflassung des Stalles in der Lazzaristengasse, sowie den Bau eines solchen an dem Hause Währing-Weinhauserstraße Nr. 88/90 zwischen dieser Straße und der Gentzgasse aufzutragen?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Maresch:**

Bei den in letzter Zeit vorgenommenen Reconstructionen alter Straßencanäle im XVI. und XVII. Bezirke, bei welchen infolge Änderung des Canalniveaus in der Regel die Einmündung der Hauscanäle geändert werden musste, wurden die hievon betroffenen Hausbesitzer durch die Gemeinde Wien zur Zahlung der hiedurch verursachten Reconstructionskosten verhalten.

Demzufolge haben die Hausbesitzer, welche Mitglieder der Hausbesitzervereine im XVI. und XVII. Bezirke sind, thatsächlich 3363 fl. 60 kr. an die Bauunternehmer bezahlt, wovon nach Ausscheidung aller mit Recht den Hausbesitzern obliegenden Posten 2663 fl. 26 kr. auf eigentliche Einmündungskosten entfallen.

Nachdem die Hausbesitzer nach der Jurisdiction des Obersten Gerichtshofes nicht schuldig sind, bei Umlegung bereits bestehender Straßencanäle die schon beim Bau der Canäle, beziehungsweise der dahin einmündenden Häuser von ihnen gezahlten Einmündungsgebüren neuerdings zu zahlen, da diese Kosten die Gemeinde allein treffen, so haben die Hausbesitzervereine des XVI. und XVII. Bezirkes bei dem hochlöblichen Stadtrathe bereits am 31. August 1893 um Veranlassung der Rückerstattung obiger 2663 fl. 26 kr. angesucht, aber bisher keine Erledigung erhalten.

Da hier eine principielle Frage von großer Bedeutung, welche bei allen fernerhin nothwendig werdenden Canalumlegungen immer wieder aufgeworfen werden würde, definitiv zu lösen ist, um künftighin wiederkehrenden irrigen Zahlungen seitens der Hausbesitzer und den dadurch hervorgerufenen Reclamationen vorzubeugen, erlaube ich mir, an den geehrten Herrn Bürgermeister die höflichen Fragen zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister über die obenerwähnte Rechtsfrage und über den speciellen Fall, betreffend die Hausbesitzer des XVI. und XVII. Bezirkes, orientiert?

In welchem Sinne wird die städtische Verwaltung zu dieser Rechtsfrage Stellung nehmen?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, in kürzester Zeit eine Entscheidung treffen zu lassen, welche dem Ansuchen der Hausbesitzervereine Rechnung trägt oder denselben Gelegenheit gibt, die weiteren Schritte zu unternehmen, um ihre Rechte klarzustellen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Jedlička** und Genossen:

Zwischen der Herrengasse (jetzt Gentzgasse) 71/73 und Hauptstraße (jetzt Währing, Weinhauserstraße) im XVIII. Bezirke, Währing, ist eine kurze namenlose Gasse, welche über Beschluss der Budget-Commission im Laufe des heurigen Jahres neu gepflastert werden soll.

Im Volksmunde hat diese kurze Gasse schon längst den Namen „Argauergasse", bei der Straßenbenennung wurde sie aber übersehen und erscheint unter den neubenannten Straßen und Gassen nicht angeführt, ist infolge dessen namenlos.

Nachdem die Budget-Commission ihr den nicht officiellen Namen Argauergasse beilegte und nachdem der Träger des Namens Argauer, sowie seine Vorfahren sich um die ehemalige Gemeinde Währing Verdienste erworben haben, stelle ich den Antrag:

Der Gemeinderath beschließe, dass diese Gasse officiell mit dem Namen „Argauergasse" benannt und in das Verzeichnis der Straßen und Gassen Wiens aufgenommen wird.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Purscht:**

Seit einiger Zeit mehren sich die Unglücksfälle durch Explodieren von Petroleum. Es ist daher geboten, dass diesem für Beleuchtungszwecke so wichtigen Handelsartikel von Seite des Marktcommissariates die größte Aufmerksamkeit zutheil wird, da ja der Handel mit explodierbarem Petroleum direct verboten ist.

Würde den früheren, zahlreichen Anträgen hierüber Folge gegeben worden sein, so wären viele Menschenleben nicht derart gefährdet worden. Leider ist durch den großen Aufschwung des Hausierhandels in diesem Artikel die Controle bedeutend erschwert.

Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass das Marktcommissariat beauftragt werde, jedes Barrel Petroleum auf den Lagerplätzen, bevor es in den Handel kommt, auf die Qualität

genau zu prüfen, und ich bitte den sehr verehrten Herrn Bürgermeister, um weitere Unglücksfälle zu verhüten, die Durchführung dieser Angelegenheit möglichst zu beschleunigen.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Dehm (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes K. J. Müller** und Genossen:

Die im Zuge befindliche Angelegenheit hinsichtlich der Erweiterung des Lagerhauses der Stadt Wien durch den Bau eines großen, mit maschinellen Vorrichtungen ausgestatteten, dem heutigen großen Verkehre entsprechenden Gebäudes am Donaustrome ist gegenwärtig im Stadium reiflicher Berathungen der maßgebenden Factoren. Es ist zu erwarten, dass die hohe Regierung dieser für den Handel und die Approvisionierung Wiens so wichtigen Frage jenes Maß von Wohlwollen entgegenbringen und jene Erleichterungen gewähren wird, welche von der Gemeinde Wien als unerlässlich aufgestellt wurden.

Von der Genehmigung dieser hier nicht näher zu bezeichnenden Details, aber auch nur in diesem Falle, wird es abhängen, ob sich die Commune Wien abermals entschließen wird, zum Zwecke der Erweiterung des Lagerhauses neue und große Investitionen zu machen.

Aber auch in anderer Weise wird das hohe Handelsministerium in Bälde in die Lage kommen, sein Wohlwollen, welches es der Lagerhausfrage entgegenbringt, zu bethätigen.

Es läuft nämlich Ende dieses Jahres der Mietvertrag ab, laut welchem die Gemeinde Wien die Maschinenhalle zu Lagerhauszwecken gemietet hat.

Es ist bekannt, mit welchen Opfern die Gemeinde Wien die Maschinenhalle ausgestattet, die Bahnanlage geschaffen, vergrößert und in einer für den dortigen herrschenden großen Verkehr geeigneten Weise erweitert hat. — Aus den 19jährigen Verwaltungsberichten kann man sich sehr leicht von diesen Summen, sowie von den großen Erhaltungskosten, welche dieses Gebäude jährlich erfordert, überzeugen.

Die zu zahlende Miete ist wohl nicht groß, die Erhaltungskosten jedoch sind hiebei zu berücksichtigen und diese sind, wie schon erwähnt, sehr bedeutende.

Es ist eine Anomalie, in ein fremdes Gebäude so große Summen zu investieren, und darum empfiehlt es sich, dass die Gemeinde auf eine größere Anzahl von Jahren den Mietvertrag erneuert; oder wäre, wie schon erwähnt, das h. Handelsministerium in der Lage, sein Wohlwollen in der Frage zum Ausdrucke zu bringen, indem es die Maschinenhalle der Commune gänzlich, und zwar kostenlos überlässt, im äußersten Falle aber auf Grund der jährlichen Miete käuflich überträgt.

Kleinliche oder gar fiscalische Bedenken wären hier umsoweniger am Platze, als doch der Staat in erster Linie dazu berufen ist, den Handel zu fördern und das von der Commune Wien begonnene Werk beleben zu helfen. Ein Hinweis, wie die fremden, namentlich aber die ungarische Regierung fortwährend bemüht sind, den Lagerhäusern und den damit im engsten Zusammenhange stehenden Verkehrsfragen durch Errichtung von Lagerhäusern und Umschlagplätzen, Schaffung eigener Schiffsunternehmungen 2c. neue Handelscentren zu schaffen, würde sehr zu Ungunsten Wiens ausfallen.

Die Budapester Lagerhäuser haben einen Fassungsraum von 800.000 Meter-Centner, während die hiesigen städtischen Anlagen nur beiläufig die Hälfte der Pester fassen.

Die Beendigung der Regulierung des Eisernen Thores, sowie die Beseitigung der Hindernisse bei Gönye lassen mit Bestimmtheit eine große Belebung des Donaustromes erwarten, und es soll sich nicht immer das beschämende Schauspiel wiederholen, dass die Gemeinde infolge Überfüllung ihrer Lagerhäuser bemüssigt ist, die Warenaufnahme zu sistieren und damit das Ablenken der Güter von Wien zu fördern.

Während nun durch die Erbauung eines neuen Lagerhauses am Donaustrome für die per Schiff anlangenden Waren Platz geschaffen und durch den erst kürzlich errichteten Umschlagplatz eine größere Bewegung der Schiffsgüter der Realisierung entgegengehen soll, sollten die Räume in den Prateranlagen hauptsächlich für die per Bahn kommenden Güter bestimmt sein, und weil doch die Bahnen und der Staat als Besitzer derselben an der Belebung des Lagerhauses das größte Interesse haben, so ist zu erwarten, dass alle berufenen Organe der Lagerhausfrage ein entgegenkommendes Wohlwollen bethätigen und dass namentlich das hohe Handelsministerium, an dessen Spitze zum Glücke ein Mann steht, der weitere Gesichtspunkte im Auge hat, der Commune Wien und dadurch dem österreichischen Handel, sowie der Approvisionierung Wiens jene Erleichterungen gewähren wird, dass Wien nicht gegen andere Städte, hauptsächlich gegen Budapest zurückbleibt.

Auf Grund dieser Ausführungen stellen die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, es sei an das hohe Handelsministerium die Bitte zu richten, die hohe Regierung wolle die Maschinenhalle im k. k. Prater zu Lagerhauszwecken der Commune Wien in das Eigenthum übergeben.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Gem.-Rath Steiner (zu einer persönlichen Bemerkung): In der Sitzung vom 15. Februar habe ich gelegentlich der Debatte über die Ergreifung einer Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof aus Anlass der verweigerten Änderung der Marktordnung für die Großmarkthalle eine Äußerung gethan, welche vom Herrn Bürgermeister als gegen die Marktbehörde gerichtet und dieselbe verletzend aufgefasst wurde. Ich erkläre dem gegenüber, dass es mir durchaus fernegelegen war, der Ehre und dem Ansehen der städtischen Marktbehörde auch nur im geringsten nahezutreten.

Bürgermeister: Wir gehen zur Tagesordnung über.

16. (918.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Ich habe die Ehre, über Geschäftszahl 918 zu referieren, und zwar handelt es sich um die Genehmigung des Projectes und Genehmigung der Kosten für die Herstellung eines Schöpfwerkes für Bespritzungszwecke in Neuwaldegg im XVII. Bezirke. Die Herstellung dieses speciellen Schöpfwerkes ist dringendst nothwendig; denn es hat sich schon im vorigen Jahre und vor zwei Jahren gezeigt, dass namentlich in Bezug auf die Bespritzung crasse Übelstände bestehen, und dass diese Herstellung entschieden nothwendig ist.

Der Wassermangel konnte nur dadurch theilweise paralysiert werden, dass man zu dem Mittel gegriffen hat, aus dem Teiche des Schwarzenberggartens das Wasser zu entnehmen. Diese Entnahme war zeitlich begrenzt, weil das Wasser mit Rücksicht auf die Fischzucht nicht mehr zur Verfügung gestellt werden konnte. Es wird daher unter Genehmigung des Projectes vom Stadtrathe empfohlen, der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

„Genehmigung des vorgelegten Projectes mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 5200 fl. und Ertheilung der Baubewilligung."

Ich bitte um die Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung. — Angenommen.

Beschluss: Das Project zur Herstellung eines Schöpfwerkes für Bespritzungszwecke in Neuwaldegg, XVII. Bezirk, wird mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 5200 fl. genehmigt und für dasselbe die Baubewilligung ertheilt.

17. (1216.) **Referent Gem.-Rath Schlechter:** Es handelt sich um das Ansuchen des Comités der Wiener Mode-Ausstellung um eine Subvention für diese Ausstellung. Dieses Comité veranstaltet in den Monaten März und April in den Sälen der k. k. Gartenbau-Gesellschaft eine sogenannte Mode-Ausstellung und es ist dabei zu bemerken, dass diese Ausstellung nicht bloß von Mitgliedern des Modeclubs beschickt werden kann, sondern dass dieselbe für alle Gewerbetreibenden, welche der Bekleidungsindustrie angehören, bestimmt ist. Mit Rücksicht darauf, dass es gewiss auch Aufgabe der Gemeinde ist, ein solches, die gewerblichen Interessen Wiens förderndes Unternehmen zu unterstützen, wird vom Stadtrathe vorgeschlagen, der löbliche Gemeinderath möge in Berücksichtigung des Zweckes den Betrag von 300 fl. als Subvention bewilligen.

Ich bitte um die Annahme.

Gem.-Rath Lang: Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Referenten und darauf, dass der Betrag von 300 fl. doch zu gering für eine so bedeutende Ausstellung erscheint, welche von Seite einer großen Anzahl von Gewerbetreibenden arrangiert wird, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, es möge ein Betrag von 500 fl. bewilligt werden.

Gem.-Rath Bärtl: Ich bitte Sie, den Antrag des Referenten anzunehmen. Wenn wir nur eine Subvention zu bewilligen und ein Unternehmen zu unterstützen hätten, so würde ich dem Herrn Vorsprecher rechtgeben. So aber kommen hunderte von solchen Geschäftsstücken zusammen. Der Antrag des Stadtrathes ist gut

und reiflich erwogen. Ich bitte Sie auch, denselben anzunehmen und auf den Antrag meines Herrn Vorsprechers nicht einzugehen.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlussworte): Als Gewerbetreibender müsste ich wohl erklären, dass ich speciell den Antrag des Herrn Collegen Lang empfehlen könnte. Aber als Mitglied des Stadtrathes bin ich verpflichtet, für den Stadtraths-Antrag einzutreten und glaube, dass wir, nachdem wir bei ähnlichen Angelegenheiten immer auch entsprechend dieser von mir bereits empfohlenen Summe uns an den Antrag des Stadtrathes gehalten haben, bei dieser Subvention bleiben, da ja das nicht die einzige Ausstellung ist, welche wir unterstützen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Lang hat den weitergehenden Antrag gestellt, es sei die Subvention an das Comité der Wiener Mode-Ausstellung 1895 mit dem Betrage von 500 fl. zu bestimmen. Die Herren, welche mit dieser höheren Ziffer einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Nach einer Pause:) Minorität.

Die Herren, welche für den Betrag von 300 fl. stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem Comité der Wiener Mode-Ausstellung 1895 wird eine Subvention von 300 fl. gewährt.

18. (1089.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Das Referat betrifft die Baulinienbestimmung für einen Theil der Kobenzlgasse im XIX. Bezirke. Für die Kobenzlgasse, das ist jene Gasse, welche mitten durch den Ort Grinzing geht, war seinerzeit bereits eine Baulinie ministeriell bestimmt, und zwar ist eine Straßenbreite von 11·38 m fixiert gewesen. In Anbetracht dessen, dass der Gemeinderath vor nicht langer Zeit eine Fortsetzung dieser Straßen, das ist jener Straße, welche vom Badhause in die Steinbrüche führt, in der Breite von 16 m bestimmt haben, und in Anbetracht des Umstandes, dass dies die einzige Straße ist, welche mitten durch Grinzing führt, daher sehr frequent ist, erschien den Ämtern und dem Stadtrathe die ministeriell genehmigte Breite von 11·38 m zu gering. Es wird daher der Antrag gestellt, diese Straße zu verbreitern, und zwar ebenfalls auf 16 m in der Weise, wie es hier mit gestrichelten Linien auf dem Plane ersichtlich gemacht ist, und zwar in der Strecke zwischen der Kirche und der Biegung der Straße, welche gegen Heiligenstadt führt. Es sollen im oberen Theile dieser Straße, und zwar zwischen der Feilergasse und dem Badhause beiderseits Vorgärten hergestellt werden, und zwar in der Breite von 6 m. Im unteren Theile soll eine dichte Verbauung platzgreifen, weil dort eine solche bereits jetzt besteht und weil die Realitäten an und für sich sehr schmale sind. Die Ausgestaltung des dreieckigen Platzes, welcher hier ersichtlich ist, und die Baulinienbestimmung am Bade selbst, wo die Abzweigung gegen Heiligenstadt geschehen soll, wird vorläufig in suspenso belassen, weil das Bureau für den General-Regulierungsplan diesbezüglich keine Anträge gestellt und sich vorbehalten hat, in nächster Zeit auch diese Baulinien zu fixieren.

Ich erlaube mir, die Anträge des Stadtrathes, welche zur Zahl 29 vorliegen, Ihnen zur Annahme zu empfehlen. Ich bemerke noch, dass die Verbauungsart derart fixiert ist, wie es gewöhnlich für ländliche Bezirke der Fall ist, dass höchstens zwei Stock hohe Häuser erbaut werden dürfen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Die Anträge sind angenommen.

Beschluss: Es sind:

1. die ministeriell genehmigten Baulinien der Cobenzlgasse im XIX. Bezirke in der Strecke von Or.-Nr. 32 bis 42, Nr. 46 bis 52 und Nr. 15 bis 31 unter Zugrundelegung einer Straßenbreite von 16 m nach den Linien A B und C D einerseits, beziehungsweise E F G andererseits abzuändern;

2. die Baulinienbestimmung für die Strecke von den Realitäten Nr. 33 und 35, sowie die allfällige Platzbildung bei Nr. 44 vorläufig in suspenso zu belassen;

3. die Art der Verbauung mit Wohnhäusern derart zu bestimmen, dass

a) dieselben außer einem bewohnbaren Erdgeschosse (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als höchstens zwei Stockwerke erhalten dürfen, wobei ein Mezzanin als Stockwerk zu rechnen ist, jedoch einzelne über diese Geschosse hinausragende Gebäudetheile, wie Thürme, Giebel und dergleichen nicht zu beanständen wären,

b) die Wohnhäuser in geschlossener Bauweise ausgeführt werden dürfen, jedoch

c) in der Strecke A B und E F G gegen die Straße mit einem 6 m breiten Vorgarten versehen werden, wie letztere bereits für den oberen Theil der Cobenzlgasse bestimmt sind;

4. die Niveaux nach Maßgabe der im Plane eingezeichneten Coten zu genehmigen.

19. (732.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Weiters habe ich die Ehre, über den Antrag des Stadtrathes zur Zahl 31 zu referieren. Derselbe betrifft die Durchführung der Straße zwischen der Lustkandl- und der Sobieskigasse im IX. Bezirke. Die Besitzer der Realitäten zwischen der Sechsschimmelgasse und Säulengasse einerseits und der Lustkandlgasse und Sobieskigasse andererseits sind an die Gemeinde herangetreten mit dem Ersuchen, man möge ihnen bewilligen, durch diese Realität eine Verbindungsstraße zwischen der Sobieskigasse und Lustkandlgasse durchzuführen, weil diese Realitäten von der Sechsschimmelgasse bis zur Säulengasse eine ziemliche Tiefe aufweisen. Es werden hieran gewisse Bedingungen geknüpft, welche in einem Protokolle zum Ausdrucke gebracht sind.

Die betreffenden Besitzer erklären:

1. den Straßengrund, welcher zur Bildung dieser Straße nothwendig ist, unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übertragen und im richtigen Niveau abzutreten;

2. verpflichten sich die Besitzer der Einl.-Z. 825 und 1494, welche an die Säulengasse grenzen, ebenfalls, die Flächen, welche zur Erweiterung, respective Durchführung der Säulengasse nothwendig sind, unentgeltlich an die Gemeinde abzutreten.

Herr Zimmermann, welcher ebenfalls hier betheiligt ist, verpflichtet sich, einen Betrag von 1000 fl. für die Abgrabung des in der Realität Einl.-Z. 52, welche der Gemeinde gehört, liegenden Linienwalles sicherzustellen.

Dieser Act kommt auch deshalb an den Gemeinderath, weil ein Gemeindegrund dadurch tangiert wird, nämlich die Realität Einl.-Z. 52. Um die Durchführung der Straße zu ermöglichen, muss von dieser der Gemeinde gehörigen Realität ein Theil zu Straßenzwecken abgetreten werden. Die Commune ist nun in

folgender Weise an der Sache interessiert. Derzeit besteht die Straße nicht und dann könnte die Gemeinde die ganze Einl.-Z. 52 zur Verbauung bringen. Bei Durchführung der Straße muss sie aber einen Theil an die Straße abtreten und verliert daher einen Theil des Baugrundes. Dieser Verlust wird seitens der Ämter mit circa 6000 fl. veranschlagt. Dem gegenüber aber bestehen verschiedene Vortheile, welche den Stadtrath dazu bewogen haben, den Antrag zu stellen, die Durchführung dieser Straße zu genehmigen. Es spielen hiebei folgende Rücksichten mit: Der Theil der Realitäten 825 und 1494, welcher zur Säulengasse abgetreten werden muss, müsste seitens der Gemeinde, falls die Durchführung der Straße über diese Gründe nicht platzgreift, bezahlt werden, weil dies nach der Bauordnung ein Theil eines Baugrundes ist und es sich daher um keine Parcellierung, sondern um eine Grundabtheilung handelt.

Nach der Berechnung des Bauamtes wäre für diesen Grund mindestens ein Betrag von 8690 fl. zu bezahlen.

Außerdem ist noch zu erwähnen, dass die Realität Einl.-Z. 952, welche an der Sobieskigasse gelegen ist, ebenfalls bei der seinerzeitigen Zurückrückung seitens der Gemeinde entschädigt werden müsste. Nachdem aber ein Theil des von den Anrainern, nämlich von Einl.-Z. 825 und 1518 abzutretenden Straßengrundes in das Eigenthum der Gemeinde kommt, wird die Gemeinde bei der seinerzeitigen Verbauung dieser Realität Einl.-Z. 952 den halben Straßengrund an dieses Haus verkaufen und daher mehr oder weniger diese Realität, respective die Entschädigung in der Hand haben.

Es stellt sich dadurch die Situation so heraus, dass ein Ersparnis von circa 3825 fl. erzielt werden kann. Das Ergebnis ist daher folgendes: Verlust an eigenem Grunde circa 6000 fl., Gewinn, der in dem Ersparnis der Entschädigung in der Säulengasse liegt, circa 8600 fl. plus 3800 fl. bezüglich der Sobieskigasse, also rund 12.000 fl.; der Gemeinde bietet sich daher eine Ersparung von circa 6000 fl. Es ist daher aus ökonomischen Rücksichten anzurathen, dass die Durchführung dieser Straße genehmigt werde. Außerdem ist noch ein anderer Umstand zu erwähnen. Die Säulengasse ist eine Verbindungsstraße des XVIII. mit dem IX. Bezirke, eine Entlastungsstraße der Sechsschimmelgasse, in der sich derzeit die Tramway befindet. Daher ist es nothwendig, diese Straße endlich zu eröffnen, um den Durchzug vom XVIII. in den IX. Bezirk zu ermöglichen. Falls diese Transaction nicht geschieht, so bleibt der Grund in der Säulengasse liegen und wird nicht zur Straße abgetreten. Es ist also dies ein Grund mehr, dass endlich die Säulengasse zur Durchführung gelange. Aus diesen Gründen werden die Anträge, wie sie zur Z. 31 vorliegen, zur Annahme empfohlen. Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Es wird gegen die Anträge keine Einwendung erhoben. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Beschluss: I. Die Gemeinde Wien als Privatinteressentin erklärt sich nur unter den nachfolgenden Bedingungen mit der projectierten Straßendurchführung einverstanden:

1. Der Gemeinde Wien dürfen aus Anlass der zur Herstellung der neuen Straße erforderlichen Grundabtretung und Niveauherstellung keinerlei Kosten erwachsen, und zwar;

a) Es sind daher die von den Realitäten Einl.-Z. 1517, 1518, 951, 825, 1494, IX. Bezirk, zur neuen Straße entfallenden Grundtheile unentgeltlich und lastenfrei an die Gemeinde Wien abzutreten und, mit Ausnahme des mit a b, E F, d o a umschriebenen Grundes, welcher der Gemeinde Wien sammt dem restierenden Baugrunde (mit d e f o umschrieben) zu Compensationszwecken unentgeltlich in das freie und unbelastete Privateigenthum zu übertragen ist, in das Verzeichnis für das öffentliche Gut einzulegen.

Die von diesen Realitäten zur Straße entfallenden Grundtheile sind der Gemeinde im richtigen Niveau zu übergeben.

b) Es ist in Gemäßheit des von Peregrin Zimmermann gestellten Anbotes auch der von der städtischen Realität Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, zur neuen Straße entfallende Grund auf seine Kosten auf das richtige Niveau zu bringen und zu diesem Behufe die angebotene Caution von 1000 fl. bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen.

2. Es sind gleichzeitig die von den Realitäten Einl.-Z. 825 und 1494 nach der genehmigten Baulinie zur Säulengasse und zum Sobieskiplatze entfallenden Grundtheile unentgeltlich und lastenfrei an die Gemeinde Wien abzutreten, in das Verzeichnis für das öffentliche Gut einzulegen und ist der abzutretende Grund auf das richtige Niveau zu bringen. Bezüglich der Einl.-Z. 825 wird die Durchführung dieser ad 2 bezeichneten Verpflichtungen gegen grundbücherliche Sicherstellung derselben zu Gunsten der Gemeinde und Zahlung eines jährlichen Anerkennungszinses von 10 fl. bis zu der längstens binnen einem Jahre auszuführenden Demolierung des auf dieser Realität bestehenden Gebäudes aufgeschoben.

3. Zum Zwecke der Durchführung dieser Grundabtheilungen ist seitens der Eigenthümer der Realitäten Einl.-Z. 1517, 1518, 951, 1509, 825 und 1494 das Parcellierungsproject einzubringen und die Genehmigung desselben zu erwirken, wogegen die Gemeinde ihrerseits die Parcellierung der Realität Einl.-Z. 52 veranlasst und den von dieser Realität zur neuen Straße entfallenden Grund in das Verzeichnis für das öffentliche Gut einleiten wird.

II. Der Wiener Gemeinderath als Baubehörde genehmigt — obzwar dieser Straßenzug aus öffentlichen Rücksichten nicht erforderlich ist — mit Rücksicht auf das erzielte Übereinkommen der Betheiligten, den projectierten Straßenzug unter der Bedingung:

1. dass die auf Grund der getroffenen Vereinbarung von der Gemeinde Wien als Privatinteressentin ad I gestellten Bedingungen erfüllt werden;

2. dass die in der neuen Straße entstehenden Bauten mit Ausnahme der an den Straßenecken aufzuführenden wegen der theilweise geringen Tiefe der entstehenden Baustellen nur mit Parterre und drei weiteren Geschossen hergestellt werden dürfen;

3. dass die Baustellen I und V, Einl.-Z. 1509 und 951, mit Rücksicht auf die neue Baulinie bis zur

Arrondierung durch Nachbargründe nicht verbaut werden dürfen.

Die zur Durchführung bei der sohin folgenden Parcellierung nothwendigen Bedingungen werden vorbehalten.

20. (937.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Weiters habe ich die Ehre, das Referat zur Zahl 34 zu erstatten. Dasselbe betrifft die Überlassung der zur Erbauung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales im XIX., IX. und I. Bezirke erforderlichen städtischen Gründe an die Commission für Verkehrsanlagen. Infolge der Führung der Trace des Sammelcanales in der Strecke, welche seitens des löblichen Gemeinderathes bereits bewilligt worden ist und im heurigen Jahre auch schon zur Durchführung gelangen soll – und zwar vom Schreiberbache im XIX. Bezirke bis zur Postgasse im I. Bezirke — werden Gründe benöthigt, und zwar Gründe, welche theils Eigenthum der Gemeinde sind, theils Eigenthum des Bürgerspitalfondes, worüber die Gemeinde ebenfalls zu entscheiden hat, dann Gründe, welche heute bereits im öffentlichen Gute liegen, und Gründe, welche Privaten gehören. Heute handelt es sich in diesem Referate um die städtischen Gründe und gleich nachher werde ich mir erlauben, das Referat bezüglich der Überlassung der Bürgerspitalsgründe und die Anträge des Stadtrathes vorzulegen. Bezüglich der Gründe, welche heute im öffentlichen Gute sich befinden, ist nicht viel zu erwähnen. Dieselben sind seitens der Gemeinde laut der Bestimmung des Artikels VIII, Punkt 2, des Programmes unentgeltlich zu überlassen verpflichtet, daher bezüglich dieser Gründe keine Anträge weiter gestellt werden. Bezüglich der Gründe, die der Commune gehören, erwähne ich, dass die sämmtlichen Gründe, welche benöthigt werden, bereits in Straßenzügen gelegen sind, deren Baulinien seitens des löblichen Gemeinderathes bestimmt sind, die aber noch nicht eröffnet sind. Von diesen Gründen wird ein Theil zur dauernden, ein Theil zur zeitweiligen Benützung benöthigt. Zur dauernden Benützung sind die Gründe benöthigt, wo die Trace des Sammelcanales geführt wird, zur zeitweiligen jene, welche als Materiallagerplatz dienen. Infolge der Aushebung der Cunetten muss das Material deponiert werden; ehe der Sammelcanal ausgeführt wird, wird die Zuschüttung erfolgen und das andere Material wird wieder weggeführt und das Terrain planiert. Das Princip, das hier zum Ausdrucke kommt, ist das, dass sämmtliche Gründe unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, jedoch nur unter der Bedingung, dass sich die Verkehrs-Commission mit den Pächtern auseinanderzusetzen, sie zu entschädigen hat. Bezüglich der Wegräumung der Materialien erwähne ich, dass das Übereinkommen mit den Pächtern der städtischen Gründe ein sehr günstiges ist. Sämmtliche Pächter sind in dieser Richtung der Gemeinde sehr coulant entgegengekommen, im Gegensatze zu denjenigen Pächtern, welche Gründe in Pacht haben, welche dem Stifte Klosterneuburg gehören, wo wahrscheinlich das Expropriationsverfahren wird eingeleitet werden müssen.

Nun erwähne ich noch bezüglich des Marktamtes, welches an der Brigittabrücke steht, dass dieses gleichfalls in die Trace des Sammelcanales fällt; es kann aber, nachdem es im Straßenzuge gelegen ist, seinerzeit nicht verbaut werden. Um diese Frage nicht ins Rollen zu bringen und doch die Berechtigung auszusprechen, dass mindestens für den Bau eine Entschädigung geboten werde, wird das Verlangen gestellt, für die Baulichkeit des Marktamtes den Betrag von 1500 fl. zu fordern und für eine daselbst befindliche Hütte den Betrag von 160 fl. Das sind im Principe die Bedingungen, unter welchen die Gemeinde ihre Gründe an die Verkehrsanlagen-Commission überlässt. Ich ersuche um Annahme der in der Vorlage 34 enthaltenen Anträge.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Gelegentlich der Berathung des Programmes über die Erbauung der Verkehrsanlagen habe ich mir an den Herrn Baudirector Berger die Frage erlaubt, ob denn durch die Erbauung der Sammelcanäle nicht die Holzhändler in ihrer Existenz gefährdet sind. Es wurde mir seinerzeit gesagt, dass durchaus keine Gefahr für die geschäftlichen Interessen dort besteht. Nun höre ich in neuerer Zeit, dass die Holzhändler im III. und IX. Bezirke infolge der Erbauung dieses Sammelcanales, aber auch größtentheils infolge der Erbauung des Winterhafens thatsächlich ihre Plätze werden räumen müssen.

Und da erlaube ich mir den Herrn Referenten zu bitten, mir vielleicht die Frage zu beantworten, ob denn die Holzhändler im XIX. Bezirke auch in ihrer Existenz gefährdet sein werden, wenn dann diese Verkehrsanlagen durchgeführt sein werden. Das wäre sehr traurig und schwer für diese Leute, weil sie empfindlich getroffen würden.

Referent: Ich erlaube mir zu bemerken, dass infolge der Durchführung des Sammelcanales keine bedeutende Schädigung für die dortigen Pächter entsteht. Es liegen hier sämmtliche Übereinkommen mit den Pächtern vor. Die Pächter verlangen bloß, dass man ihnen den Betrag, den sie auslegen für die Entfernung des lagernden Materials und für die Zufuhr des Materials den Taglohn und die Zufuhr, welche sie in einer Lohnliste aufrechnen, ersetze. Ferner verlangen sie, dass man nach Fertigstellung dieser Arbeit, welche circa zwei bis drei Monate dauern wird, wieder den Grund vollkommen planiert, eventuell die Schupfen und Plankungen, welche in Anspruch genommen werden, in demselben Zustande übergibt, in dem sie vorher gewesen sind. Und damit erklären sie sich vollkommen befriedigt und erklären auch, keinen weiteren Schaden zu haben.

Durch die Donaucanallinie, glaube ich, entsteht auch keine bedeutende Schädigung, nachdem sie ja immer in dieser großen breiten Straße liegen wird, welche seitens der Gemeinde für eine Straße bestimmt ist.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Der geehrte Herr Referent hat uns mitgetheilt, dass diese Gründe, welche die Gemeinde abzutreten verpflichtet ist, bereits als Straße eröffnet sind. Nun möchte ich mir aber die Frage erlauben, ob diese Gründe, welche die Gemeinde zur zeitweiligen Überlassung abtreten muss, nicht vielleicht derartig situiert sind, dass dadurch eine Verkehrsstörung eintreten wird. Denn ich weiß mich zu erinnern, dass durch die Überwölbung des Canales im XIX. Bezirke auch eine solche Calamität eingetreten ist, dass die Gemeinde einen nicht unbeträchtlichen Schaden erlitten hat durch die Zufuhr des Schotters für den XVIII. und XIX. Bezirk. Also frage ich, ob für eine solche Eventualität vorgesorgt ist, dass nicht vielleicht die Verkehrsanlagen-Commission als Bauunternehmerin solche Gründe in Anspruch nimmt, deren Abtretung der Gemeinde Schaden zufügen könnte?

Referent: Das wird gewiss nicht der Fall sein. Erstens sind die Polizeivorschriften schon derartig, dass die öffentliche Communication aufrecht bleibt, und zweitens sind die Materialplätze, wie ich hier schon erwähnt habe, ebenfalls auf Pachtgründen, auf Gründen, die heute Holzplätze sind, geplant und wird für diese Plätze, welche zeitweise zur Verfügung gestellt werden, eine

gewisse Entschädigung an die Pächter geleistet, so dass gewiss eine Störung der Communication nicht eintritt.

Gem.-Rath Steiner: Ich danke dem Herrn Referenten für die mir ertheilte Antwort, aber das war mir alles bekannt bezüglich dieser Pachtgründe. Nachdem aber der Herr Referent Mitglied der Verkehrsanlagen-Commission ist, habe ich mir die Frage erlaubt, weil es für die betreffenden Geschäftsleute sehr schwer sein wird, wenn sie dann in ihrer Existenz bedroht sein werden. Wo finden dieselben die entsprechenden Plätze für das feuergefährliche Geschäft, das sie betreiben. Es heißt nämlich, dass sie nach Klosterneuburg oder Stockerau hinausgehen müssen. Der Herr Referent gibt uns auch keine bestimmte Antwort, und doch wäre es wünschenswert, wenn da rechtzeitig eine bestimmte Erklärung abgegeben würde, damit die Leute sich um die Plätze umsehen können und nicht delogiert werden.

Referent: Ich habe mir erlaubt, mitzutheilen, dass die Inanspruchnahme dieser Gründe höchstens zwei bis drei Monate dauert. Der Canal geht ja ohnehin unterirdisch. Die Cunette wird ausgehoben. Der Canal wird auf die Seite gelegt bei dem Theile, wo die Cunette gelegt wird. Die ganzen Arbeiten dauern zwei bis drei Monate; dann wird das Material wieder weggenommen und es wird alles ganz zugeschüttet und planiert. Bezüglich der Donaucanallinie wird auch ein Theil der Gründe in Anspruch genommen. Es liegt uns aber noch kein Plan vor. Das Project ist noch nicht ausgeführt und weder der Verkehrsanlagen-Commission noch dem Gemeinderathe vorgelegt worden.

Ich habe bemerkt, dass auch dadurch ein Theil der Gründe in Anspruch genommen wird. Es ist mir aber heute nicht möglich, bekanntzugeben, welcher Theil.

Bürgermeister: Durch den Canalbau werden die Gründe nur vorübergehend in Anspruch genommen. Es werden dann die Betreffenden in der Lage sein, die Gründe ebenso zu benützen wie jetzt. Was aber durch andere Vorkehrungen geschieht, das können wir jetzt nicht beurtheilen.

Es ist gegen die Anträge keine Einwendung erhoben worden. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Beschluss: Die zur Anlage des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales in der Strecke vom Schreiberbache in Nussdorf bis zur Postgasse im I. Bezirke, theils dauernd, theils zur Herstellung des Canales selbst, theils zeitweise zur Materiallagerung während der Dauer der Bauarbeiten benöthigten städtischen Gründe, welche nicht schon gegenwärtig als Straßen in Benützung stehen, werden der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zu dem gedachten Zwecke unter nachfolgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt, und zwar:

1. Die Cat.-Parc. 871, öffentliches Gut in Nussdorf, und 602/1 und 2, Einl.-Z. 86 Heiligenstadt, werden zur Materiallagerung während der Dauer der Bauarbeiten unentgeltlich überlassen. Etwaige Vorkehrungen zum Schutze der Gartenanlage auf Cat.-Parc. 87/1 und zur Herstellung des früheren Zustandes derselben werden aus Anlass der Bauarbeiten auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen vorgenommen werden.

Etwaige Forderungen der Nussdorfer Brauerei als Pächterin der Cat.-Parc. 602/1 und 2 wegen Inanspruchnahme ihres Pachtgrundes werden der Commission für Verkehrsanlagen in Rechnung gestellt.

2. Die von der Cat.-Parc. 1044 und 1513/1, Einl.-Z. 1010 Grundbuch Alsergrund, theils zur Herstellung des Canales selbst, theils zur Materiallagerung benöthigten Grundflächen werden unentgeltlich überlassen. Die von den Pächtern dieser Parcellen wegen Inanspruchnahme ihres Pachtgrundes gestellten Bedingungen und Forderungen sind auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen zu befriedigen.

3. Die Cat.-Parc. 1310/1, öffentliches Gut (Rossauerlände), wird nach Räumung seitens des Parcellierungswerbers und Übernahme in den Besitz der Gemeinde Wien unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

4. Für die sofortige Auflassung und Demolierung des auf Cat.-Parc. 1415, Einl.-Z. 771 Gemeinde Wien, befindlichen städtischen Marktaufsichtsgebäudes wird der Commission für Verkehrsanlagen pauschaliter ein Betrag von 1500 fl. und für die Beseitigung der auf Cat.-Parc. 1416, Einl.-Z. 771 Alsergrund, befindlichen hölzernen Hütten und der Gartenanlage pauschaliter ein Betrag von 160 fl. in Rechnung gestellt.

Die nach Demolierung der obigen Baulichkeiten zur Canalanlage und Materiallagerung benöthigten Grundtheile dieser Realität werden sohin zur Verfügung gestellt.

5. Die von der Cat.-Parc. 1460/3, Einl.-Z. 316 Parkanlage am Franz Josefs-Quai, zur Herstellung des Nothauslasses nächst der Werderthorgasse und zur Materiallagerung erforderlichen Grundtheile werden unentgeltlich überlassen; etwaige Vorkehrungen zum Schutze der Gartenanlage und zur Herstellung des früheren Zustandes derselben werden auf Rechnung der Commission für Verkehrsanlagen getroffen.

6. Von einer grundbücherlichen Durchführung der Dienstbarkeit der Duldung des herzustellenden Canales auf den im Eigenthume der Gemeinde Wien befindlichen Grundstücken wird abgesehen.

7. Die außer den vorerwähnten Gründen zur Herstellung der Canalanlage in Anspruch genommenen städtischen Straßen werden gemäß Art. XIII des Programmes unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

8. Die unter 1 bis 7 angeführten Bedingungen sind der Commission für Verkehrsanlagen zur Annahme mitzutheilen.

21. (939.) **Referent Gem.-Rath Josef Müller:** Hier handelt es sich um die Überlassung der zur Erbauung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales erforderlichen Bürgerspitalfondsgründe an der Spittelauerlände im IX. Bezirke an die Commission für Verkehrsanlagen.

Hier stehen die Umstände ähnlich, wie ich mir erlaubt habe, sie zur Zahl 34 vorzubringen. Der einzige Unterschied besteht darin, dass gefordert wird, dass ein Anerkennungszins für die Gründe zu zahlen ist, und zwar 1 fl. Daraus werden die Herren sehen, dass nur das Princip ausgesprochen werden soll, dass wir nicht verpflichtet sind, die Gründe umsonst herzugeben. Dem Principe ist dadurch Rechnung getragen, dass von Seite der

Verkehrs-Commission ein Anerkennungszins von 1 fl. gefordert wird. Im übrigen steht die Sache ganz analog wie im Antrage Zahl Nr. 34.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: 1. Der Commission für Verkehrsanlagen in Wien werden die zur Anlage des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales theils dauernd, theils zeitweise für die Dauer der Arbeiten in Anspruch genommenen Theile der Cat.-Parc. 1037/1, Landtafel-Einl.-Z. 390, Cat.-Parc. 1513/3 und 1513/4, Landtafel-Einl.-Z. 390 und Cat.-Parc. 1036, Landtafel-Einl.-Z. 1008, des Wiener Bürgerspitalfondes an der Spittelauerlände im IX. Bezirke in dem im Enteignungsoperate angeführten Umfange gegen dem zur Verfügung gestellt, dass bis zum Zeitpunkte der Übertragung der betreffenden Fläche in das öffentliche Gut ein Anerkennungszins von 1 fl. jährlich entrichtet wird.

Der Commission für Verkehrsanlagen wird hinsichtlich der dauernd zur Canalanlage in Anspruch genommenen Gründe des Wiener Bürgerspitalfondes die Dienstbarkeit der Duldung des herzustellenden Sammelcanales eingeräumt.

Von einer grundbücherlichen Eintragung der Servitut ist Umgang zu nehmen.

2. Die Einräumung der im Punkte 1 angeführten Dienstbarkeit darf seinerzeit bei Einlösung der zur Anlage der Donaucanallinie der Wiener Stadtbahn benöthigten Grundflächen des Wiener Bürgerspitalfondes, beziehungsweise bei Bestimmung des Preises für diese Grundflächen nicht in Anrechnung gebracht werden.

3. Die Commission für Verkehrsanlagen in Wien hat mit der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen als Pächterin der Cat.-Parc. 1037/1 und 1036, beziehungsweise mit deren Afterpächtern wegen der zeitweisen Überlassung des zum Canalbau erforderlichen Grundstreifens derartige Abmachungen zu treffen, dass der Wiener Bürgerspitalsfond sowohl momentan, als auch künftig in seinem Einkommen aus der Verpachtung nicht geschädigt wird und gegenüber der genannten Pächterin vollkommen klag- und schadlos gehalten erscheint.

4. Bei Herstellung des Sammelcanales ist auf die die Cat.-Parc. 1037/1 durchziehende Saugrohrleitung der Franz Josefs-Bahn Bedacht zu nehmen.

5. Sämmtliche in Anspruch genommene Grundflächen sind nach Vollendung der Bauarbeiten von allem Materiale zu räumen, zu planieren und sohin der genannten Pächterin zurückzustellen.

In gleicher Weise sind auch die zur Canalherstellung benöthigten Theile der Cat.-Parc. 1513/3 und 1513/4 (Ländestraße) nach Beendigung der Bauarbeiten zu räumen und in den früheren Zustand zu versetzen.

6. Die vorstehenden Bedingungen sind der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zur Annahme mitzutheilen.

22. (1225.) **Referent Gem.-Rath Schneiderhan:** Ich habe die Ehre, zu referieren.

Es handelt sich hier um die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik XXII 2 a wegen Beschaffung von Schotter im XI. Bezirke, wo derselbe zur Herstellung von Straßen nothwendig geworden ist. Es wurde die Geiselbergstraße gehoben und in der Haltergasse ein Canal gebaut. Diese Straßen sind in einen Zustand gekommen, dass sie fast unbenützbar sind. Es musste der Bezirksvorstand Abhilfe schaffen. Es wird nun von Seite des Stadtrathes beantragt, nachträglich zu genehmigen die Beschaffung von 1000 m³ Rundschotter zum Preise von 1 fl. 29 kr. per Cubikmeter und die Zufuhr von 210 m³ Schotter, zusammen mit einem Kostenbetrage von 1510 fl. 50 kr.

Ich bitte um die Genehmigung dieses Zuschusscredites.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik XXII 2 a wird für Schotterbeschaffung für den XI. Bezirk pro 1894 ein Zuschusscredit von 1510 fl. 50 kr. bewilligt.

23. (273.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Es handelt sich um die Bestimmung der Baulinie für die Gfrornergasse im VI. Bezirke, eine kleine Verbindungsstraße zwischen der Liniengasse und der Gumpendorferstraße. Die bisherige Straßenbreite beträgt 11·38 m. Der Straßenzug ist sehr kurz. Die Häuser, welche denselben begrenzen, haben nur eine geringe Tiefe und sind erst in neuerer Zeit gebaut, es sind Häuser aus den Jahren 1852 bis 1860. Es empfiehlt sich daher, die Baulinie in der bisherigen Weise beizubehalten bei Einhaltung der heute vorfindlichen Straßenbreite von 11·38 m. Es wird also der Antrag gestellt (liest):

„Es werde die Baulinie für den Theil der Gfrornergasse im VI. Bezirke zwischen der Gumpendorferstraße und Liniengasse unter Beibehaltung der bisherigen Breite von 6° = 11·38 m und der dermaligen Baufluchten nach den Linien a b und c d bestimmt."

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Ich habe mir das Wort erbeten, um insofern gegen das Referat Stellung zu nehmen, als ich den Antrag stelle, dass die Gfrornergasse statt 11·38 m 12 m breit gemacht werde.

Sie werden zugeben, dass in einer Gasse, die 11·38 m breit ist, 62 cm nicht viel ausmachen. Es stehen dort eben lauter fünf- und vierstöckige Häuser. Dafür ist also die Gasse zu eng. Da dies die Nummern 8, 10, 12 und 14 betrifft, glaube ich, dass die fehlenden 62 cm von diesen Häusern weggenommen werden.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu unterbreiten, es sei die Gfrornergasse 12 m breit zu bestimmen, wobei die 62 cm nach Zurückrückung der Häuser 8, 10, 12 und 14 erreicht werden sollen. Im § 2 der Bauordnung heißt es ja auch, dass die Baubehörde trachten solle, dass die Straßen 12 bis 16 m breit gemacht werden sollen.

Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Rosenstingl: Ich möchte mich principiell dafür aussprechen, dass man diesen Decimalbrüchen ein Ende macht. Ich möchte aber im gegebenen Falle den Herrn Vorredner aufmerksam machen, dass diese Häuser doch schon stehen. Ich glaube, es handelt sich hier nur um das Eckhaus und da dürfte sich eine Baulinienänderung nicht mehr machen lassen, denn die Häuser sind alle aus den letzten Jahren, sie sind ziemlich neu und es ist keine Aussicht, dass das in absehbarer Zeit geändert wird; dadurch würde nur ein Winkel entstehen. Principiell wäre ich also sehr dafür und habe es wiederholt ausgesprochen, dass man mit den

Decimalstellen aufhöre und nur abgerundete Ziffern nehmen soll, aber hier handelt es sich um das Eckhaus und man kann keine neue Baulinie machen.

Im gegebenen Falle stimme ich also für den Stadtraths-Antrag.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr gemeldet; die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlussworte): Es wäre eigentlich logisch gewesen, die Straße in einer Breite von 15 m durchzuführen, nachdem die Fortsetzung dieses Straßentheiles 15 m Breite aufweist. Es wurde auch das General-Regulierungsbureau diesbezüglich befragt. Hier liegt ein ganz abnormer Fall vor; die Straße ist sehr kurz; die Häuser sind aus jüngster Zeit; ein Umbau ist in der nächsten Zeit kaum zu erwarten. Ob man nun 11·38 m oder 12 m nimmt, ist wenig entscheidend. Ein Antrag auf größere Straßenbreite ist nicht gestellt worden, da ist es wohl zweckmäßig, bei den 11·38 m zu verbleiben, wodurch die Unannehmlichkeit, die der Herr Vorredner dargelegt hat, vermieden wird, dass man mit einzelnen Objecten zurückrückt und sich eine Lücke ergibt.

Ich bitte, den Antrag, wie er gestellt worden ist, anzunehmen, und bemerke, dass auch der Bezirksausschuss sich dafür ausgesprochen hat.

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Ich habe mir das Wort zu einer Berichtigung erbeten, dahingehend: Ich habe den Herrn Referenten gefragt, ob hier neue Häuser schon gebaut sind? Nachdem der Herr Referent nicht gewusst hat, ob neue Objecte hier schon stehen, der Herr College Rosenstingl aber documentiert hat, dass dies der Fall ist, ziehe ich meinen Antrag mit Rücksicht auf diesen Umstand zurück.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Grünbeck hat seinen abweichenden Antrag zurückgezogen; ich ersuche jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Die Baulinie für den Theil der Gfrornergasse im VI. Bezirke zwischen der Gumpendorferstraße und Liniengasse wird unter Beibehaltung der bisherigen Breite von 6^0 = 11·38 m und der dermaligen Baufluchten nach den Linien a b und c d bestimmt.

24. (986.) **Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann:** Es handelt sich um eine geringfügige Abänderung der vom geehrten Gemeinderathe bestimmten Baulinie, beziehungsweise Abkappung beim Hause Ecke Porzellangasse und Berggasse im IX. Bezirke. Die Herren sehen in der Beilage eine Linie mit Strichpunkten gezeichnet und mit den Buchstaben c d bezeichnet, das ist die vom Gemeinderathe in Aussicht genommene Abkappung. Der Eigenthümer bittet nun, dass sie in der Weise verändert werde, dass sie etwas vorgerückt werde, nach den Linien f j, und ferner ein Rundbau angelegt werden dürfe. Dieser Rundbau empfiehlt sich insbesondere aus architektonischen Rücksichten. Nachdem hiedurch ein Verkehrshindernis nicht geschaffen wird, daher in dieser Beziehung kein Bedenken entgegensteht, empfiehlt der Stadtrath folgenden Antrag (liest):

„Es seien die längs der Gassenfronten der Realität Or.-Nr. 23 Berggasse, Or.-Nr. 1 und 3 Porzellangasse, Grundbuchs-Einlage des IX. Bezirkes 134 bestimmten Baulinien a c, c d und d g nach den Linien a f, f g h i j und j g abzuändern."

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluss: Die längs der Gassenfronten der Realität Or.-Nr. 23 Berggasse, Or.-Nr. 1 und 3 Porzellangasse, Grundb.-Einl. des IX. Bezirkes 134 bestimmten Baulinien a c, c d und d g sind nach den Linien a f, f g h i j und j g abzuändern.

25. (1055.) **Referent Gem.-Rath Dr. Vogler:** Der Stadtanwalt berichtet, dass der Verwaltungsgerichtshof über die Beschwerden der Gemeinde Wien gegen die Erlässe des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 23. Juni 1894, Z. 4904 und 702, bei der am 30. Jänner 1895 abgeführten Verhandlung erkannt hat, dass die beiden Beschwerden als unbegründet abgewiesen werden. Diese Beschwerden betreffen die Verfügungen des Ministeriums, mit welchen grundsätzliche Bestimmungen bezüglich des Modus der Präsentation vorgeschrieben werden. In diesen Erlässen ist zum Ausdrucke gebracht worden, dass die Schulbehörden berechtigt seien, vor der Concursausschreibung das Geschlecht der Lehrkraft zu bestimmen, welche für die einzelne Lehrstelle in Aussicht zu nehmen ist. Der Verwaltungsgerichtshof hat nun in der betreffenden Entscheidung, oder, nachdem es sich um zwei Beschwerden handelt, in den betreffenden Entscheidungen erkannt, dass dieses Recht den Schulbehörden zustehe und dass der Präsentationsberechtigte lediglich berechtigt sei, unter den Bewerbern, welche aufgetreten sind auf Grund der von der Schulbehörde vorgenommenen Concursausschreibung, den ihm am geeignetsten erscheinenden Bewerber auszuwählen. Der Verwaltungsgerichtshof hat erklärt, dass in diesem Falle das Präsentationsrecht der Gemeinde Wien erst eintritt in dem Momente der Concursausschreibung selbst und hat weiters erklärt, dass die Schulbehörden berechtigt sind, das Geschlecht der Lehrpersonen zu bestimmen.

Indem ich dies zur Kenntnis bringe, berichte ich gleichzeitig, dass der Stadtanwalt nunmehr beantragt, im Hinweise auf diese Entscheidungen, welche mit einer früheren Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, was die sachlichen Gründe betrifft, übereinstimmen, eine weitere Beschwerde, die der Gemeinderath anhängig gemacht hat gegen einen Erlass des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 3. November 1894, welcher dieselbe Streitfrage betrifft, über welche die Beschwerde am 20. Jänner 1895 beim Verwaltungsgerichtshofe überreicht wurde, zurückzuziehen. Nachdem der Verwaltungsgerichtshof in seinen Entscheidungen consequent ist und nach dem vorliegenden Berichte des Stadtanwaltes die neuerdings anhängig gemachte Streitfrage identisch ist mit der früheren bereits entschiedenen, so bleibt nichts übrig, als dem Antrage des Stadtanwaltes Folge zu geben, und wird daher vom Stadtrathe beantragt, die betreffende Beschwerde zurückzuziehen.

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Die zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 8. Jänner 1895, Z. 9486 ex 1894, erhobene Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof in der Angelegenheit der Systemisierung einer Directorin-, respective Oberlehrerinstelle und von Lehrerinnenstellen an der allgemeinen Mädchen-Volks- und Bürgerschule XV., Zinkgasse 14, und an der allgemeinen Mädchen-Volksschule XV., Hackengasse 13, wird zurückgezogen.

Bürgermeister: Wir kommen zum Pflaster-Präliminare pro 1895. Ich ersuche die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen.

(Die Herren Gem.-Räthe Mayer und Winter treten an den Referententisch.)

26. (6940 und 9322 ex 1894.) **Stadtraths-Referent Gem.-Rath Mayer:** Ich habe die Ehre über das Pflaster-Präliminare pro 1895 zu referieren. Das Referat, welches Ihnen vorliegt, setzt sich zusammen aus den Vorschlägen der Bezirksausschüsse, weiters den Vorschlägen des Stadtbauamtes, den verschiedenen Petitionen und Anträgen, welche im Laufe des Jahres vorgelegt wurden; endlich finden Berücksichtigung alle jene Arbeiten, welche im verflossenen Jahre nicht ausgeführt werden konnten.

Über diese Vorschläge hat der Magistrat in zwei verschiedenen Perioden berichtet und der Stadtrath legt Ihnen nun ein Elaborat hierüber vor. Wenn es gestattet ist, möchte ich mir erlauben, gleich zum I. Bezirke überzugehen, und werde ich mit Ihrer Zustimmung bei jedem einzelnen Bezirke die Straßen namhaft machen, welche im verflossenen Jahre nicht zur Ausführung kommen konnten.

Im I. Bezirke wird vorgeschlagen, es sei die Eßlinggasse geräuschlos, und zwar mit Holzstöckeln zu pflastern und hiefür ein Betrag von 32.000 fl. einzustellen. Weiters die Hegelgasse, ebenfalls geräuschlos, in der Strecke von der Schwarzenberggasse bis zur Johannesgasse um einen Betrag von 15.600 fl.; der Getreidemarkt von der Friedrichstraße bis zur Gauermanngasse, ebenfalls geräuschlos, um 19.000 fl., dann die Umpflasterung der Landhausgasse um 6000 fl., der Regierungsgasse um 6400 fl. und der Stroblgasse um 3200 fl., ebenfalls geräuschlos.

Mein Collega zur Rechten, der die Anträge der Budget-Commission zu vertreten hat, wird zu diesen Anträgen nichts zu bemerken haben, nachdem die Budget-Commission sich diesen Anträgen angeschlossen hat.

Ich bitte, diese Beträge für den I. Bezirk zu genehmigen.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Lang: Ich möchte auf die geringe Berücksichtigung hinweisen, welche sowohl in den Anträgen des Stadtrathes wie in denen der Budget-Commission die Innere Stadt findet. Wenn Sie die Anträge vergleichen, so werden Sie finden, dass beim Schulbau-Präliminare pro 1895 und bei dem Canalbauten-Präliminare für das Jahr 1895 für die Innere Stadt nur geringe Beträge angesetzt sind, dass im Canalbauten-Präliminare nur 5800 fl. beantragt sind, und doch, meine Herren, wohnen speciell in der Inneren Stadt die größten Steuerträger und ist der Fremdenverkehr gerade in diesem Bezirke am hervorragendsten entwickelt.

In der Inneren Stadt finden Sie aber eine große Zahl nicht gepflasterter Straßen, so weise ich zum Beispiel hin auf das größte Geschäftsviertel, auf den Franz Josefs-Quai, in welchem voriges Jahr keine einzige Straße gepflastert wurde und heuer nur eine gepflastert wird. Hier ist die Staubentwicklung eine geradezu außerordentliche, und die hier aufgespeicherten Güter werden dadurch sehr stark geschädigt. Der Magistrat hat in seiner ursprünglichen Berathung, wie wir in der Budget-Commission gehört haben, den Antrag gestellt, auch die Wallnerstraße einzusetzen. Mit Rücksicht auf die angeblich zu große Ziffer wurde sie aber gestrichen. Ich habe mir in der Budget-Commission den Antrag zu stellen erlaubt, die Wallnerstraße in das Präliminare aufzunehmen; der Antrag wurde aber abgelehnt. Ich werde ihn hier nicht wiederholen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, dass dies eine Straße ist, deren Berücksichtigung außerordentlich dringlich ist; ich weise ferner darauf hin, dass zum Beispiel die Bäckerstraße zum großen Theile gepflastert, dass sie aber nicht ausgebaut wurde und dass der Antrag, welchen ich seinerzeit gestellt habe, keine Berücksichtigung gefunden hat. Ich stimme ja sehr gerne für die hohen Ziffern, welche für die ehemaligen nunmehr mit uns verbrüderten Vororte beantragt werden, aber andererseits möchte ich, meine Herren, auch das Ersuchen an Sie richten, dass speciell die Innere Stadt mehr berücksichtigt werde. Ich stelle für heuer keinen Antrag, aber ich habe mir das Wort erbeten, um nur das Ersuchen an die Herren zu richten, dass im nächsten Jahre die Innere Stadt speciell etwas mehr Berücksichtigung finden möge.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine Herren! Ich möchte eine Angelegenheit anregen, die ich bereits im vergangenen Jahre behandelt habe. Der Zustand direct vor dem Rathhause ist in der That ein Scandal; wenn da ein bisschen nasses Wetter eintritt, so ist dieser Platz vor dem Rathhause nahezu nicht zu passieren. Nun habe ich im vorigen Jahre die Pflasterung dieses Platzes angeregt, beziehungsweise den Antrag gestellt, dass man wenigstens Übergänge machen soll. Man ist ja nicht imstande, von der vorderen Seite des Rathhauses — wenn man nicht den Umweg an den Kanten desselben machen will — beispielsweise auf die andere Seite der Ringstraße hinüberzugehen. Das sind Zustände, die — man kann es ja ohneweiters sagen — im Angesichte des Rathhauses scandalös sind; der Platz vor dem Rathhause, wo so viele Fremde hinkommen, die das Rathhaus besichtigen, ist, wenn schlechtes Wetter herrscht, einfach nicht passierbar; man muss dann bis über die Knöchel im Kothe waten.

Ich stelle daher den Antrag, dass zum mindesten Übergänge auf die verschiedenen Seiten, sowohl geradeaus, als auch in einer Kreuzung vor dem Rathhause hergestellt werden. Das kann man doch thun, das wird der Gemeinde doch kein Loch in den Sack reißen, und es wird wenigstens ein Zustand geschaffen, wie er sich für die Stadt Wien und das Rathhaus gehört.

Gem.-Rath Frauenberger: Es ist schon wiederholt hier angeregt worden, dass das kleine Stückchen der Akademiestraße, welches zwischen dem Grand Hotel und dem Hotel Bristol liegt, mit geräuschlosem Pflaster versehen werde. Das sind Hotels allerersten Ranges; dort wohnen hervorragende Fremde, reiche Leute, welche dort für ihr Logis viel zu bezahlen haben, und die beiden Hoteliers haben sich schon wiederholt hieher bittlich gewendet, es möge doch das kleine Stückchen mit geräuschlosem Pflaster versehen werden; es sind, glaube ich, nur zwei Häuser vom Trottoir weg in die Akademiestraße hinein. Wenn die Wagen dort hineinfahren, so macht das ein kolossales Geräusch. Nun ist es ja bekannt, meine Herren, dass die Hotels ihre Schlafzimmer mehr nach rückwärts verlegen, und die Fremden werden daher dort in der allerempfindlichsten Weise gestört. Ich begreife nicht, warum man denn einer so wohlbegründeten Bitte nicht endlich Gehör schenkt. Meine Herren! Wir gehen jetzt daran, die Eßlinggasse mit einem geräuschlosen Pflaster zu versehen. Ich habe gar nichts dagegen, meine Herren, die Eßlinggasse soll das geräuschlose Pflaster haben. Wir gehen auch daran, den Getreidemarkt mit einem geräuschlosen Pflaster zu versehen. Ist mir auch recht. Aber ich weise darauf hin, dass diese beiden Gassen nicht die Wichtigkeit der Akademiestraße haben, welche zwischen diesen beiden ersten Hotels liegt.

Ich bitte Sie daher, dem Antrage zuzustimmen, den ich stellen werde: Es sei das Stückchen Akademiestraße vom Ring hinein bis zur Maximilianstraße mit geräuschlosem Pflaster zu versehen.

Ich bitte, diesem Antrage zuzustimmen, der im wohlverstandenen Interesse Wiens liegt.

Gem.-Rath Gregorig: Ich muss mich gegen die Pflasterung des Getreidemarktes mit geräuschlosem Pflaster aussprechen. Dort ist ein großer Frachtenverkehr. Wenn sie dort Asphalt hingeben.... (Zwischenruf.) — „Geräuschlos" heißt: Asphalt — so liegen die Pferde alle da. In Asphaltstraßen fallen sogar Pferde mit leichten Fuhrwerken, wie kann also ein schwerer Wagen bergan auf Asphalt fahren? Das ist nicht möglich. Sie sehen ja, wie schwer die Pferde im Winter auf gewöhnlichem Pflaster vorwärts kommen. Es ist also unmöglich, dass dort ein geräuschloses Pflaster eingeführt werde. Wenn Sie es machen, müssen Sie es dann wegreißen. Entweder lassen Sie also die Straße in demselben Zustande wie sie jetzt ist, oder Sie geben ein Granitpflaster hin. Wegen zweier Häuser wollen Sie ein geräuschloses Pflaster haben. Die Maler werden nicht gestört werden beim Malen, wenn die Wagen vorbeirollen. Das geräuschlose Pflaster ist also unnöthig und das Geld dafür wäre hinausgeworfen. Ich beantrage daher, entweder ein Granitpflaster oder gar nicht zu pflastern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Stadtraths-Referent (zum Schlussworte): Meine Herren! Ich habe nur kurz auf die Anregungen der beiden Herren Vorredner zu reagieren, welche beide Herren sich in einem kleinen Irrthume befinden, den ich mir erlauben werde, aufzuklären. Was die erste Anregung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann anbelangt, so wird dieselbe dem Stadtrathe zugewiesen und dann die Sache beurtheilt werden. Was die Akademiestraße anbelangt, welche Herr Gem.-Rath Frauenberger erwähnt und von der er gesagt hat, dass wiederholt seit Jahren darüber petitioniert wird, so ist dies ein kleiner Irrthum. Es wird petitioniert seit einer Reihe von Jahren von der Akademie der bildenden Künste. (Widerspruch.) Bitte sehr, es liegen die Petitionen vor. Aus der Akademiestraße liegt gar keine Petition vor Von der Akademie der bildenden Künste liegen wiederholte Ansuchen vor, es möge mit Rücksicht auf die im Gebäude angehäuften Schätze, endlich um der großen Staubentwicklung zu begegnen, dort ein geräuschloses Pflaster gelegt werden.

Ich komme nun auf das, was Herr Gem.-Rath Gregorig erwähnt hat. Der Getreidemarkt ist jene Straße, welche knapp an dem Akademiegebäude nach Nordwesten gelegen ist; die ansteigende Straße, die er erwähnt hat, ist die Lastenstraße. (Gem.-Rath Gregorig: Die ist aber auch ansteigend!) Ganz unbedeutend, ich habe die Straße genau angesehen; das ist eine kleine Verwechslung. Nun hat es sich darum gehandelt, um diesem berechtigten Wunsche entgegenzukommen, welche dieser Straßen, die das Akademiegebäude umgeben, zuerst gepflastert werden soll? Und da ist nach den Erhebungen und, wie ich glaube, mit Recht der Getreidemarkt vorgeschlagen worden, aus dem Grunde, weil dort der größte Windanfall ist, infolgedessen die Staubmassen aufgewirbelt und in das Gebäude hineingetrieben werden. Das ist der Grund, warum man von den verschiedenen Straßen den Getreidemarkt als diejenige, welche der Petition am meisten entspricht, gewählt hat.

Was nun die Straßen um das Rathhaus anbelangt, so liegt ein Kostenvoranschlag vor, und würden alle Straßen, wenn mit geräuschlosem Pflaster, Asphalt comprimé oder Holzstöckel gepflastert werden würde, eine Summe von 419.200 fl. in Anspruch nehmen.

Ich bitte daher, meine Herren, wollen Sie die Anträge des Stadtrathes annehmen. Der Antrag Dr. Geßmann wird dem Stadtrathe gewiss zur Berücksichtigung zugewiesen werden.

Commissions-Referent Gem.-Rath Winter: Ich habe keine Einwendung.

Gem.-Rath Gregorig (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige dem Herrn Referenten thatsächlich, dass die Straße dort eine ziemlich steile Ansteigung hat. (Stadtraths-Referent: Nein!) Ganz gewiss! Das schwere Fuhrwerk soll allerdings auf ebenem Pflaster fahren, dort geht es aber bergauf. Ich constatiere vor allem thatsächlich, dass ein Granitpflaster, wie wir es in Mariahilf haben, ebenso vollkommen staublos ist, wie Asphaltpflaster. Dort können die Wägen ruhig fahren. Ich halte also meinen Antrag aufrecht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es liegen mehrere Anträge vor.

Erstens seitens des Herrn Gem.-Rathes Dr. Geßmann: „Es seien über den Rathhausplatz Übergänge herzustellen, und zwar in beiden Richtungen, vom Rathhause gegen den Ring zu und parallel mit der Façade."

Zweitens seitens des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger: „In der Akademiestraße vom Ring bis zur Walfischgasse sei ein geräuschloses Pflaster zu legen."

Endlich ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig, dahingehend: „Es sei auf dem Getreidemarkt ein Granitpflaster oder gar kein Pflaster zu legen."

Das wird in der Abstimmung seinen Ausdruck finden.

Der Gegen-Antrag, dass Granitpflaster zu legen sei, kommt zuerst zur Abstimmung.

Die Anträge bezüglich der Eßlinggasse unter 1 b, Hegelgasse unter 2 sind nicht angefochten, ich erkläre dieselben für angenommen.

Zu Punkt 3, Getreidemarkt, bringe ich nun zur Abstimmung den Antrag Gregorig: „Es sei dort ein Granitpflaster zu legen."

Ich bitte jene Herren, welche zustimmen, dass dort Granitpflaster gelegt werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität. (Widerspruch links.) Ich bitte also diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte zu zählen! (Nach einer Pause:) 36 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe! (Nach einer Pause:) 34 Stimmen dagegen. Der Antrag auf Granitpflaster ist angenommen.

Nun kommen zur Abstimmung die Anträge Dr. Geßmann und Frauenberger.

Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben (Geschieht.) Angenommen.

Die Umpflasterungen sind nicht angefochten, ich erkläre dieselben für angenommen.

Stadtraths-Referent: Im II. Bezirke wird in Übereinstimmung mit der Budget-Comission vorgeschlagen:

Neupflasterungen.

Nordbahnstraße von Am Tabor gegen die Dresdnerstraße zu 15.000 fl.

Schüttelstraße beim Thiergarten (Verbreiterung) . . . 4.600 fl.
Rinnsale und Übergänge in neuen Gassen . . . 3.000 fl.

Umpflasterungen.

Trunnerstraße (geräuschlos) vor dem Normal-Aichungsgebäude . . . . 4.200 fl.
Treustraße von der Wolfsaugasse bis Wallensteinstraße 7.300 fl.
Wallensteinstraße von der Hannovergasse bis Streffleurgasse . . . . 29.000 fl.
Herstellung neuer Communicationen in der Donaustadt und der Brigittenau . . . . 8.000 fl.
Erfordernis für den II. Bezirk . 71.300 fl.

Ich bitte, dem zuzustimmen.

Gem.-Rath Seiler: Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit auf die Quaistraße im II. Bezirke aufmerksam zu machen, das ist die Straße, welche von der Ausstellungsstraße zum Rangierbahnhofe zu den Lagerhäusern und zur Militärschwimmschule führt. Diese Straße wurde seinerzeit von der Donauregulierungs-Commission angelegt und ist nach Jahren wegen Ausladung der Schiffe niedriger gelegt worden. Die Erhaltung dieser Straße, welche beschottert ist, verursacht der Gemeinde jedes Jahr gegen 10.000 fl. Kosten und öfter noch mehr dadurch, dass diese Straße jährlich überschwemmt wird und der dortige Schotter, sowie auch die ganzen Anhäufungen von Lagerschotter weggeschwemmt werden. Wenn jetzt diese Straße mit alten Steinen in längeren Jahresperioden gepflastert würde, so könnte die Commune dadurch die Erhaltungsspesen ersparen und sich die Straße selbst pflastern.

Ich möchte mir daher erlauben den Antrag zu stellen, dass die im II. Bezirke gelegene Quaistraße, welche zum Rangierbahnhofe führt, in fünf Jahresperioden getheilt, mit alten Pflastersteinen zu pflastern sei.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Der Herr Referent!

Stadtraths-Referent: Ich bin da in einer etwas zweideutigen Lage, weil ich im Stadtrathe denselben Antrag gestellt habe und dort damit gefallen bin.

Ich glaube aber, es ist gut, wenn der Antrag dem Stadtrathe zur weiteren Berathung zugewiesen wird, schon mit Rücksicht darauf, als, wenn die dort im Bau befindlichen beiden Kasernen fertig sein werden, gewiss das dringende Ansuchen gestellt wird, die citierte Straße ehemöglichst zu pflastern, wofür nach Berechnung des Bauamtes ungefähr der Betrag von 180.000 fl. erforderlich sein wird. Ich bitte daher, den Antrag dem Stadtrathe zur Berathung zuzuweisen.

Commissions-Referent: Ich habe gegen den Antrag Seiler keine Einwendung. Ich bin dafür, dass der Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Anträge, welche gestellt worden sind, wurden nicht angefochten. Ich erkläre dieselben für angenommen.

Ich bitte die Herren, welche den Antrag Seiler, welcher dahingeht, die Quaistraße, in fünf Jahresperioden getheilt, mit alten Pflastersteinen zu bepflastern, annehmen, die Hand zu erheben. Ist angenommen.

Stadtraths-Referent: III. Bezirk. Da wird in Vorschlag gebracht, für die Neupflasterung der Strohgasse von der Kreuzung der Reisnerstraße bis Haus Nr. 25 mit Metallic 8000 fl., für die Neupflasterung der Jacquingasse von der Pettenkofengasse bis zur Kölblgasse 12.000 fl. einzustellen.

Ich überspringe einstweilen die Posten 3 a und 3 b.

Neupflasterung der Rinnsale und Übergänge 2000 fl., Arsenalweg und Gürtelstraße 42.200 fl. Das ist eine Arbeit, die schon im vorigen Jahre eingestellt wurde, die jedoch nicht ausgeführt werden konnte mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit der Tramway.

Weiters für Straßenherstellungen 5000 fl.

Nun komme ich auf Post 3 a und 3 b zurück. Da wird vom Stadtrathe beantragt, es möge die Neupflasterung der Reisnerstraße von der Neulinggasse bis zur Strohgasse mit Granitwürfeln gemacht werden, und hiefür wird ein Betrag von 10.000 fl. eingestellt. Die Budget-Commission stellt hiezu einen Gegen-Antrag.

Commissions-Referent: Betreffend die Pflasterung der Reisnerstraße hat die Commission nach genauer Prüfung die Pflasterung mit Granitwürfeln abgelehnt und empfiehlt Ihnen, die Neupflasterung mit Metallic von der Neulinggasse bis zur Richardgasse statt mit 10.000 fl. mit 13.000 fl. einzustellen. Ich bitte um Genehmigung.

Gem.-Rath Gierster: Die Jacquingasse ist nicht nur eine der schönsten Straßen Wiens, sondern sie ist auch eine sehr stark befahrene Straße. Das ganze schwere Fuhrwerk, welches vom III. Bezirke in den II. geht, benützt diese Straße, weil das in der Fasangasse unmöglich ist. Zudem steigt die Jacquingasse sehr stark an, daher die Pflasterung dieser Straße dringend nothwendig ist. Im vorigen Jahre wurde die Jacquingasse bis zur Pettenkofengasse gepflastert, weil sie nur bis dahin ausgebaut war; heuer wird die Pflasterung der Straße bis zur Kölblgasse beantragt. Nun ist die Jacquingasse bis zur Moosgasse oder genau bis Haus Nr. 39 ausgebaut. Ich erlaube mir also den Antrag zu stellen, es sei die Pflasterung der Jacquingasse von der Pettenkofengasse bis Haus Nr. 39 mit Granitwürfeln im Kostenbetrage von 21.000 fl. ins Budget einzustellen.

Gem.-Rath Matthies: Ich kann nur den Antrag des Herrn Vorredners unterstützen. Im vorigen Jahre ist der Antrag gestellt worden, die Straße bis zum Arsenale zu pflastern, oben ist sie gepflastert. Weil die Straße abschüssig geht und die schweren Ziegelwägen bremsen müssen, so reiben sich die Räder in den Schotter hinein; das vorige Jahr hat der Bedarf an Schotter in der Jacquingasse über 5000 fl. gekostet. Ich möchte aufmerksam machen, dass die in Post 5 eingesetzte Pflasterung mit 42.000 fl. bereits im vorigen Jahre im Budget war (Stadtraths-Referent: Das habe ich gesagt!) und nicht ausgeführt worden ist.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde für die Jacquingasse stimmen, beziehungsweise dafür, dass die ganze Jacquingasse gepflastert werde. Mich wundert nur, dass die geehrten Collegen nicht eine andere Straße in Erwähnung gebracht haben, das ist die Steingasse, deren Pflasterung seit mehr als zehn, ich könnte sagen, seit fünfzehn Jahren fort angeregt wird; deren Pflasterung ist unbedingt nothwendig. Die Steingasse ist die einzige Verbindungsstraße zwischen der Landstraße Hauptstraße und dem Rennweg; es ist eine außerordentlich stark befahrene Straße, eine etwas schmale Straße, welche umsomehr Schotter verzehrt. Dieser Wunsch ist wiederholt vom Bezirksausschusse geäußert worden; heuer ist er wieder aufgenommen in dem Begehren des Bezirksvorstehers und wenn ich nicht irre, hat auch das Stadtbauamt die Pflasterung der Steingasse beantragt, aus dem ganz guten Grunde, weil sie

unbedingt nothwendig ist. Ich beantrage, dass die Pflasterung der Steingasse, und zwar in ihrer ganzen Ausdehnung nach dem vom Stadtbauamte angesetzten Betrage eingesetzt werde. Ich bemerke nur noch kurz, es ist dieser mein Antrag im Stadtrathe nur mit geringer Majorität gefallen, ich glaube mit neun gegen zehn Stimmen, oder acht gegen neun, nur mit einer Stimme.

Gem.-Rath Schneeweiß: Meine Herren! Was die Pflasterung betrifft, so ist der III. Bezirk wirklich am stiefmütterlichsten behandelt. Da sind nämlich ältere Übel, die im Bezirke bestehen und jedes Jahr übergangen wurden. Herr Dr. Lueger hat ohnehin von der Steingasse gesprochen; da hat die Bezirksvertretung schon seit 20 Jahren um ein Pflaster petitioniert. Der III. Bezirk hat 152 Gassen und Straßen, wovon nur 36 gepflastert sind. Ich glaube, das ist doch ein sehr geringer Bestandtheil für einen Bezirk, der eine so große Einwohnerzahl repräsentiert. Außerdem begreife ich nicht, wie man bei diesen Pflasterungen so zizerlweise vorgehen könne. Da steht: von der Neulinggasse bis zur Strohgasse mit Granit, das hat nämlich die Bezirksvertretung angeregt; das Stadtbauamt und der Stadtrath haben da auch wieder verschiedene Wünsche, nämlich die Neupflasterung der Reisnerstraße von der Neulinggasse bis zur Strohgasse mit Granitwürfeln und die Neupflasterung der Reisnerstraße mit Metallic von der Neulinggasse bis zur Richardgasse. Da kriegt das Stückerl von der Neulinggasse bis zur Strohgasse zweierlei Pflaster. (Stadtraths-Referent: Nein!) Es steht doch so hier! (Stadtraths-Referent: Nein!) Also gut, vielleicht ist das ein Druckfehler. Ich begreife nicht, warum nur von der Neulinggasse bis zur Richardgasse gepflastert werden soll.

Es ist doch die ganze Reisnerstraße, glaube ich, soviel wert, dass man sie mit geräuschlosem Pflaster versieht. Denn warum soll da immer ein Stück mit geräuschlosem Pflaster und ein Stück mit Granit gepflastert werden?! Das sehe ich nicht ein. Die Differenz kann keine so große sein.

Im vorigen Jahre wurden 40.000 fl. eingestellt behufs Regulierung des Landstraßergürtels. Im ganzen wurden 10.000 fl. verwendet. Im Jahre 1894 wurde natürlich nichts gemacht. Wenn das Geld bewilligt wird, sehe ich nicht ein, weshalb man da die Arbeiten nicht ausführt. Es wäre nämlich praktischer, wenn man die Straße einmal fertig machen würde und nicht immer von Jahr zu Jahr Fleckerln hinzufügt. Denn das kostet immer dieselbe Arbeit. Die Leute werden immer behelligt, und so wäre es in einem Jahre abzumachen. Diese Auslagen würden nicht immer wiederkehren. Für die Reisnerstraße, sowie für die Strohgasse wäre es besser, wenn beide mit geräuschlosem Pflaster versehen würden.

Auch erlaube ich mir den Herrn Vorsitzenden auf den Antrag aufmerksam zu machen wegen des geräuschlosen Pflasters in der Sechskrügelgasse, wo wir eine Schule haben und die Kirche. Der Antrag wurde noch nicht der Berathung unterzogen, obwohl das Pflaster einer baldigen Erneuerung bedarf, und wenn man dann wiederum mit einer Umpflasterung beginnt, glaube ich, könnte man sofort geräuschloses Pflaster nehmen, sonst haben wir fortwährend dieselben Calamitäten und Klagen. Wenn Sie in der Kirche sind, und draußen die schweren Wagen fahren, hören Sie ihr eigenes Wort nicht; die Sechskrügelgasse ist eine sehr frequente Gasse. Ich beantrage nun, dass man in der Reisnerstraße das geräuschlose Pflaster durchaus von der Neulinggasse bis zum Rennweg durchführt. Denn es kommt ja eigentlich nicht theuerer. Ich sehe das nicht ein, es sind nur reine Capricen. Da ist hier für die Strohgasse von der Kreuzung der Reisnerstraße eine Neupflasterung mit Metallic . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, den Antrag zu wiederholen, ich habe ihn nicht verstanden.

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich beantrage, anstatt der Neupflasterung der Reisnerstraße von der Neulinggasse bis zur Richardgasse, die Neupflasterung von der Neulinggasse bis zum Rennweg durchzuführen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um den zweiten Antrag.

Gem.-Rath Schneeweiß: Derselbe bezieht sich auf die Strohgasse. Ich beantrage, die ganze Strohgasse bis zum Anschlusse an das Metallicpflaster bei der Veitgasse mit Metallic zu pflastern. Warum denn ein Stück mit Metallic, dann kommt wieder ein Stück Granit! Ich bitte Sie, diese Anträge zu unterstützen.

Gem.-Rath Gierster: Ich möchte nur einen Irrthum berichtigen. Der Antrag, die Reisnerstraße von der Neulinggasse bis zur Strohgasse mit Granitwürfeln zu pflastern, geht vom Stadtrathe aus. Die Budget-Commission beantragt dagegen, die ganze Reisnerstraße bis zur Richardgasse mit Metallic zu pflastern. Es soll also nach dem Antrage der Budget-Commission nicht zweierlei Pflaster, sondern nur ein Pflaster von der Reisnerstraße bis zur Richardgasse kommen. Dieses Pflaster bis zum Rennweg herzustellen, diesen Antrag des Herrn Vorredners kann ich nur wärmstens zur Annahme empfehlen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Stadtraths-Referent: Ich muss in kurzem auf das, was hier erwähnt wurde, reagieren. Zuerst wurde der Vorwurf gemacht, dass der Arsenalweg erst heuer eingestellt wurde und zur Ausführung kommt, nachdem er im vergangenen Jahre schon präliminiert war. Der Grund, warum diese Herstellung nicht im vergangenen Jahre erfolgte, ist folgender: Es wurden Verhandlungen mit der Tramway-Gesellschaft geführt wegen Umlegung der Geleise in die neu zu eröffnende Gürtelstraße. Diese Verhandlungen waren noch zu keinem Abschlusse gelangt — der gleiche Fall war im IV. Bezirke in der Heugasse — wofür ebenfalls ein Betrag eingestellt war. Mittlerweile sind diese Abschlüsse erfolgt und die Arbeiten kommen heuer zur Ausführung. Es ist dies also nicht absichtlich geschehen, sondern weil es nicht früher möglich war. Weiters wurde vom Herrn Gem.-Rathe Schneeweiß bezüglich der Sechskrügelgasse Erwähnung gethan. Ich muss erwähnen, dass diesbezüglich weder vom Bezirksausschusse, noch vom Stadtbauamte, noch von einer anderen Competenz Vorschläge gemacht wurden, weshalb eine große Dringlichkeit nicht anzunehmen ist. Es liegen auch keine Kostenüberschläge vor. Es wäre freilich gut, alle Straßen zu pflastern, aber man kann nicht in dem einen Jahre einen Bezirk ganz pflastern und alle anderen vernachlässigen; man muss das successive machen und mit den Finanzen rechnen; nach und nach wird schon alles geschehen. Das erfordert eine gute Wirtschaft. Der Antrag Gierster erfordert Mehrkosten von 9000 fl. Der Antrag Dr. Lueger erfordert einen Kostenaufwand von 31.000 fl. Wenn man alles zusammenrechnet, so bringen wir einen bedeutend höheren Betrag heraus, und ich glaube nicht, dass Sie schon heute, wo keine genauen Vorlagen sind, dem zustimmen werden und die Anträge dem Stadtrathe zur weiteren Beschlussfassung überweisen. Ich bitte daher, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

Commissions-Referent: Ich kann mich dem Herrn Vorredner vollkommen anschließen. Was die Anträge des Herrn Dr. Lueger anbelangt, so hätte ich ja nichts dagegen, wenn es unsere Finanzen gestatten würden, dem zuzustimmen. So aber beantrage ich, den Antrag Dr. Lueger abzulehnen. Was den Antrag Gierster betrifft, so ist derselbe in der Budget-Commission reiflich durchberathen worden, und nachdem ohnehin ein Bezirk um 3000 fl. mehr bekommen hat, als der Stadtrath beantragte, so bitte ich, auch diesen Antrag abzulehnen. Was den Antrag Schneeweiß betrifft, dass die Reisnerstraße bis zum Rennweg aufgepflastert werde, so bin ich nicht in der Lage, dem zuzustimmen, nachdem ich die Beschlüsse der Budget-Commission zu vertreten habe. Beschließt aber der löbliche Gemeinderath, dass die Reisnerstraße durchwegs mit Metallicpflaster ausgepflastert werde, so habe ich nichts dagegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung.

Post 1 b. Antrag: Neupflasterung der Strohgasse mit Metallic 8000 fl. Herr Gem.-Rath Schneeweiß beantragt, es sei über diese Straße hinaus bis zum Anschluss an das Metallicpflaster in der Veithgasse dieses Pflaster zu legen. Dieser letztere Antrag muss, da alle Ziffern fehlen, wenn die Versammlung es beschließt, vorerst an den Stadtrath gelangen. Ich bringe den Antrag der Commission zur Abstimmung: Metallic 8000 fl., und ersuche jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich ersuche jene Herren, welche den Antrag Schneeweiß, den ich eben citiert habe, dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Post 2. Neupflasterung der Jacquingasse bis zur Kölblgasse. Hier liegt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gierster vor, von diesem Punkte die Pflasterung weiter zu führen bis zum Hause Nr. 39. Es liegt die Äußerung vor, dass dies um 9000 fl. Mehrkosten verursacht. Es kann also sofort abgestimmt werden und bitte ich jene Herren, welche den Antrag Gierster annehmen, der lautet: „Neupflasterung der Jacquingasse von der Pettenkofengasse bis zum Hause Nr. 39 — 21.000 fl.", die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt Punkt 3 b. Neupflasterung der Reisnerstraße mit Metallic von der Neulinggasse bis zur Richardgasse. Hier liegt ein Antrag des Herrn Gem.-Rathes Schneeweiß vor: Es sei von diesem Punkte bis zum Rennweg diese Pflasterung zu führen. Eine Ausgabenziffer liegt nicht vor. Dieser Antrag wäre daher eventuell dem Stadtrathe zuzuweisen.

Ich bringe zunächst den Antrag der Commission zur Abstimmung, für den gedachten Zweck 13.000 fl. zu widmen. Ich bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, die mit der Zuweisung des Antrages Schneeweiß: „Verlängerung bis zum Rennweg" an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Post 4 „Neupflasterung der Rinnsale und Übergänge" ist nicht angefochten, ebenso Post 5 „Arsenalweg und Gürtelstraße" und Post 6 „Straßenherstellungen"; ich erkläre diese Posten für angenommen.

Nun kommt der Antrag Dr. Lueger: „Die Steingasse ist in ihrer ganzen Länge mit Granitwürfeln auszupflastern." Das macht nach der Angabe des Bauamts-Referenten eine Ausgabe von 31.000 fl.; es kann also sofort über diesen Antrag abgestimmt werden. Ich bitte jene Herren, welche die gedachten 31.000 fl. dem genannten Zwecke widmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Es sind 38 dafür; ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 29; der Antrag ist angenommen. (Bravo! links.)

Wir kommen zum IV. Bezirke.

Stadtraths-Referent:

Post 1. Neupflasterung der Alleegasse von der Weyringergasse bis zur St. Marx-Meidlingerstraße . . . . . . 7.500 fl.

„ 2. Neupflasterung der Heugasse von der Weyringergasse bis zur St. Marx-Meidlingerstraße im Zusammenhange mit der Regulierung und Pflasterung des Arsenalweges im III. Bezirke (von dem ich schon erwähnt habe, warum er nicht im vorhergegangenen Jahre ausgeführt wurde) . . . . 13.000 fl.

„ 3. Fortsetzung der geräuschlosen Pflasterung in der Favoritenstraße bis über Or.-Nr. 7 und 9 . 10.000 fl.

„ 4. Umpflasterung der Kettenbrückengasse . . . . 3.000 fl.

„ 5. Umpflasterung der Schleifmühlgasse von der Wienstraße bis zur Margarethenstraße (inclusive Verbreiterung) . . . . 7.600 fl.

„ 6. Umpflasterung der Karlsgasse geräuschloses Asphalt vor dem Hause Nr. 8 . . . . . . — fl.

„ 7. Straßenherstellungen . . . . 10.000 fl.

Gesammt-Erfordernis für den IV. Bezirk . 51.000 fl.

welchen Anträgen sich die Budget-Commission angeschlossen hat.

Gem.-Rath Bärtl: Diese Summen werden ja nicht angefochten werden; ich ersuche Sie auch, dieselben anzunehmen. Ich habe mir aber erlaubt, anfangs Jänner einen Antrag zu stellen, der dahingeht, dass beim Engelbrunnen an der Ecke der Schaumburgergasse und der Wiedner Hauptstraße eine Regulierung und Pflasterung vorgenommen werde. Der Zustand kann über das Jahr 1895 hinaus unmöglich bestehen. Wenn man aufwärts geht, ist auf der rechten Seite um den Engelbrunnen ein Pflaster, auf der anderen Seite gar keines. Wenn schlechtes Wetter eintritt, ist es absolut unmöglich, dort vorüber zu kommen. Die Auslagen werden nicht so groß sein.

Ich kann keinen Antrag stellen, weil keine Vorlage da ist; ich mache nur die Executive so gut wie die Legislative darauf aufmerksam, dass ein Antrag nächstens kommen wird, und ich werde auch beantragen, dass dies noch in diesem Jahre zur Ausführung kommen soll. Und wenn die Vorlage kommen sollte, so bitte ich das Stadtbauamt und den Magistrat, diese Angelegenheit noch in diesem Jahre in Angriff zu nehmen und auszuführen.

Gem.-Rath Trambauer: Meine Herren! Die Marx-Meidlingerstraße ist von der Commune in Verwaltung übernommen worden zu der Zeit, als die Einverleibung der Vororte mit Wien stattgefunden hat. Diese Straße befindet sich in einem schlechten Zustande, namentlich von der alten Favoritenlinie bis zur Matzleinsdorferlinie. Es sind immense Schlaglöcher darin; meines Wissens und Erinnerns ist vielleicht seit 15 oder 20 Jahren dort nichts geschehen, der Landesausschuss hat nichts gemacht und die Gemeinde Wien hat auch nichts gemacht.

Ich stelle in dieser Richtung keinen Antrag, weil ich glaube, dass es endlich doch einmal wird dazukommen, dass die Gürtel-

straße in dieser Richtung wird hergestellt werden, damit die Local-Dampftramway endlich ihre Geleise verlängern kann, respective dass unser Viehtrieb vom X. Bezirke abgeschafft wird. Ich möchte aber an das geehrte Präsidium die Bitte richten, endlich einmal doch in Erwägung zu ziehen, dass die Marx-Meidlingerstraße auf die richtige Breite, respective auf die Breite der Gürtelstraße hergestellt wird und dass die Verhandlungen mit der Local-Dampftramway endlich eingeleitet werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Stadtraths-Referent: Die Beträge wurden nicht angefochten, es kamen auch keine Gegen-Anträge. Ich halte daher die Anträge des Stadtrathes aufrecht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: IV. Bezirk. Es sind die Anträge der Commission nicht angefochten worden; ich erkläre dieselben für angenommen.

V. Bezirk.

Stadtraths-Referent: Der Stadtrath empfiehlt Ihnen die Neupflasterung der Wehrgasse von der Hundsthurmerstraße bis zur Wienstraße . . . . 18.000 fl.
Umpflasterung der Steinbauergasse von der Gürtelstraße bis zur Malfattigasse (inclusive Regulierung) . . 11.000 fl.
Rinnsale und Übergänge . . . . 4.000 fl.
Straßenherstellungen . . . . 10.600 fl.
Erfordernis für den V. Bezirk . 43.600 fl.

Die Budget-Commission macht hier einen Gegenvorschlag.

Commissions-Referent: Die Budget-Commission empfiehlt Ihnen, nicht die Wehrgasse zu pflastern, nachdem die Wehrgasse eine minder befahrene Gasse ist, dagegen die Untere Bräuhausgasse. Das ist eine Parallelstraße von der Hundsthurmerstraße, in welcher sich das ganze schwere Fuhrwerk bewegt. Die Budget-Commission hat deshalb beschlossen, den Betrag von 22.800 fl. einzustellen, wogegen Ihnen die Budget-Commission beantragt, die Wehrgasse abzulehnen.

Ich bitte, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen; gegen die anderen Positionen hat die Budget-Commission keine Einwendung und schließt sich dieselbe dem Antrage des Stadtrathes vollkommen an.

Gem.-Rath Strobach: So wie alljährlich ist auch heuer der V. Bezirk in stiefmütterlicher Weise behandelt worden. Dieser Bezirk ist nicht zu vergleichen mit einem alten ausgebauten Bezirke; das ist ein Bezirk, welcher sich bedeutend erweitert, wo neue Straßenanlagen angelegt werden und verdient daher mehr Berücksichtigung. Wir wollen ganz bescheiden sein und wollen nur einige Punkte beantragen, welche theilweise gestrichen wurden. Da ist zum Beispiel gleich Punkt 1: Neupflasterung der Wehrgasse. Der Herr Referent der Budget-Commission hat gesagt, dass diese Gasse sehr wenig befahren werde. Das ist aber nicht ganz richtig. Ich möchte dabei zu bedenken geben, dass in der Gasse das Bezirksgericht ist, das Polizei-Commissariat, dass eine Fabrik Förster dort ist, zu welcher eine Anzahl von hervorragenden Herrschaften hinkommen, Hofwägen u. s. w. Schon aus diesem Grunde sollte etwas geschehen. Erstens ist die Gasse schon mehr als 30 Jahre nicht umgepflastert, dann wurde sie jedes Jahr ins Budget aufgenommen, ohne dass etwas geschehen ist.

Meine Herren! Wenn die Straßen weiter draußen schon nicht gepflastert werden, so soll doch wenigstens getrachtet werden, dass man die dem I. Bezirke näher liegenden Straßen pflastert. Ich erlaube mir zu beantragen, dass die Wehrgasse analog dem Antrage des Magistrates und des Stadtrathes zur Pflasterung eingestellt werde.

Ferner möchte ich mir erlauben, bezüglich des Punktes 3, das ist die Umpflasterung der Franzensgasse von der Hundsthurmerstraße bis zur Wienstraße, etwas zu sagen. Das gebe ich zu; wenn das fallen gelassen wird, habe ich nichts dagegen. Es ist die Straße nicht so befahren, das kann man eventuell ertragen. Dagegen möchte ich die Pflasterung eines anderen Theiles beantragen, welcher in äußerst schlechtem Zustande ist, nämlich die Arbeitergasse von der Spengergasse angefangen bis zur Reinprechtsdorferstraße, also kein langes Stück. Es würde dies ungefähr dem Betrage der Franzensgasse entsprechen, vielleicht noch auf weniger kommen. Ich würde also den Antrag stellen, dass statt der Franzensgasse die Arbeitergasse von der Spengergasse bis zur Reinprechtsdorferstraße umgepflastert werde. Ich könnte noch eine Menge anderer Straßen nennen, deren Pflasterung der Bezirksausschuss als dringend empfohlen hat, und zwar die Wolfgang-, Zenta-, Einsiedler-, Sonnenhof-, Garten-, Straußen- und Zeuggasse.

Ich will davon absehen, obwohl diese letzteren zwei Gassen sich in einem ganz erbärmlichen Zustande befinden, wenn es regnet. Es kommen nämlich seit neuerer Zeit die schweren Fuhrwerke dort durch, welche die Ziegelofengasse passieren und die Ecke abschneiden wolle. Wenn es regnet, sieht es dort aus, wie ein schwarzes Meer. Es wäre diese Pflasterung sehr nothwendig und vielleicht greift einer der Herren aus dem Bezirke von der anderen Seite meine Anregungen auf. Ich will keinen Antrag stellen und begnüge mich mit den erwähnten zweien.

Schließlich möchte ich bemerken, dass die Straßen im V. Bezirke geradezu in einem scandalösen Zustande sind. Ich möchte nur auf die Pilgramgasse aufmerksam machen. Einem Wagen, der dort unvorsichtig durchfährt, brechen unbedingt die Federn. Dort sind Löcher, dass es geradezu ein Scandal ist. Ein Beweis dafür war, als seinerzeit das Lueger-Fest abgehalten wurde, konnten wir nicht, wie von der Bevölkerung gewünscht wurde, durch die Margarethenstraße den Zug fahren lassen, sondern nur durch die Mariahilferstraße. Zum Theil trägt die Schuld der Bau des Sammelcanales, und ich erlaube mir daher an den Referenten die Anfrage zu stellen, wie lange die Contrahenten des Sammelcanales mit der Neupflasterung im Worte sind? (Stadtraths-Referent: Zwei Jahre dauert die Haftzeit!) Das ist sehr schön, aber in der Weise kann es unmöglich weitergehen. Ich verlange nicht, dass man sofort umpflastern soll. In welchem schrecklichen Zustande sind manchmal die Straßen! Zum Beispiel heute war ein Leichenbegängnis im V. Bezirke. Eines von den Trauernden, ein junges Mädchen, ist während des Leichenzuges gefallen. So sind die Zustände! Ich würde daher bitten, dass die Contrahenten aufmerksam gemacht und vom Stadtbauamte beauftragt werden, diese scandalösen Zustände in der Wienstraße und Hundsthurmerstraße unverzüglich zu beheben. Ich verlange nicht, dass alles sofort klipp und klar gemacht wird, aber die groben Fehler sollten beseitigt werden. Ich möchte nur empfehlen, dass die Herren hinausfahren; ich wünsche niemandem etwas schlechtes, aber wenn der Herr Bürgermeister einmal durch die Pilgramgasse zur Hundsthurmerstraße fahren würde, so würde die Sache bald beendet sein. Ich bitte, die Anträge zu unterstützen, sie sind gewiss berechtigt. Damit kommt der Bezirk noch lange nicht so weit hinauf, wie die anderen Bezirke, wir sind noch immer einer von den bescheidenen Bezirken.

Gem.-Rath Becker: Ich kann die zwei Anträge meines Collegen Strobach nur wärmstens befürworten und will mich nicht in Details einlassen, er hat sie hinlänglich erschöpfend dargelegt, aber ich habe eine andere Bitte. Es sind jetzt schon drei Jahre her, und jedes Jahr habe ich gelegentlich des Pflaster-präliminares immer angesucht, es möge die Wolfganggasse von der Parkettenfabrik bis zum Hundsthurmerspitz, bis zu dem Gasthause dort, gepflastert werden. Im vorigen Jahre hat der Herr Budget-Referent gemeint, es wäre schon möglich, aber es ist noch keine Canalisierung dort. Nun habe ich bei Gelegenheit der Canalisierung angesucht, es möge dort der Canal — ich habe dies motiviert — aus verschiedenen Gründen bis zum Hundsthurmerspitz gebaut werden. Nun, dieser Antrag ist angenommen und dem Stadtrathe zugewiesen worden. Nun bitte ich, dass diese Wenigkeit — das ist gewiss eine Wenigkeit, es sind vielleicht 200 Schritte — auch gepflastert werde. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen und ihn, weil kein Betrag dafür ausgesetzt ist, an den Stadtrath zu weisen. Ich glaube, dass die Canalisierung bald erfolgen wird und dann gibt es kein Hindernis mehr, um das Stückchen auch zu pflastern. Ich bitte, nehmen Sie den bescheidenen Antrag an.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Also von der Parkettenfabrik bis wohin?

Gem.-Rath Becker: Die Wolfganggasse ist gepflastert bis zur Parkettenfabrik. Das sind ein paar hundert Meter, die ungepflastert sind, und zwar bis zum Gasthause am Hundsthurmerspitz.

Gem.-Rath Dr. Huber: Meine Herren! Ich werde nicht recapitulieren, was die Herren Vorredner in Betreff des V. Bezirkes gesagt haben, allein ich glaube mit Rücksicht auf den Umstand, dass die Parteistellung auch manchmal nicht ohne Einfluss ist, zur Sache sprechen zu müssen. Was dargestellt wurde, wie die Straßen ausschauen, ist ganz richtig. Der V. Bezirk hat nämlich das Glück, seit langer Zeit zu den alten Bezirken zu gehören, und in neuerer Zeit hat er das Unglück, nicht zu den einverleibten Vororten zu gehören. Würde er zu den letzteren gehören, so hätte er es schon viel besser als heute. (Rufe links: Oho!) Sie rufen Oho! Gehen Sie hinaus und schauen Sie sich die Straßen an. Mich geniert Ihr „Oho“ nicht. Dann können Sie reden, nicht hier im Saale, das heißt nichts.

Ich werde mich gar nicht genieren, das zu vertreten, was ich für meine Pflicht halte. Die Straßen im V. Bezirke sind zum großen Theile nicht gut. Ich könnte vielleicht sagen, viele sogar sehr schlecht. Das ist wirklich der Fall.

Nun aber lassen wir die Geschichte! Die Budget-Commission hat sich in Betreff des V. Bezirkes als eine wahre Sparcommission bewiesen. Die hat schön gerechnet; in ihr waren ausgezeichnete Finanzleute. Die haben uns 22.000 fl. gegeben und 34.000 fl. genommen und damit haben sie dem IV. Bezirke ein Präsent gemacht, sie haben eine neue Straße in das Verzeichnis aufgenommen, damit man glauben sollte, es geschehe etwas für den V. Bezirk. So rechnet man nicht beim Geldausgeben, wenn man etwas thun will, sondern man muss mehr geben; die Budget-Commission aber hat 12.000 fl. weniger gegeben. Ich versichere Sie, die Straßen sind zum größten Theile wirklich schlecht, und damit wird nicht viel verlangt, wenn Sie diese Anträge annehmen, aber den einen oder den anderen müssen Sie annehmen, wenn Sie nicht wollen, dass der V. Bezirk als das wahre Stiefkind unter allen anderen Bezirken angesehen werden soll.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich bin nicht aus dem V. Bezirke entsendet worden, aber ich habe mich beinahe jedes Jahr bei der Präliminierung für das Pflaster im V. Bezirke für denselben eingesetzt. Ich muss das nur bestätigen, was die Herren Vorredner gesagt haben. Ich mache Sie nun darauf aufmerksam, dass gerade der V. Bezirk die meisten ungepflasterten Straßen hat, und gerade diese Straßen führen alle auf die Hundsthurmerstraße. Schauen Sie sich einmal die Hundsthurmerstraße an im Sommer, wenn die Seitengassen gespritzt werden. Da fahren die Wagen von den ungepflasterten Straßen auf die Hundsthurmerstraße: der Koth, der sich auf die Räder anklebt, wird dann auf der Hundsthurmerstraße abgelegt, und die Hundsthurmerstraße ist infolgedessen immer voll Koth oder Staub. Ich kann daher nicht begreifen, warum die Commission eigentlich die Wehrgasse abgelehnt hat. (Ruf: Weil das Geld zu wenig ist!) Ja, das Geld ist gerade für den V. Bezirk zu viel! Bei anderen Posten ist im Präliminare zu viel eingestellt.

Ich muss aber nicht nur die Budget-Commission tadeln, sondern ich muss überhaupt das ganze Präliminare tadeln. Ich finde, meine Herren, dass hier ein Rückschritt gemacht wurde. Früher ist das Pflaster-Präliminare viel besser und gründlicher zusammengestellt worden, als es jetzt geschieht. Auf welche Art geschieht das jetzt? Wir wissen es keiner recht. Wir muthmaßen nur. Früher war das was anderes. Da hat die Pflasterbegehungs-Commission bestanden. Aus jedem Bezirke war ein Herr in dieser Pflasterbegehungs-Commission. Da sind diese Straßen begangen worden, welche die Bezirksvertretung zur Neu- oder Umpflasterung vorgeschlagen hat. Hier hat ein jeder das Recht gehabt, mitzugehen, wenn ihm daran gelegen war. Jeder Bezirk war vertreten. Dann ist hier referiert und beantragt worden, die Pflasterung dieser Straße ist wirklich nothwendig, die andere ist nicht nothwendig. Was geschieht jetzt? (Ruf: Stadtrath!) Der Stadtrath hat keine Zeit dazu.

Es ist auch nicht zu verlangen, dass er die Pflasterbegehung vornimmt. Aber ich weise darauf hin, dass das Gemeindestatut in dieser Beziehung der Gemeinde auch zu großem Schaden gereicht. Diese Wünsche, die von unserer Seite ausgesprochen werden, dass das Gemeindestatut endlich einmal abgeändert werde, sind berechtigt, hier haben Sie den klarsten Beweis.

Es wird nicht so gründlich wie früher gearbeitet. (Rufe links: Sehr richtig!) Ich habe die feste Überzeugung, dass manche Debatte hier nicht so in die Länge gezogen würde, dass mancher der Herren über das Pflaster-Präliminare nicht sprechen würde, wenn die Pflasterbegehungs-Commission noch bestehen würde, und er könnte seine Collegen aus seinem Bezirke unterrichten, die Commission hat dies beschlossen, dies und jenes ist nothwendig, das ist aber jetzt nicht nothwendig. Wir wissen gar nichts, wir tappen im Finsteren, und wenn wir hieher kommen, sollen wir immer Ja sagen, und Ja; Nein dürfen wir nicht sagen, sonst ist der Teufel los.

Ich ersuche Sie, stimmen Sie den Anträgen des Herrn Collegen Strobach zu. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um das hochgeehrte Präsidium speciell auf jene Straßen aufmerksam zu machen, in welche der sogenannte Sammelcanal gelegt wurde. Es hat bereits der Herr College Strobach theilweise erwähnt, in welchem Zustande sich jene Straßen befinden, und auch die Hundsthurmerstraße. Es ist scandalös, geradezu unglaublich, und wenn die Herren einmal Gelegenheit haben,

vorbeizukommen, schauen Sie die Straße an. Ich habe bereits im Stadtrathe darauf verwiesen und es ist mir gesagt worden, der betreffende Contrahent, der den Canal gebaut hat, haftet durch zwei Jahre. Ich sehe ein, jetzt momentan, bei dem schlechten Wetter, kann nicht umgebaut werden. Aber ich werde das Präsidium bitten, dass, sobald Thauwetter eintritt, eine Umpflasterung oder Ausbesserung dieser Straße — machen Sie, was Sie wollen — vorgenommen wird. Es ist ganz unglaublich, wie die Straße aussieht; da sind Löcher, von denen Sie sich gar keine Vorstellung machen können, neben den Schienen stehen die Steine ganz verdreht. Es ist mir unbegreiflich, wie es dort zugeht. Ich weiß auch nicht, warum die Budget-Commission die Wehrgasse gestrichen hat. Diese ist eine der wichtigsten Verbindungsstraßen zwischen der Hauptstraße und der Margarethenstraße. Der Koth muss dort in Permanenz erklärt werden. Ich bitte, die Anträge anzunehmen, speciell bitte ich darum, auf die Wienstraße ein besonderes Augenmerk zu richten. Der V. Bezirk bedarf wirklich der Pflege der Straßen. Schauen Sie die Posten an. Wir haben früher einmal beschlossen, dass in jedem Jahre wenigstens eine Straße in jedem Bezirke neu gepflastert werden soll. Hier haben Sie das wohl gethan, Sie wollen eine Straße neu pflastern. Aber mit welchem Betrage? Mit 28.000 fl. Das andere sind Umpflasterungen, Flickwerk. Für den V. Bezirk geben Sie nur 28.000 fl. aus. Ich bitte Sie nochmals — ohne Sie weiter aufzuhalten — den Anträgen des Herrn Collegen Strobach zuzustimmen.

Baurath Schiebek: Ich habe aufzuklären, dass der Haupt-Sammelcanal am rechten Wienflussufer, der durch die Wienstraße, Hundsthurmerstraße und in der Fortsetzung durch die Gaudenzdorferstraße führt, erst gegen den Herbst zu bauen angefangen und die Fertigstellung des Canales in dieser Strecke erst gegen Winter begonnen wurde. Nun war der Frost diesen Winter so stark, dass die ganze Straße sehr stark gefroren war; einmal ist Thauwetter eingetreten und da sind leider bedeutende Setzungen vorgekommen. Der Erbauer des Canales, respective der Baumeister hat eine zweijährige Haftung und es ist Vorsorge getroffen und derselbe bereits aufgefordert worden, so wie die Witterung es zulässt und Thauwetter eintritt, die erforderlichen Umpflasterungen sogleich vorzunehmen; es wird auch darauf gesehen werden, dass er während der zwei Jahre umpflastert und die Setzungen, welche sich ergeben, immer wieder sogleich beseitigt.

Gem.-Rath Dr. Stern: Ich möchte vor allem gegenüber den Ausführungen eines Herrn Vorredners darauf hinweisen, dass die Budget-Commission den Antrag gestellt hat, es sei aus dem Plenum des Gemeinderathes eine Commission einzusetzen, welche jene Straßen, die zur Neu- oder Umpflasterung vorgeschlagen sind, zu studieren und ihren Zustand zu untersuchen hat. Wenn dieser Antrag der Budget-Commission angenommen würde, glaube ich, wäre damit den Bedenken, welche von anderer Seite geltend gemacht wurden, vollständig entsprochen.

Das ist das eine. Von einem anderen Herrn Redner, dem verehrten Collegen Dr. Huber, ist darauf hingewiesen worden, dass die Budget-Commission gerade dem V. Bezirk gegenüber sich sozusagen stiefmütterlich verhalten hat.

Dem gegenüber möchte ich nur auf die Summe hinweisen, welche der Stadtrath für Pflasterungen im V. Bezirke anweist, nämlich 43.600 fl., eine Summe, welche die Budget-Commission auf 48.400 fl., also um circa 5000 fl. erhöht hat.

Über die einzelnen Straßen, welche hier vorgeschlagen wurden und über dasjenige, was darüber gesprochen wurde, werde ich nicht sprechen. Aber das eine, meine Herren, möchte ich Ihnen doch zur Erwägung empfehlen und das ist folgendes:

Wir haben uns heute fortwährend damit beschäftigt, die Beträge der Budget-Commission zu erhöhen, über dieselben hinauszugehen. Die Anträge der Budget-Commission sind ohnedies schon höher als die des Stadtrathes. Wir haben für die drei Budgets: Schulbauten, Canal- und Straßenbauten eine Summe beantragt, die die Summe von 4,000.000 fl. überschreitet. Wenn wir die Summe des Stadtrathes mit der Summe der Budget-Commission vergleichen, so gehen wir ohnedies schon um circa 200.000 fl. höher, und die Anträge, die heute schon angenommen worden sind, gehen noch höher hinauf. Wohin kommen wir bei einer solchen Steigerung unseres Budgets? Nach dem Antrage des Magistrates haben wir ohnehin aus den Cassabeständen eine Summe von 3,575.000 fl. zu entnehmen.

Ich möchte doch bitten, auf das allgemeine Budget Rücksicht zu nehmen und bei den Anträgen, die hier gestellt werden, Maß zu halten, wenigstens nicht über die Anträge der Budget-Commission hinauszugehen. Das wollte ich Ihnen ans Herz legen.

Gem.-Rath Purscht: Ich hätte mich zu diesem Bezirke nicht zum Worte gemeldet, nachdem aber einer der Herren drüben sagt, dass die Budget-Commission bei allen die Beträge erhöht habe, so muss ich Sie darauf aufmerksam machen, das Referat zur Hand zu nehmen. Ich muss sagen, dass es mir den Eindruck macht, dass die Budget-Commission eigentlich nichts anderes gemacht hat, als dieselben Summen hineinzusetzen, die der Stadtrath hingesetzt hat. Es sind hier, meine Herren, bei gar keinem Bezirke besondere Veränderungen vorgekommen. Es ist nahezu das alles bewilligt, wie es der Stadtrath beantragt. Was die Budget-Commission bei diesem Referate überhaupt gethan hat, das weiß ich nicht. Da möchte ich schon den Herrn Obmann der Budget-Commission bitten, uns darüber Aufklärung zu geben. Auf mich macht es den Eindruck, dass nicht besonders viel von dem Talent der Budget-Commission verwendet wurde, denn ich glaube, dass die Herren nur immer das angenommen haben, wie sie die Vorlage vor sich gehabt haben, und es hat auch der Herr College Wessely ganz richtig darauf hingewiesen, dass die Arbeiten früher im Gemeinderathe ganz andere waren. Er hat erwähnt, dass früher eine Begehung der diversen Straßen stattgefunden hat. Jetzt sitzen die Herren am grünen Tische und nehmen die Summen an, die der Stadtrath ihnen vorlegt. Ich kann Sie versichern, dass wir dazu nicht im Gemeinderathe sind, damit wir das annehmen, was der Stadtrath uns vorlegt. Ich möchte den Herrn Referenten der Budget-Commission überhaupt fragen, was ihn bewogen hat, die Wehrgasse im V. Bezirke zu streichen. Dann werde ich ja sofort erfahren, ob er die Verhältnisse überhaupt genau kennt und sich das angeschaut hat. Aber eines kann ich sagen: es macht dieses, sowie das frühere Referat auf mich den Eindruck, dass die Budget-Commission nur das bewilligt, was der Stadtrath vorlegt.

Gem.-Rath Strobach: Ich möchte nur einige Worte bezüglich des geehrten Herrn Vorredners von der anderen Seite sagen. Herr Dr. Stern hat natürlich leicht lachen. Er hat seine Lieblingsbezirke, den I. und II., ins Trockene gebracht und nun spricht er dagegen, dass in den anderen Bezirken Erhöhungen vorkommen sollen. Auf eine solche Objectivität verzichten wir, Herr Dr. Stern! Wenn es für den I. und II. Bezirk gegangen ist, so kann es auch

für die anderen Bezirke gehen. Und weil wir nur gerecht und objectiv sind, so bitte ich Sie, auch meine Anträge anzunehmen. Weil ich sehe, dass je bescheidener man ist, man umsoweniger ausrichtet, so möchte ich zu den Ausführungen des Herrn von der anderen Seite bemerken, dass die Straßen des V. Bezirkes sich in einem erbärmlichen Zustande befinden, dass der Betrag von 10.000 fl. nicht ausreicht, und dass ich daher bitte, den Betrag von 15.000 fl. für die Straßenherstellungen anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Huber: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um eigentlich dieselben Bemerkungen betreffs des mir sehr lieben Collegen Dr. Stern zu machen, die Herr College Strobach gemacht hat. Es wäre sehr schön gewesen, wenn dieser Sermon vorausgegangen wäre, damit gleich auch beim I. Bezirke darauf Rücksicht genommen werde; das hätte nicht geschadet. Ich stimme ja seinem Standpunkte vollkommen bei; der Satz ist ganz richtig: „Das allgemeine muss vorausgesehen und innerhalb des allgemeinen muss sich das einzelne fügen", aber das muss für alle „einzelnen" gelten, nicht für einen Theil. Nachdem nun Herr Dr. Stern beim I., II. und III. Bezirke geschwiegen hat, so muss es mir auffallen — ich bin etwas naiv — dass diese Belehrung erst beim V. Bezirke kommt. Seine Ansicht nehme ich ja zur Kenntnis, ich stelle mich auf denselben Standpunkt, den er einnimmt, denn ich glaube, dass dies ein richtiger Standpunkt ist — aber er muss eben für alle Bezirke gelten. Nun möchte ich auch auf die Bemerkung hinweisen, dass die Budget-Commission mehr gethan hat als der Stadtrath. Da hat es Herr Gem.-Rath Dr. Stern wohlweislich unterlassen, zu bemerken, was der Magistrat selbst beantragt hat — davon hat er nichts gesagt; die 60.000 fl., die der Magistrat beantragt hat, sind ihm abhanden gekommen. Und nun frage ich Sie, meine Herren, wenn Sie in einem früheren Bezirke 31.000 fl. mehr bewilligen — und ich beklage mich nicht darüber, ich gönne allen Bezirken gute Verhältnisse — so werden Sie doch wohl auch dem V. Bezirke nicht so ganz und gar keine Aufmerksamkeit schenken.

Stadtraths-Referent: Ich habe nur auf die Anträge, die gestellt worden sind, zu erwidern; ich werde mich zunächst mit Herrn Gem.-Rath Strobach beschäftigen, der da gemeint hat, in der Wehrgasse, die ja vom Stadtrathe in Antrag gebracht wird, sei die Polizei und die Fabrik Förster; daher sei die Pflasterung dort vorgeschlagen worden. Das ist nun ein kleiner Irrthum. Dieser obere Theil ist im Jahre 1892 gepflastert worden. Es handelt sich bloß um den Theil von der Hundsthurmerstraße hinab zur Wien. Das ist der Theil, den Ihnen der Stadtrath zur Pflasterung vorschlägt. Was die Arbeitergasse anbelangt und den Antrag, welchen der Herr Gem.-Rath Becker bezüglich der Wolfganggasse gestellt hat, so liegt darüber gar kein Vorschlag vor. Diese Angelegenheiten sind allerdings in dem Wunschzettel des Bezirksausschusses und Bezirksvorstehers enthalten, aber weder vom Magistrate noch vom Stadtbauamte sind dieselben in Berücksichtigung gezogen worden und es liegen auch keine Vorschläge darüber vor.

Was den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Strobach, wie ich glaube, anbelangt, es möge mit Rücksicht auf den schlechten Zustand der Straßen für Straßenherstellungen statt 10.000 fl., 15.000 fl. eingestellt werden, so erlaube ich mir — und der Herr Gemeinderath wird mir das nicht übelnehmen — ihm eine kleine Aufklärung über Straßenherstellungen zu geben. Straßenherstellungen, respective die dafür eingesetzten Beträge, beziehen sich auf neu eröffnete Straßen, die zuerst einen Unterbau bekommen und dann mit Schotter belegt werden. Das sind ganz neu zu eröffnende Straßen, nicht Ausbesserungen von Straßen; diese werden aus den currenten Ausgaben bestritten und ist dafür heuer vom Stadtrathe ein Betrag von 230.000 fl. eingestellt.

Was nun die vom Herrn Gem.-Rathe Wessely angeregte Begehungs-Commission anbelangt, so erinnere ich mich da noch an die Zeiten des alten Gemeinderathes, wo der Herr Gem.-Rath Simon das Referat gehabt hat. Da ist im Plenum nicht so viel debattiert worden. Der Herr Gemeinderath thut aber dem Stadtraths-Referenten und, wie ich weiß, auch dem Budget-Commissions-Referenten unrecht, denn, wenn er glaubt, dass wir uns die Sachen nicht angesehen haben, so bemerke ich, ich habe jede Straße, welche hier in Vorschlag gebracht ist, angesehen und die Herren werden ja auch aus meinen Ausführungen sehen, dass ich über jede Straße Auskunft geben kann.

Wenn jedem unangenehmen Übelstande abgeholfen werden könnte, ohne dass solche bedeutende Mehrbeträge beantragt werden, dann wird dies gewiss angenehm und gut sein, und es wäre ein heilsames Mittel gegen solche gewiss ganz unangenehme Überschreitungen.

Commissions-Referent: Es sind gewisse Anwürfe gegen mich gemacht worden und werde ich auf den letzten Redner zurückkommen. Herr College Pursch hat eine Äußerung gemacht, als wenn die Budget-Commission nicht gearbeitet hätte. Diesen Anwurf weise ich vor allem zurück mit folgender Begründung: Erstens habe ich an dem Referate 14 Tage gearbeitet, habe die Protokolle von allen Bezirksausschüssen (Zwischenruf: Maskenball beim Wimberger!) — Sie waren auch vielleicht auf einem Maskenballe, das gehört nicht daher — habe alle diese Anträge vom Magistrate, Stadtbauamte, die Petitionen und alle Resolutionen, die an die Gemeinde gegangen sind, studiert, habe jede Straße, die hier vorgeschlagen worden ist von Seite des Stadtrathes, begangen, oft zweimal begangen. Es war unter dieser Zeit der Schneefall, wie der Schnee weggeführt worden ist, habe ich mich überzeugt, ob die Pflasterung nothwendig ist oder nicht. Es ist daher ganz und gar unnöthig, dass Herr College Pursch in einer solchen Art und Weise die Budget-Commission und den Referenten angreift. (Zustimmung rechts.) Weiter muss ich Ihnen mittheilen, dass wir an dem Pflaster-Präliminare zwei Tage gearbeitet haben und wir haben nicht die Ziffern, die uns vorlagen, einfach acceptiert. Da sind große Belege dafür, Sie haben einen ganzen Pack. Ich habe das eingehend studiert.

Was den Vorwurf, den mir Gem.-Rath Wesselý gemacht hat, betrifft, so stimmt das mit der Äußerung des Collegen Pursch, betreffend die Wehrgasse, überein.

Ich sage Ihnen, meine Herren, ich war derjenige, der den Antrag in der Budget-Commission als Referent gestellt hat, dass es nicht nothwendig ist, dass wir die Wehrgasse pflastern. Warum? Oben zwischen der Margarethenstraße und Hundsthurmerstraße ist das Bezirksgericht und die Polizei. Da ist gepflastert. Weiter von der Hundsthurmerstraße bis zur Wienstraße zu pflastern, ist nicht nöthig.

Meine Herren, gehen Sie hin und schauen Sie die Straße an. In der Stadt haben wir viel schlechtere Straßen als die ist, und ich habe daher beantragt, dass man statt der Wehrgasse die Untere Bräuhausgasse, eine Straße, die sehr stark befahren ist, pflastert. Das war meine Arbeit und ich glaube, der Bezirk hat

sich nicht zu beschweren; ich bitte daher, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen, wie sie vorgelegt sind, mit 48.400 fl.

Was die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Becker wegen der Wolfganggasse betrifft, so muss ich mittheilen, dass der Canal dort noch nicht gebaut ist.

Was Herr Gem.-Rath Dr. Lueger bemerkt hat, das deckt sich mit den Aufklärungen des Herrn Baurathes.

Gem.-Rath Purscht (zur Berichtigung): Ich nehme die Aufklärungen des Herrn Obmannes der Budget-Commission mit Vergnügen entgegen. Die Bravo-Rufe von drüben haben gezeigt, dass er sich die Verdienste erworben hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Das ist keine Berichtigung.

Gem.-Rath Purscht (fortfahrend): Ich berichtige thatsächlich, dass die Summen in jedem Bezirke nahezu gleich sind mit den Summen des Stadtrathes. Folglich kann die Arbeit keine besondere sein, weil man sonst eine Veränderung entdecken würde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung.

Post 1 „Neupflasterung der Wehrgasse von der Hundsthurmerstraße bis zur Wienstraße".

Hier beantragt der Stadtrath einzusetzen 18.000 fl. Dieser Antrag, welcher von der Commission nicht aufgenommen wurde, wird hier vom Herrn Gem.-Rathe Strobach aufgenommen.

Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Ich bitte sich von den Sitzen zu erheben. (Nach erfolgter Auszählung:) 35 dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 29 dagegen. Der Antrag ist angenommen. (Beifall links.)

Nun kommt Punkt 2: Pflasterung der Unteren Bräuhausgasse.

Der Antrag der Budget-Commission auf 22.800 fl. ist nicht angefochten worden. Ich erkläre denselben für angenommen.

Post 3 „Umpflasterung der Franzensgasse".

Hiefür liegt kein Antrag vor. Hier beantragt Herr Gem.-Rath Strobach: Es sei die Arbeitergasse in ihrem Zuge von der Spengergasse bis zur Reinprechtsdorferstraße umzupflastern. Wir kennen die Ziffern hiefür nicht, der Antrag gehört daher zur Vorberathung.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung desselben an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt Post 4; dieselbe ist nicht angefochten, Post 5 auch nicht, ich erkläre diese beiden Posten für angenommen.

Zu Post 6 „Straßenherstellungen" beantragt Herr Gem.-Rath Strobach, statt der beantragten 10.600 fl. den Betrag von 15.000 fl. einzustellen.

Ich bringe zuerst die höhere Ziffer zur Abstimmung und bitte die Herren, welche 15.000 fl. annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 29 Stimmen dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 30 dagegen. Der Antrag auf 15.000 fl. ist abgelehnt.

Die Post von 10.600 fl. ist nicht angefochten worden; ich erkläre dieselbe für angenommen.

Nun kommt der Antrag Becker: Es sei die Wolfganggasse von der Parkettenfabrik bis zum Hundsthurmerspitz zu pflastern.

Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: VI. Bezirk. Umpflasterung der Gumpendorferstraße von der Kasernengasse bis zur Webgasse 15.300 fl.; Umpflasterung der Magdalenenstraße von Nr. 49 bis 55 6500 fl.; Terrainregulierung und Umpflasterung des Platzes bei der Mariahilferlinie 22.000 fl.; Stiege in der Theobaldgasse 5000 fl.; Verbindungsstraße von der Wallgasse zum Mariahilfergürtel (von der Bürgerspitalgasse zu Nr. 37 Mariahilfergürtel) 10.000 fl.; in Summa 58.800 fl., welchem Antrage sich die Budget-Commission angeschlossen hat.

Gem.-Rath Gregorig: Hier ist die Post 22.000 fl. für die Umpflasterung des Platzes bei der Mariahilferlinie eingestellt. Mir wurde mitgetheilt, dass die Tramway-Gesellschaft vor zwei Jahren diese Umpflasterung und Terrainregulierung auf ihre Kosten vornehmen lassen wollte. Warum ist damals der Tramway-Gesellschaft nicht Folge geleistet worden? Wie ist es möglich, dass man heute mit einer so ungeheuren Post kommt, die die Stadt zu tragen hat?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es sind doch Häuser dort gestanden!

Gem.-Rath Gregorig: Die Häuser sind später weggerissen worden. Der Antrag war damals da. Ich möchte wissen, ob das richtig ist, die Gesellschaft hat damals den Antrag gemacht, auf ihre eigenen Kosten regulieren und die Schienenstränge umlegen zu lassen. Wessen Schuld ist es zuzuschreiben, dass diese ungeheure Ausgabenpost jetzt kommt? Darüber bitte ich um Auskunft. Ferner ist die Post 5000 fl. Stiege in der Theobaldgasse. Ich bitte, Herr Referent, ist die hölzerne Stiege gemeint, die dort ist? (Stadtraths-Referent: Ja!) Die ist erst neu gemacht worden vor ein paar Monaten. (Rufe: Es soll eine neue definitive Stiege gemacht werden!) Früher war die alte Stiege im Hause, und es ist erst eine ganz neue hölzerne Stiege aus Lärchenholz gemacht worden. Nun müsste das Haus, das dort steht, wegkommen. Dann können Sie gleich die Originalstiege machen, die Straße herüberführen und die Stiege fertig machen lassen. Wozu braucht man eine neue Stiege? Wozu die 5000 fl.? Im vorigen Jahre ist das Referat über den Hausankauf drei Monate auf der Tagesordnung gestanden. Dann ist der August gekommen, in welchem keine Sitzung war, und auf einmal ist das Referat verschwunden. Wo ist es hingekommen? Jedenfalls hat der betreffende Hauseigenthümer das Ding zurückgenommen — der Gemeinderath hat keine Sitzung gehalten — und läßt sich's dann theuer bezahlen. (Rufe: Das Haus ist schon lang gekauft!) Ist schon gekauft? Davon weiß ich nichts. Das untere Haus, wo die Stiege ist? (Rufe: Ja!)

Ich bitte, ich höre gerade, das Haus wird weggerissen; wie können wir dort eine Stiege machen lassen? Es muss die ganze Straßenregulierung gemacht werden. Da kommt eine große Stiege, die kann man aber um 5000 fl. nicht machen. Wenn das Haus wegkommt, muss man mit der Straße ganz hereinrücken. Wenn man die ganze Verlängerung der Windmühlgasse macht, bin ich einverstanden, aber wenn man nur eine Nothstiege macht, so sind die 5000 fl. hinausgeworfen. Ich bitte um Auskunft vom Referenten.

Gem.-Rath Schlechter: Ich möchte mir erlauben, zuerst über die Mariahilferlinie und über die Tramway-Gesellschaft etwas zu sagen. Es ist allerdings vor einiger Zeit von Seite der Tramway-Gesellschaft das Ansuchen gestellt worden, dass sie die Geleise,

welche auch jetzt noch in der früheren Richtung gehen, und hinter dem bestandenen linksseitigen Linienamtsgebäude gelegen sind, in die Hauptstraße verlegen dürfe; das hätte sie selbstverständlich in der Hauptstraße auf ihre Kosten gemacht. Das musste aber damals aus Verkehrsrücksichten abgelehnt werden und jetzt handelt es sich nicht bloß um jenen Theil, wo die Geleise liegen, sondern um die Regulierung des ganzen Platzes, der bis an die jenseitige Grenze des Gürtels in Fünfhaus reicht. In der Richtung ist also die Angelegenheit wohl aufgeklärt.

Was die Stiege betrifft, welche mit 5000 fl. präliminiert ist und sehr bald gemacht werden soll, so ist nicht gemeint eine Stiege in die Theobaldgasse, sondern jene Stiege, welche in der Windmühlgasse, wo der Absturz beginnt, hinunter neu angelegt werden soll, und da muss ich sagen, ist der Betrag von 5000 fl. ein sehr geringer.

Wenn man berücksichtigt, dass für den Bezirk Mariahilf wirklich sehr wenig geschieht, glaube ich, dürfte es sich da doch empfehlen, für eine entsprechende Stiege Vorsorge zu treffen und einen größeren Betrag in Aussicht zu nehmen. Um die Stiege, welche Herr Collega Gregorig meint, kann es sich gar nicht handeln, weil das Haus, durch welches die Stiege führt, angekauft, den Parteien bereits gekündigt ist, und dasselbe im Mai demoliert wird. Es wird die Stiege, welche Herr Collega Gregorig meint, ganz entfallen, es handelt sich dafür um die Anlage einer Stiege gleich anfangs der Windmühlgasse, wo sie das Knie macht, hinunter. Weil der Betrag von 5000 fl. ein minimaler ist, dürfte eine Erhöhung nothwendig sein; ich verzichte aber darauf, eine Erhöhung zu beantragen, denn wenn das Project eine größere Ziffer in Anspruch nehmen wird, so wird man selbstverständlich einen Zuschusscredit entweder im Stadtrathe oder im Gemeinderathe bewilligen müssen. Man wird dann an die competenten Factoren herantreten, wenn es nothwendig ist.

Aber weil heute schon so viel von den einzelnen Bezirken gesprochen worden ist, werden Sie es einem Vertreter des Bezirkes Mariahilf nicht verübeln, wenn er die große Bescheidenheit, welche in den Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission bezüglich des VI. Bezirkes zum Ausdrucke kommt, mit ein paar Worten bespricht. Was bekommt der Bezirk Mariahilf? Erstens eine Umpflasterung der Gumpendorferstraße, welche unbedingt nothwendig ist bei der großen Anzahl von Neubauten, welche bekanntlich das Pflaster in unglaublicher Weise verschlechtern; zweitens eine Umpflasterung der Magdalenenstraße in einer kurzen Strecke, welche ebenfalls nothwendig ist. Ferner ist eingestellt auf Rechnung des Bezirkes Mariahilf die Terrainregulierung und Umpflasterung des Platzes bei der Mariahilferlinie, welcher Platz doch zum größten Theile in den Rayon der Bezirke Fünfhaus und Neubau fällt und nicht allein in den des Bezirkes Mariahilf. Dann steht merkwürdigerweise auch eine Stiege im Pflaster-Präliminare.

Zum Schlusse ist noch die Verbindungsstraße von der Wallgasse auf die Gürtelstraße hinaus; das ist in Fünfhaus, aber auf Rechnung des Bezirkes Mariahilf gestellt. Sehen Sie, und Mariahilf hat zwei Vertreter im Stadtrathe, die müssen sich sehr objectiv benommen haben und waren sehr bescheiden. Meine Herren, nachdem ich heute gesehen habe, dass es geradezu Pflicht jedes einzelnen ist, dass er für seinen Bezirk eintritt, darf ich den allen, die gesprochen haben, nicht nachstehen und ich weise darauf hin, dass ja der VI. Bezirk noch etwas braucht und ein diesbezüglicher Antrag — es hat dieses Argument auch schon mitgespielt — auch nur mit einer Stimme in der Minorität geblieben ist. Es hat ein College von dieser Seite gesagt, dass ein Antrag im Stadtrathe mit einer Stimme in der Minorität geblieben ist, und er ist dann hier im Gemeinderathe angenommen worden. Vielleicht ist das Schicksal auch mir günstig. Ich habe den Antrag gestellt, dass die Brückengasse, welche sich vor der Gumpendorferkirche hinzieht, endlich einmal geräuschlos gepflastert werden soll. Man macht doch in der Umgebung einer Kirche kein Granitpflaster. Es ist in der Kirche nicht auszuhalten; dort ist ein außerordentlich starker Verkehr, weil derselbe, welcher von Margarethen herübergeht, nur durch die Brückengasse gehen kann. Der Betrag ist kein hoher, er ist, glaube ich, mit ungefähr 8000 fl. veranschlagt. (Rufe: 13.000 fl.!) Also 13.000 fl. Ich stelle den Antrag, dass in das Präliminare auch die Umpflasterung, beziehungsweise Neupflasterung der Brückengasse mit Holzstöckeln oder überhaupt geräuschlosem Pflaster im Betrage von 13.000 fl. eingestellt werde.

Ich bitte um Annahme meines Antrages.

Gem.-Rath Vaugoin: Ich müsste auch nur das Gesagte wiederholen, erkläre, dass ich mich den Ausführungen des Herrn Vorredners anschließe und verzichte deshalb auf das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Ich habe gegen die Pflasterung eines Theiles der Brückengasse mit Holzstöckeln nichts einzuwenden. Aber gegen Asphalt müsste ich mich aussprechen. In der weiteren Strecke ist sie wieder steil und fahren die Meidlinger Stellwägen. Ich wäre überhaupt der Meinung, dass nur, soweit die Kirche reicht, mit geräuschlosem Pflaster gepflastert werde, das Stück hinauf zur Gumpendorferstraße wieder mit Steinen. Ich möchte den Antrag Schlechter dahin ergänzen, dass von der Brückengasse bis zum Kirchthurme geräuschlos gepflastert werde, und wo es steil hinaufgeht, wieder mit Granit.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich glaube, man wird es mir nicht verargen, wenn ich den Antrag Schlechter unterstütze. Es handelt sich ja da um die Pflasterung einer Straße, in welcher eine Kirche steht. Der Gottesdienst ist jedesmal gestört, wenn Wagen vorbeifahren. Knapp an der Straße ist die Kirche, Sie können sich also vorstellen, wie da eine Andacht verrichtet werden kann. Der Gemeinderath hat ohnehin den Beschluss gefasst, dass bei Neupflasterungen die Kirchen und Schulen berücksichtigt werden und dort geräuschloses Pflaster verwendet wird. Ich möchte darum bitten, die Brückengasse mit Holzstöckelpflaster zu pflastern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Magistratsrath Linsbauer: Bei der Terrainregulierung und Umpflasterung des Platzes bei der Mariahilferlinie wird auch das Tramwaygeleise geradlinig durchgeführt werden, wie es schon längst von der Wiener Tramway-Gesellschaft angestrebt wird und wie es im öffentlichen Interesse liegt. Die Tramway wird bezüglich der Pflasterungskosten einen Beitrag zu leisten zu haben, der vertragsmäßig festgesetzt ist. Das ist auch bei den Kosten bereits berücksichtigt worden. Was aber die Terrainregulierung betrifft, so ist die Tramway nicht verpflichtet, einen Beitrag zu leisten, weil es nicht in ihrem, sondern im allgemeinen Interesse gelegen ist und der löbliche Gemeinderath principiell sich dafür ausgesprochen hat, dass in diesem Falle von der Tramway ein Beitrag nicht zu leisten ist. Die Tramway hat sich auch bisher zu einer Leistung nicht bereit erklärt, sie bittet bloß, die Geleiseanlage geradlinig durchführen zu können. Was die Höhe des Betrages betrifft, so mache

ich darauf aufmerksam, dass es sich um die Regulierung des ganzen Platzes handelt und dass sie bis zu den anschließenden Straßenzügen ausgeführt werden muss. Im Zusammenhange damit steht die Herstellung der Verbindungsstraße von der Wallgasse bis zum Mariahilfergürtel; überhaupt ist es sehr empfehlenswert, wenn dort viele Straßenzüge durchgeführt werden, weil seitens des löblichen Gemeinderathes angestrebt wurde, dass die Stadtbahn in der Strecke von der Kirche zu Maria vom Siege bis hinauf über die Mariahilferlinie eingedeckt werde und diese Einwölbung seitens der Commission bei der letzten Verhandlung nur dort zugestanden wurde, wo solche Straßenzüge die Bahn kreuzen werden. Je mehr solche Kreuzungen also stattfinden, desto größere Strecken werden zugewölbt und desto mehr wird dem Verkehre gedient.

Stadtraths-Referent: Bezüglich der Mariahilferstraßen-Regulierung ist die Aufklärung gegeben worden. Bezüglich der Stiege ist geplant, dass die Fortsetzung in die Gumpendorferstraße stattfindet und es wurden auch die Kosten der Brückengasse mit 13.000 fl. eingestellt, und zwar sonst Granit, vor der Kirche und dem Pfarrhofe aber geräuschloses Pflaster. So ist es vorgeschlagen und ich halte daher die Anträge des Stadtrathes aufrecht.

Commissions-Referent: Betreffs der Anregung des Herrn Gem.-Rathes Schlechter erlaube ich mir mitzutheilen, dass heuer diese Umpflasterung der Brückengasse nicht in Aussicht genommen werden konnte, weil die Umpflasterung der Straße von der Webgasse bis zur Brückengasse durch den Umbau eines Canales verhindert wird. Denn, wie Sie sehen, wurde vom Magistrate die Umpflasterung der Gumpendorferstraße bis zur Brückengasse beantragt, nachdem aber nachträglich sich herausstellte, dass diese Straße wegen der Legung des Canales nicht umgepflastert werden kann, so glaube ich, dass es verfrüht wäre, für heuer die Brückengasse neu zu pflastern, und kann ich dem also nicht zustimmen. Ich bitte Sie, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen und den Antrag des Herrn Collegen Schlechter abzulehnen.

Gem.-Rath Gregorig (zur Berichtigung): Den Ausführungen des Herrn Magistratsrathes gegenüber kann ich nur berichtigen, dass mir mitgetheilt wurde, dass die Tramway auch die Niveauregulierung vornehmen wollte, und ich glaube, die Geschichte hätte damals bei der Tramway 20.000 fl. betragen. Ich habe also recht gehabt mit dem, was ich gesagt habe, und was mir entgegnet wurde, war nicht richtig.

Gem.-Rath Schlechter (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich will gegenüber den Ausführungen des Herrn Referenten der Budget-Commission nur sagen, dass der Bau des Canales zwischen der Webgasse und der Brückengasse nicht den geringsten Einfluss auf die Pflasterung der Brückengasse selbst ausübt. Dieses Stück ist ganz unabhängig von der von mir geplanten Pflasterung und hat, wie gesagt, nicht den geringsten Einfluss darauf.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich will nur die folgende Bemerkung machen: Wenn der Fachreferent des Magistrates von diesem angeblichen Anbote der Tramway nichts weiß, so glaube ich, gilt das mehr als die Berufung auf irgendeine Mittheilung, die wir nicht controlieren können. Beim Magistrate müsste doch irgendetwas eingelangt sein; irgendwer müsste doch davon etwas wissen. (Gem.-Rath Gregorig: Manchmal nicht!)

Wir schreiten zur Abstimmung. Die Posten, wie sie hier stehen, sind nicht angefochten worden; ich erkläre dieselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Schlechter beantragt in der Brückengasse geräuschloses Pflaster und die Einstellung eines Betrages von 13.000 fl. hiefür.

Herr Gem.-Rath Gregorig beantragt geräuschloses Pflaster bis zur Kirchengasse, von da an bis zur Gumpendorferstraße sei die Pflasterung mit Granitsteinen auszuführen.

Nun, meine Herren, befindet sich Herr Gem.-Rath Schlechter in einem Irrthume, wenn er meint, dass die Ziffer von 13.000 fl. irgendwo für ein solches Project festgesetzt wurde. Das Project des Bauamtes lautet: Die Straße wird mit Granit gepflastert, vor der Kirche und dem Pfarrhofe mit geräuschlosem Pflaster, das kostet 13.000 fl.

Es muss also sein Antrag, eventuell der Antrag Gregorig jedenfalls dem Stadtrathe zugewiesen werden, denn wir können heute nicht eine Ziffer dafür bewilligen.

Gem.-Rath Gregorig (zur Abstimmung): Mein Antrag deckt sich ja ganz mit dem Stadtbauamts-Antrage.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Aber die Ziffer wissen wir nicht.

Gem.-Rath Gregorig: Die liegt ja vor, 13.000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nein! Auch der Antrag deckt sich nicht mit dem bauämtlichen, denn der Herr Gemeinderath wünscht, dass die Straße bis zur Kirche geräuschlos gepflastert werden soll, während es im Stadtbauamts-Antrage heißt: Granitpflaster, vor der Kirche und dem Pfarrhofe geräuschlos. (Gem.-Rath Gregorig: Das ist dasselbe!) Das ist nicht dasselbe!

Ich bitte nun die Herren, welche die Anträge Schlechter und Gregorig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Stadtraths-Referent: VII. Bezirk:

Neupflasterung der Seidengasse von der Zieglergasse bis zur Hermanngasse	11.500 fl.
Umpflasterung der Mariahilferstraße von der Andreasgasse bis zur Neubaugasse (Vielhofener Würfel, Fugen mit Asphalt auszugießen)	38.500 fl.
Geräuschlose Pflasterung in der Schottenfeldgasse vor Nr. 47, das ist vor der Front der Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie und Reproductionsverfahren	6.000 fl.
Straßenherstellungen	9.400 fl.
Erfordernis für den VII. Bezirk	65.400 fl.

Gleich den Anträgen der Budget-Commission.

Gem.-Rath Gregorig: Die Umpflasterung der Mariahilferstraße kommt eigentlich dem Bezirke Neubau nicht allein zugute. Das ist ja eine Wiener Straße, eine Reichsstraße. Das ist nicht für uns allein, das gehört der ganzen Stadt. Wenn man das auf den Bezirk Neubau stellt, so ist das geradezu lächerlich. Aber auf eines möchte ich bei dieser Gelegenheit aufmerksam machen. Diejenigen, welche die Durchführung haben, mögen diesmal die Gascandelaber nicht in die Straße stellen, sonst kommt derselbe Unsinn heraus, wie vor der Stiftskaserne. Es ist ein über 5 m breites Trottoir, und man hat die Gascandelaber in die schmale Straße gesetzt. Wenn die Fiaker dort stehen wollen, müssen sie den ganzen Umweg machen über die Candelaber. Ein Fiakerstandplatz und mitten drinnen die Gascandelaber, da war wenig Verstand dabei. Dann sind 6000 fl. für die Pflasterung der Schottenfeldgasse eingestellt; die sind wirklich nothwendig. Ich habe die Anstalt für

Photographie und Reproductionsverfahren besichtigt: Wenn die Herren über das Zimmer gehen, wo die Reproductionen gemacht werden, müssen Sie auf den Zehen schleichen, damit der Apparat nicht wackelt. Das städtische Gebäude wackelt in allen Fugen. Es ist wohl ein neues Gebäude, aber wackeln thut's; weil das so schlecht gebaut ist, muss man unbedingt die Pflasterung vornehmen. (Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist nicht so arg!) Es ist so, Herr Bürgermeister! Es sind Traversen eingezogen worden. 6- oder 10.000 fl. haben wir bewilligt für die Stützung der Böden, es nützt aber nichts, es wackelt immer noch. Leider haben wir hier eine solche geringe Summe: für den Bezirk Neubau sind im ganzen, wenn Sie es rechnen, 21.000 fl. eingesetzt. Das ist eigentlich eine minimale Summe, wo so viele Straßen sind, die zu machen wären. Wir haben ja eine Unmasse von Straßen, die ausgebessert werden sollen. Schauen Sie die Kaiserstraße an, die ist einigemale geflickt worden. Es ist ein Scandal, wenn man darüber geht. Ich kann aber keinen Antrag stellen und bitte nur, dass im nächsten Budget für den Bezirk Neubau die Summen eingestellt werden, welche nothwendig sind.

Bürgermeister (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Das Wort hat Herr Gem.-Rath Frauenberger.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Im VII. Bezirke existiert auch eine Gasse, namens Bandgasse; diese Gasse scheint aber das löbliche Bauamt ganz vergessen zu haben. Am Eingange dieser Gasse, von der Burggasse an, sind die zwei Eckhäuser vor Jahren gebaut worden, aber es ist heute noch keine Tafel oben, welche diese Gasse bezeichnet. Ich habe das hier schon vor einigen Jahren urgiert, aber merkwürdigerweise ist nichts geschehen. Diese Bandgasse hat also bis zum heutigen Tage an der Ecke der Burggasse keine Bezeichnung. Nun ist das eine sehr alte Gasse mit einem sehr schmalen Fahrwege und mit einem ungemein schlechten Trottoir. Ich will hier nicht vielleicht erzählen, dass die Bandgasse eine bedeutende Gasse des Bezirkes ist und dass sie vielleicht einen riesigen Verkehr hat; das fällt mir gar nicht ein, weil ich in dieser Richtung so wie in allen Dingen nicht übertreiben will. Aber man muss doch diese Straße so herrichten, dass ein Wagen fahren kann und dass man dort gehen kann. Ich empfehle aber dem Herrn Vertreter des Bauamtes, dass er sich erst einmal ansehe, wo diese Tafel unterzubringen ist, auf welcher der Name „Bandgasse" darauffsteht, und zweitens, dass er sich diese großen Gruben besichtigt, welche sich dort in der Bandgasse befinden. Da hat es sich einmal ereignet, dass ein Kind, welches überfahren worden wäre, glücklicherweise in diese Grube hineingefallen und mit heiler Haut davongekommen ist. (Heiterkeit.)

Wenn auch in dieser Bandgasse keine großen öffentlichen Gebäude stehen, so muss man sie doch wenigstens so herrichten, dass man gehen kann. Das Trottoir ist so schmal, wenn sich zwei Leute begegnen, muss unbedingt der eine oder der andere auf die Straße hinaustreten. Ja, da ist heuer gelegentlich des Schneefalles vorgekommen, dass man wiederholt die Schneehaufen von der einen Seite auf die andere hinüberschaufeln musste (Ruf: Ja, so ist es!), denn der betreffende Hausbesitzer hat einen Wagen zum Beispiel und er muss hinausfahren, jetzt passt ihm der Schneehaufen nicht, er muss also wieder weggeschaufelt werden. Ich glaube, eine solche Gasse muss auch wenigstens insoweit berücksichtigt werden, dass, wenn schon nie etwas gepflastert worden ist, dieselbe doch fahrbar gemacht wird, und dass man gehen kann. Diese Gasse hat eine bedeutende Länge, sie fängt bei der Burggasse an und geht bis zur Seidengasse hinauf, sie ist sozusagen eine Parallelgasse der Neubaugasse (Ruf: Sozusagen? Sie ist wirklich eine!), wird durchschnitten von der Westbahnstraße und von der Kandlgasse, also eine ziemlich lange Gasse, und da hätte man den bescheidenen Wunsch, dass man im nächsten Jahre wenigstens ein Stück einsetzt und vielleicht das andere Jahr ein zweites Stück, dass auch diese Gasse langsam gepflastert werde und nicht, wie es scheint, ganz in Vergessenheit geräth.

Ich stelle daher den Antrag: Der Gemeinderath beschließe, es sei beim nächsten Pflaster-Präliminare auch die Bandgasse ins Auge zu fassen.

Meine Herren! Bezüglich der Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Stern möchte ich einige Worte verlieren. (Ruf: Ist schon vorüber!) Schadet nichts, wenn er auch nicht hier ist. Ich muss sagen, dass seine Ausführungen mir vollkommen richtig scheinen. Wir werden ja sehen, was Sie bei der Budgetdebatte sagen werden, wenn das Präliminare um 3½ Millionen überschritten ist. Wir werden ja sehen, was Sie darüber sagen, aber wenn wir hier alles bewilligen und die Beträge, welche uns eine Commission, die wir eingesetzt haben zu dem Zwecke, um alles genau zu untersuchen, wenn wir diese Beträge immer noch erhöhen, ja wo kommen wir denn hin? Das ist ja ganz begreiflich, dass dann schließlich und endlich ein Riesendeficit herauskommen muss.

Wenn Sie drei Budget-Commissionen wählen, so können Sie überzeugt sein, die dritte wird die zweite noch überbieten. Wir haben die Budget-Commission keineswegs zu dem Zwecke gewählt, dass sie diese Beträge noch alle erhöht. Wir wissen, dass sie hoch genug vom Bauamte angegeben sind, und wir wissen, dass sie der Stadtrath hoch genug gehalten hat.

Aber die Budget-Commission hat noch ein übriges gethan, Sie hat eigentlich unseren Auftrag gar nicht verstanden. Wir wünschen von der Budget-Commission, dass sie womöglich streicht, nicht immer erhöht.

Ich schließe damit, dass ich sage, die Bemerkungen, welche College Dr. Stern in dieser Richtung gemacht hat, sind vollständig begründet, und ich glaube, wir sollten uns wenigstens an die Vorschläge unserer Budget-Commission halten und darüber nicht hinausgehen. Diese gewissen Wünsche der einzelnen Vertreter der Bezirke müssen zurückgestellt werden.

Gem.-Rath Stehlik: Der Herr Vorredner hat gesagt, die Bandgasse sei eine unbedeutende Straße. In der Bandgasse wohnen gerade dieselben Leute, die wo anderwärts vielleicht auch wohnen und dieselbe Steuer zahlen müssen. Ich kann nicht begreifen, dass man über diese Bandgasse gar so mit Gleichgiltigkeit hinweggeht. (Rufe rechts: Das hat er nicht gethan!) Das hat er gesagt, es ist nicht nothwendig u. s. w. Aber es ist sehr nothwendig, dass sie einmal gepflastert wird; sie durchkreuzt vier Straßen, sie geht von der Neustiftgasse hinauf. Ich muss sagen, ich begreife nicht, wo die Pflastersteine hinkommen, wenn man in verschiedenen Straßen geräuschloses Pflaster legt; da könnten ja die Straßen gepflastert werden. Wohin kommen die Steine? Ist es denn nothwendig, dass bei der Josefstädterkaserne hunderttausend Würfel stehen, auf einem anderen Platze ebenfalls? Verpflastern Sie einmal die Geschichten, dann wird das aufhören, das miserable Schottern, das immerwährende. Das wäre das richtige. Ich glaube, dass Sie das selbst einsehen würden, dass die Pflastersteine auf den Lagerplätzen unnütz in Masse dort stehen, die könnte man

prächtig verpflastern; es ist nichts schlechter als so ein Zustand. Da möchte ich die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die Steine aus den Straßen, wo das Holzstöckelpflaster hinkommt — es werden viele Straßen aufgerissen — verpflastert werden sollen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich möchte nur zu Punkt 4 bei dem VII. Bezirke „Straßenherstellungen" die Aufmerksamkeit des löblichen Präsidiums, beziehungsweise auch des löblichen Bauamtes auf die Straßenzustände bei dem Durchbruche im Linienwalle von der Lerchenfelderstraße hinüber zur Thaliastraße lenken. Der Zustand ist geradezu ein Scandal, das ist einer der frequentesten Punkte. Da gehen tausende von Menschen täglich zur bestimmten Stunde aus und hinein und die Stelle ist dort einfach unpassierbar.

Wenn man dort in die Tramway einsteigen will, fällt man geradezu in Gruben hinein. Letzthin ist man über die Knöchel im Wasser gestanden, stockfinster ist es dort auch, es ist keine Laterne, es sind dort Zustände, wie man sie allenfalls in einem ungarischen Dorfe nicht auffällig finden würde. Ich stelle den positiven Antrag, dass dort das Straßenpflaster ein bisschen hergestellt werde, dass wenigstens diese Gruben, die sich dort befinden, beseitigt werden und ein Übergang geschaffen werde, so dass man wenigstens halbwegs verkehren kann.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Stadtraths-Referent: Die Stadtraths-Anträge sind nicht angefochten worden. Ich habe nichts zu bemerken.

Commissions-Referent: Ich habe auch nichts zu bemerken.

Gem.-Rath Purscht (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich möchte mir erlauben, den sehr geehrten Herrn Vorredner aus dem VII. Bezirke zu berichtigen. Er hat uns die Lehre des Herrn Dr. Stern vorgehalten und hat gemeint, dass wir sie befolgen sollen, er hat aber selbst einen Antrag auf Erhöhung gebracht, folglich meint er, wir sollen alle recht brav sein, aber er . . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Gemeinderath nicht zu grollen. Der Herr Gem.-Rath Frauenberger hat keinen Antrag gestellt, er hat nur den Wunsch ausgesprochen — ich werde ihn gleich verlesen — es sei beim nächsten Präliminare auf die Bandgasse Rücksicht zu nehmen, das kostet vorläufig gar nichts. (Ruf links: Ist auch eine Erhöhung!) Vorläufig für dieses Präliminare noch nicht.

Gem.-Rath Frauenberger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich will kurz berichtigen, dass ich offenbar vom Herrn Gem.-Rathe Stehlik missverstanden wurde. Ich habe nicht gesagt, dass die Bandgasse eine unbedeutende Gasse ist, sondern habe gesagt, ich will sie nicht als eine Gasse hinstellen, die sehr stark befahren wird, das ist allerdings richtig, aber als eine unbedeutende Gasse habe ich sie nicht hingestellt.

Bürgermeister: Haben Herr Dr. Geßmann einen Antrag gestellt?

Gem.-Rath Dr. Lueger: Nur einen Wunsch ausgesprochen!

Bürgermeister: Gegen die Anträge der Commission ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Dieselben sind identisch mit den Anträgen des Stadtrathes. Sie sind angenommen.

Herr Gem.-Rath Frauenberger hat den Antrag gestellt: „Der Gem.-Rath beschließe, es sei im nächsten Präliminare auch die Bandgasse ins Auge zu fassen."

Ich bitte die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich beantrage die Unterbrechung der Sitzung.

Bürgermeister: Es wird eine Unterbrechung beantragt. Ich unterbreche die Sitzung auf 15 Minuten.

(Die Sitzung wird um 8 Uhr unterbrochen.)

(Nach Wiedereröffnung der Sitzung:) Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen zum VIII. Bezirke.

Stadtraths-Referent (liest):

Neupflasterung der Feldgasse von der Florianigasse bis zur Feldgasse 11	12.000 fl.
Neupflasterung der Laudongasse von der Skodagasse bis zur Albertgasse	14.200 fl.
Neupflasterung der Bennogasse von der verlängerten Alserstraße bis zum Hause Nr. 31	3.000 fl.
Umpflasterung der Schlösselgasse von der Florianigasse bis zur Alserstraße	9.000 fl.
Straßenherstellungen	4.000 fl.
Erfordernis für den VIII. Bezirk	42.200 fl.

Gleich den Anträgen der Budget-Commission.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Stadtraths-Referent (liest): IX. Bezirk:

Neupflasterung der Sechsschimmelgasse von der Nussdorferstraße bis zur Gürtelstraße	25.000 fl.
Neupflasterung der Alserstraße von der Bennogasse bis zum inneren Gürtel	4.000 fl.
Umpflasterung der Maria Theresienstraße von der Währingerstraße bis zur Liechtensteinstraße	25.500 fl.
Umpflasterung der Liechtensteinstraße zwischen der Berg- und der Hörlgasse	11.500 fl.
Umpflasterung und Regulierung der Porzellangasse von der Thurngasse bis zum Bauernfeldplatze	—
Straßenherstellungen	10.000 fl.
Regulierung der Lazarethgasse	26.000 fl.
Erfordernis für den IX. Bezirk	102.000 fl.

Die Budget-Commission stellt einige Abänderungs-Anträge.

Commissions-Referent: Nachdem die Budget-Commission Abänderungen eingestellt hat, so erlaube ich mir, Ihnen diese bekanntzugeben. Die Umpflasterung der Liechtensteinstraße zwischen der Berg- und Hörlgasse — ich habe mir das persönlich angeschaut — ist nicht nothwendig; denn die Liechtensteinstraße ist eigentlich nicht so schlecht, als von Seite der betreffenden Ämter bekanntgegeben worden ist. Ich möchte bitten, dass Sie dem Antrage der Budget-Commission zustimmen, den Stadtraths-Antrag dagegen ablehnen, weil diese Umpflasterung in der Liechtensteinstraße ohnedies von Seite der Tramway-Gesellschaft vorgenommen werden muss; denn der Theil der Straße, welcher sich eigentlich in schlechtem Zustande befindet, geht die Gemeinde Wien nichts an. Die Tramway-Gesellschaft hat die Verpflichtung, die Straße zwischen den Geleisen und $1^1/_2$ Schuh außer dem Geleise rechts und links in Stand zu halten, und wenn die Tramway-Gesellschaft ihrer Verpflichtung nachkommt, so genügt das, nachdem für die Straßenherstellungen im Bezirke ohnehin mit 10.000 fl. Vorsorge getroffen worden ist. Ich bitte Sie, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen und die Umpflasterung der Liechtensteinstraße abzulehnen. Dagegen erlaubt sich die Budget-Commission die Umpflasterung der Porzellangasse von

der Thurngasse bis zum Bauernfeldplatz zu empfehlen. Dort sind Neubauten aufgeführt, alle Ämter befürworten die Sache, und es ist eine dringende Nothwendigkeit, nachdem diese Straße ein schlechtes Niveau hat. Ich bitte Sie, diesen Anträgen der Budget-Commission zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Meine sehr geehrten Herren! Sie haben heute in vielen Fällen, wenn von Seite der einzelnen Vertreter für die Bezirke Schmerzen laut geworden sind, immer und jederzeit für diese Schmerzen das richtige Pflaster gefunden (Heiterkeit), und aus diesem Grunde werden Sie auch dem IX. Bezirke jenes Pflaster gewähren, um welches er zur Linderung seiner Schmerzen bittet.

Der Gemeinderath wird in diesem Falle billige und gerechte Anforderungen nicht zurückweisen. Ich erinnere Sie daran, dass zwei Instanzen dahin entschieden haben, dass dieser Theil der Liechtensteinstraße zwischen der Berg- und Hörlgasse umgepflastert werde und diese zwei Instanzen sind sehr rigoros vorgegangen, nämlich Magistrat und Stadtrath, und nur die dritte Instanz, die Budget-Commission hat es abgelehnt, mit der einfachen Motivierung, dass kein Grund vorhanden ist, indem sich die Straße in gutem Zustande befindet, und da andererseits die Tramway verhalten sei, dort die Pflasterung vorzunehmen. Was den guten Zustand betrifft, so ist das eine relative Anschauung. Die Anschauung des Herrn Gem.-Rathes Winter, dass die Straße sich in gutem Zustande befinde, ist jedenfalls eine relative Anschauung. Wir sind diesbezüglich anderer Anschauung. Die Tramway ist verhalten, das Pflaster innerhalb der Geleise herzustellen, was aber rechts und links liegt, das geht sie nichts an.

Meine Herren, Sie dürfen doch nicht vergessen, dass die Liechtensteinstraße eine wichtige Verkehrsader ist, denn sie verbindet die Landstraße mit dem Franz Josefs-Bahnhof, ich möchte sagen, sie ist die Verbindung des Südosten mit dem Norden, denn das gesammte Fuhrwerk, welches von der Landstraße kommt, bewegt sich durch die Liechtensteinstraße. Der Referent hat gesagt, er habe die Straße eigens besichtigt. Ich habe die Straße nicht eigens besichtigt, aber ich gehe Tag für Tag durch dieselbe und habe gefunden, dass der Zustand der Straße ein sehr schlechter ist. Er hat hervorgehoben, dass für den IX. Bezirk so viel geschieht und hat unter anderem die Maria Theresienstraße ins Treffen geführt. Diese gehört doch ebensogut zum I. Bezirke, sie wird aber aufs Kerbholz des IX. Bezirkes geschrieben. Ebenso wälzt der VIII. Bezirk die Alserstraße auf den IX. Bezirk und so schaut es aus, als ob Sie dem IX. Bezirke so unendlich viel zuschanzen würden, was aber durchaus nicht der Fall ist. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, bewilligen Sie diesen Betrag, welcher vom Magistrate und Stadtrathe beantragt wurde; ich appelliere hier an Sie als höchste Instanz und Sie, die heute die Gnade gehabt und in vielen Fällen gerecht entschieden haben, werden dies auch dem IX. Bezirke nicht verweigern.

Unter einem kann ich nicht umhin, meine Herren, auch noch eine weitere Bitte vorzubringen; dieselbe geht eigentlich direct an den Magistrat, dass nämlich dafür gesorgt werde, dass die Lazarethgasse in etwas rascherem Tempo, ich möchte sagen, im Galopptempo reguliert werde. Denn die Zustände, die in der Lazarethgasse existieren, existieren in gar keinem anderen Bezirke und würde man Sie mit verbundenen Augen dahin führen und dort die Binde lüften und Sie rathen lassen, wo Sie sich befinden, so würden Sie sagen, in Wien sind wir nicht, wir sind weit von Wien entfernt, denn nur weit von Wien können solche Zustände herrschen, wie sie in der Lazarethgasse sind!

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, meinen Antrag nicht als ungerechtfertigt zu betrachten, sondern als solchen, welcher im Interesse des Bezirkes gelegen ist, und alle Vertreter des IX. Bezirkes, welche hier sind, werden wie ein Mann dafür eintreten und alle können Ihnen dasselbe sagen wie ich. Das Bedürfnis ist vorhanden, dass dieser Theil der Liechtensteinstraße gepflastert werde, und ich bitte Sie daher, nehmen Sie den Antrag an. (Bravo!)

Gem.-Rath Dehm: Meine Herren! Ich habe mir vor einigen Jahren den Antrag erlaubt, es sei die Kolingasse zu pflastern. Nachdem dies aber eine bedeutende Summe erfordert, erlaubte ich mir den Vorschlag, es sei diese Straße in mehreren Jahren immer ein Stück weiter zu pflastern. Dieser Antrag wurde angenommen und ein Stück von der Peregringasse bis zum Schlickplatze gepflastert. Dann war einige Jahre ein Stillstand. Ich will nun heuer nicht damit kommen und sagen, bewilligen Sie ein zweites Stück zur Pflasterung.

Es kostet das auch wieder ein Stück Geld und es ist schon hervorgehoben worden, dass der IX. Bezirk mit einer großen Summe bedacht ist. Ich werde mir aber erlauben, den Antrag zu stellen, es sei für das nächste Jahr der Magistrat aufzufordern, Vorschläge zu machen, dass das zweite Stück in der Kolingasse gepflastert werde. In Bezug auf die von der Commission bekämpfte Einsetzung für die Pflasterung in der Liechtensteinstraße, bezüglich deren auch schon College Klotzberg gesprochen hat, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass es nicht angeht, dass immer bemerkt wird, die Tramway-Gesellschaft müsse ohnehin pflastern. Ich glaube, Herr Gem.-Rath Schenzl war es, der vor einigen Jahren den Antrag gestellt hat, die Liechtensteinstraße, die sich in einem absolut unwürdigen Zustande befindet und doch gewissermaßen eine Verkehrsstraße bildet, umzupflastern. Da hat es geheißen: die Tramway muss pflastern. Aber die macht nichts und ich glaube, es wäre gut, wenn heute die Tramway-Gesellschaft aufgefordert würde, diesen Theil, der sich in einem entsetzlichen Zustande befindet, zu pflastern, und wenn die Commune den anderen Theil pflastern würde.

In Bezug darauf, dass die Summe, die für den IX. Bezirk eingesetzt ist, etwas größer erscheint, erlaube ich mir zu bemerken, dass auch 10.000 fl. für die Regulierung der Lazarethgasse eingesetzt worden sind. Das gehört nicht zum Pflaster-Präliminare, aber immerhin ist es eine Regulierung, die durchgeführt werden muss, nur ist nicht die volle Summe dem IX. Bezirke hier anzurechnen. Ich habe mir erlaubt, diese Bemerkungen zur Richtigstellung zu machen, damit man sehe, dass der IX. Bezirk nicht übermäßig bedacht ist.

Gem.-Rath Kaiser: Ich bin mit den Ausführungen der beiden Herren Vorredner vollständig einverstanden und verzichte daher auf das Wort.

Gem.-Rath Schuh: Ich bin mit den Ausführungen der Herren Vorredner aus dem IX. Bezirke vollständig einverstanden. Ich bedauere nur, dass dem IX. Bezirke so wenig Aufmerksamkeit von Seite der Budget-Commission zugewendet wurde. Aber ich habe noch einen weiteren Wunsch. Wie Sie wissen, ist in der Wasagasse das Orpheum und Sie kennen alle die Leiden der Inwohner einer solchen Straße, die von 7 Uhr abends bis 3 Uhr früh ununterbrochen den Verkehr in sich aufnimmt.

Ich war vor circa vier Wochen dort Gast und ich kann sagen, trotzdem ich sehr Schlaf empfunden habe, war es mir wegen des ungeheuren Spectakels, der in dieser Straße herrschte, nicht möglich, vor 4 Uhr Schlaf zu bekommen. Um weiter zu illustrieren, muss ich mir erlauben zu bemerken, dass einzelne Hausbesitzer, die gerade in dieser Straße wohnen, Kündigungen erhalten haben, weil der Spectakel so groß ist, dass eine Partei, die auf Ruhe Anspruch macht, in dieser Straße nicht wohnen kann. Ich würde daher Ihre Aufmerksamkeit dahin lenken, dass beim nächstjährigen Budget die Straßenpflasterung cassiert und, wie vorne beim Gymnasium, durch geräuschloses Pflaster ersetzt werde. Ich glaube, es ist dies kein unbilliges Verlangen für sämmtliche Hausbesitzer und andererseits für diejenigen, die dort der Ruhe bedürfen, und ich würde Sie bitten, den Antrag zu unterstützen, im anderen schließe ich mich den Ausführungen meiner Herren Collegen aus dem IX. Bezirke an.

Stadtraths-Referent: Gegen die Anträge des Stadtrathes sind keine Einwendungen gemacht worden. Ich will nur der Vollständigkeit halber erwähnen, dass das Pflaster, das in der Liechtensteinstraße jetzt liegt, sehr schadhaft ist und aus dem Jahre 1872 datiert.

Commissions-Referent: Ich muss den Antrag der Budget-Commission aufrechthalten; ich habe die Liechtensteinstraße genau begangen. Wenn Sie für diese schon einen Betrag votieren wollen, so wäre es wohl gerechter, wenn Sie einen Betrag für die Strecke von der Berggasse hinaus gegen die Alservorstadt bewilligen. Dort werden Gebäude aufgeführt und Niveauregulierungen werden nothwendig sein, aber die Behauptung, welche hier aufgestellt worden ist, dass sich die Straße in einem so schlechten Zustande befindet, stimmt nicht vollständig. Wenn Sie in Wien auf den Strecken, wo die Tramway fährt, herumgehen und Umschau halten, so werden Sie finden, dass da viel schlechtere Straßen sind; und, wenn Sie meinen Ausführungen bezüglich der Verpflichtung der Tramway in Bezug auf Pflasterungen zustimmen, so werden Sie mir zugeben, dass es für heuer nicht nothwendig ist, die Straße umzupflastern, weil die Tramway-Gesellschaft es ist, die dies zu leisten hat. Ich bitte also, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen und jenen des Stadtrathes abzulehnen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die ersten drei Posten ist eine Einwendung nicht erhoben worden; dieselben sind angenommen.

Bei Post 4 „Umpflasterung der Liechtensteinstraße" hat Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg den Antrag gestellt, es sei diese Post im Betrage von 11.500 fl. in Übereinstimmung mit dem Antrage des Stadtrathes und Magistrates einzustellen.

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität, der Antrag ist angenommen.

Gegen die Posten 5, 6 und 7 ist eine Einwendung nicht erhoben worden; dieselben sind angenommen.

Herr Gem.-Rath Dehm hat den Antrag gestellt, es sei in dem Präliminare für das Jahr 1896 die Fortsetzung der Pflasterung der Kolingasse in Aussicht zu nehmen, beziehungsweise einzustellen. Das ist ein Antrag, der an den Stadtrath geht.

Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. Es ist die Majorität; angenommen.

Herr Gem.-Rath Schuh hat den Antrag gestellt, es sei in das nächste Präliminare die Pflasterung der Wasagasse, und zwar mit geräuschlosem Pflaster in Aussicht zu nehmen, beziehungsweise einzustellen.

Diejenigen Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; der Antrag ist angenommen. Wir kommen nun zum X. Bezirke.

Stadtraths-Referent:

Neupflasterung der Laaerstraße im Anschlusse an die Fahrbahn der Himbergerstraße bis zur Waldgasse (vor der Schule Laaergasse 1, Holzstöckel, sonst Würfel)	31.000 fl.
Umpflasterung der Sonnwendgasse von der Staatsbahngasse bis zur Landgutgasse	15.000 fl.
Straßenherstellungen	4.000 fl.
Erfordernis für den X. Bezirk	50.000 fl.

Um einer Frage gleich zu begegnen, die vielleicht gestellt werden sollte, nämlich warum die 3000 fl. unter Post 2 gestrichen wurden, so bemerke ich, dass diese 3000 fl. aus dem Grunde entfallen, weil, wenn die Sonnwendgasse gepflastert wird, mit den freiwerdenden Steinen die Rinnsale und Übergänge gepflastert werden sollen.

Gem.-Rath Rißaweg: Für den X. Bezirk sind 53.000 fl. eingesetzt. Ich wollte eben die Aufmerksamkeit in erster Linie auf diese 3000 fl. richten. Nach den Ausführungen des Herrn Referenten hören wir soeben, dass die alten Steine zu diesem Zwecke verwendet werden sollen, dass diese Steine, die aus der Sonnwendgasse entfernt werden, bestimmt sind zum Zwecke der Pflasterung von Rinnsalen und Übergängen. Das wäre eigentlich nur das Materiale, es handelt sich also um die Kostensumme, die das verursacht. (Stadtraths-Referent: Das wird aus den 230.000 fl., die für currente Ausgaben eingestellt werden, bestritten!) Dann bin ich einverstanden. Ich möchte im allgemeinen darauf hinweisen und greife gleich vor auf den XI. Bezirk. Die Geiselbergstraße ist eine Fortsetzung der Simmeringerstraße im X. und XI. Bezirke. Es ist bereits im vorigen Jahre ein Stück gepflastert worden, heuer ist wieder ein Theil mit neuen Steinen gepflastert worden. Ich sehe nicht ein, warum man gerade im X. Bezirke mit alten Steinen pflastern soll.

Die Straße hat durch und durch dieselbe Bedeutung, es geht nämlich sehr viel schweres Fuhrwerk hindurch und wir wissen aus Erfahrung, dass in solchen Straßen, die mit schwerem Fuhrwerke befahren werden, es nicht praktisch ist, mit alten Steinen zu pflastern. Wir sehen hernach immer große Summen, die eingesetzt werden für Umpflasterungen, es wäre das erspart und ich möchte an den Herrn Magistrats-Referenten heute schon das Ansuchen richten, es möge für das nächste Jahr vorgesorgt werden, dass die Fortsetzung der Pflasterung der Simmeringerstraße, welche heuer durch den Canalbau gehindert ist, mit neuen Steinen durchgeführt werde. Ich glaube, dass dies praktisch wäre.

Hernach möchte ich den Herrn Bürgermeister bitten, mir eine ganz kleine Abschweifung zu erlauben; sie hängt mit dem Gegenstande nicht direct, aber etwas zusammen. Die Unterfahrung der Staatsbahngeleise grenzt rein ans lächerliche, wenn man weiß, dass vor circa 18 Jahren von Seite des Handelsministeriums an die Direction der Staatseisenbahn-Gesellschaft der Auftrag ertheilt worden und bis heute die Sache noch nicht durch-

geführt ist. Wie gesagt, ich wollte dies nur nebenbei erwähnen und wäre dem Herrn Bürgermeister sehr dankbar, wenn er gelegentlich über diese Angelegenheit Aufschluss geben würde, wie die Sache steht.

Denn, wie gesagt, man geniert sich heute beinahe, nachdem durch 20 Jahre immer petitioniert wird und noch immer nichts erreicht wird.

Magistratsrath Linsbauer: Bezüglich der Herstellung der Überbrückung im Zuge der Geiselberg-Simmeringerstraße wurde auf Grund des Beschlusses des löblichen Gemeinderathes im Juni vorigen Jahres eine Petition an das Handelsministerium gerichtet. Von einer Erledigung ist bis heute noch nichts bekannt geworden und eine Entscheidung nicht getroffen worden.

Soviel mir außerämtlich bekannt geworden ist, wird die Angelegenheit gegenwärtig seitens der General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen und seitens der Bahnverwaltung studiert.

Bürgermeister: Ich werde die Angelegenheit urgieren.

Gem.-Rath Trambauer: Meine verehrten Herren! Heute ist oft das Wort schon gefallen: „stiefmütterlich behandelt", das ist richtig. Aber ich glaube, kein Bezirk wird so stiefmütterlich behandelt, wie der X. Bezirk. Ausnahmsweise ist hier ein Betrag von 15.000 fl. eingestellt worden.

In sonstigen Jahren war das Präliminare für den X. Bezirk bedeutend minderer.

Mein unmittelbarer Herr Vorredner Rißaweg hat schon auf die Simmeringerstraße hingewiesen, dass die Simmeringerstraße in dem Stücke, das noch nicht gepflastert ist, in einem elenden Zustande ist. Ich staune nur, dass die Budget-Commission nicht noch wenigstens einen bescheidenen Betrag dafür eingestellt hat, dass die Simmeringerstraße bis zur Übersetzung gepflastert wird. Im verflossenen Jahre ist es mir gelungen, den Betrag von 10.000 fl. zu erreichen, dass ein Theil der Simmeringerstraße, er ist sehr gut gemacht, mit alten Steinen hergestellt wurde.

Es ist eine bedeutende Strecke damit gepflastert worden, und laut einer Interpellation, die der Herr Bürgermeister beantwortet hat, kommt die ganze Straße nicht einmal auf 8000 fl.

Wenn Sie für das Jahr 1895 auch nur einen Betrag von 10.000 fl. einstellen, kann die Simmeringerstraße bis zur Übersetzung mit alten Steinen gepflastert werden. Die Straße kann nur befahren werden bei trockenem Wetter und wenn sie nicht geschottert ist, sonst ist es unmöglich, auch für das leichte Fuhrwerk, noch weniger für das schwere.

Ich möchte daher bitten, dass Sie 10.000 fl. in das Präliminare für das Jahr 1895 einstellen, damit die Simmeringerstraße bis an die Übersetzung mit alten Steinen hergestellt wird. Ich bitte Sie, diesem meinem Antrage zuzustimmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet.

Stadtraths-Referent: Ich will nur den letzten Herrn Redner mit einer kurzen Bemerkung aufklären. Es ist richtig, im vergangenen Jahre ist eingestellt worden, es soll von der Gellertstraße aufwärts bis zum Betrage von 10.000 fl. gepflastert werden. Nun ist aus dem Grunde die Fortsetzung heuer nicht in Antrag gebracht worden, weil heuer dort ein Canal gebaut wird, der 8 bis 9 m tief sein wird, wo man erst die Setzungen abwarten muss, bis definitiv gepflastert werden kann. Ein weiteres Hindernis ist, dass dort die Baulinie noch nicht bestimmt ist; man weiß noch nicht, in welcher Flucht die Häuser dort stehen werden, und man kann deshalb die Straße noch nicht definitiv anlegen, wie der Magistratsbericht besagt.

Commissions-Referent: Nachdem Herr Gem.-Rath Trambauer der Budget-Commission den Vorwurf gemacht hat, dass sie auf die Simmeringerstraße keine Rücksicht genommen hat, erlaube ich mir, ihm bekanntzugeben, dass weder das Bauamt, noch der Magistrat in dieser Angelegenheit eine Summe eingestellt hat. Daher war auch die Budget-Commission hiezu nicht in der Lage, denn die Budget-Commission ist nicht dazu da, ohne dass ein Antrag von Seite des Magistrates oder des Stadtbauamtes vorliegt, Anträge zu stellen, die das Budget erhöhen.

Gem.-Rath Trambauer (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige thatsächlich, dass man im verflossenen Jahre auch gesagt hat, es existiert keine Baulinie; trotzdem hat das Stadtbauamt eine Baulinie erfunden und das Niveau hergestellt; es kann auch heuer, wenn es will, die Strecke bis zur Übersetzung auspflastern lassen. Was die Unterfahrung anbelangt, so ist das jedenfalls eine Sache, die vielleicht nicht in diesem Jahrhundert ausgetragen wird und vielleicht auch nicht im nächsten Vierteljahrhundert. Eine Baulinie muss doch bestimmt sein oder existieren. Verflossenes Jahr hat man auch dicht an der Übersetzung den Bauconsens hinausgegeben für ein vierstöckiges Haus, das wird der Herr Baurath bestätigen.

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderath, es handelt sich um eine Berichtigung.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Es ist gesagt worden, es existiert keine Baulinie und eine Baulinie muss existieren, Herr Bürgermeister, sonst hätte das Haus nicht gebaut werden können. Das ist richtig, das kann nicht bestritten werden. Das Stadtbauamt muss eine Baulinie hinausgegeben haben und gleich neben dem vierstöckigen Hause wird eine Fabrik gebaut. Es muss also eine Baulinie existieren.

Ich möchte daher bitten, meine Herren, stimmen Sie meinem Antrage zu. Bewilligen Sie die 10.000 fl., es kostet die Pflasterung nicht so viel, es ist nicht richtig. Denn die Strecke ist nicht einmal so lang, welche gepflastert werden soll, als wie sie gepflastert ist, und das hat nur über 7000 fl. gekostet.

Baurath Schiebek (zur thatsächlichen Berichtigung): Die Baulinien sind allerdings im Principe bestimmt, es hat sich jedoch herausgestellt, dass an der linken Seite der Straße der Bahnhof der Staatsbahn soweit hinausgerückt ist, dass man die definitive Straße nicht herstellen kann, bis nicht die Verhandlungen mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft gepflogen sind, damit man die richtige Straßenbreite erlangt. Diese Verhandlungen mit der Staatseisenbahn-Gesellschaft werden, nachdem es sich hier um das Eisenbahngrundbuch handelt, wahrscheinlich auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen, indem wir bezüglich des im Jahre 1894 gepflasterten Theiles die Straße schon schmäler machen mussten, weil die Planke heraussteht; je weiter man nun gegen die Übersetzung kommt, desto weiter steht eben die Planke hinaus. Der Canalbau ist auch in nächster Aussicht, das heißt: er ist bereits in Angriff genommen, wird aber im Laufe des Frühjahres und Sommers erst durchgeführt. Es ist das der Haupt-Sammelcanal für die ganze dortige Gegend. Es wird daher im Jahre 1895 nicht möglich sein, dort eine Pflasterung vorzunehmen.

Gem.-Rath Trambauer (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich muss dem Herrn Baurathe bemerken, dass, wenn die Straße hergestellt wird und die Unterfahrung stattfindet, derjenige Theil das Niveau herstellen muss, der eben die Unterfahrung bewerkstelligt. Die Gemeinde Wien hat auf diese Weise keinen Schaden,

denn es existiert eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, dass derjenige den Schaden zu tragen hat, der die Niveauherstellung vornimmt.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die Anträge der Commission, welche in Übereinstimmung sind mit den Anträgen des Stadtrathes, ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Herr Gem.-Rath Trambauer hat den Antrag gestellt, es sei die Simmeringerstraße von der Gellertgasse aufwärts mit alten Steinen zu pflastern. Dieser Antrag wäre im Falle der Annahme an den Stadtrath zu weisen, da eine Vorlage diesfalls nicht besteht.

Die Herren, welche mit der Zuweisung an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität.

Wir gelangen zum XI. Bezirke.

Stadtraths-Referent (liest):

„Neupflasterung der Geiselbergstraße von der Pensionsgasse aufwärts gegen den X. Bezirk — das entspricht dem Wunsche des Herrn Collegen — . . . . 24.000 fl.
Rinnsale und Übergänge . . . . 6.000 fl
Straßenherstellungen . . . . 4.000 fl."
in Übereinstimmung mit der Budget-Commission.

Gem.-Rath Seidler: Für die Neupflasterung der Geiselbergstraße sind 24.000 fl. eingestellt. Diese Straße wurde im vorigen Jahre bloß bis zur Pensionsgasse ausgepflastert, während ein Tausch eingegangen wurde in der Beziehung, dass anstatt der Rinnböckstraße die Geiselbergstraße gepflastert wurde. Ich kann mich nur den Ausführungen meines geehrten Herrn Vorredners aus dem X. Bezirke anschließen. Diese Straße ist die einzige Verbindung zwischen dem X. und XI. Bezirke. Diese Straße ist durch schweres und leichtes Fuhrwerk derart befahren, dass es bei nassem Wetter schlecht und bei Anschotterung gar nicht passierbar ist, welche Übelstände bereits vom vorhergehenden Redner mitgetheilt worden sind. Wenn die Straße so fort, ich möchte sagen: zizerlweise ausgepflastert wird, würden wir mindestens noch fünf Jahre brauchen. Ich würde deshalb beantragen, dass anstatt 24.000 fl. 34.000 fl. eingestellt werden, und ich empfehle diesen Antrag zur gefälligen Annahme.

Gem.-Rath Koch: Meine Herren! Für den XI. Bezirk ist die Straße nicht von so großer Wichtigkeit, denn der Verkehr von Schwechat angefangen auf der Hauptstraße lenkt hier ab und geht durch den X. zum XII. Bezirke. Der XI. Bezirk hat wirklich sehr wenig an der Gasse, aber der X. Bezirk. Da ist der Verkehr zum XII. Bezirke bedeutend. Da fahren die Heuwägen, die Bierwägen u. s. w. Die werden abgelenkt von der Hauptstraße, was doch unendlich wichtig ist, weil doch der Leichenverkehr in der Hauptstraße ein so großer ist, dass, wenn Heuwägen dort nicht hinauffahren können, der Verkehr auf der Hauptstraße unmöglich wird. Bei schlechtem Wetter, wie jetzt, fahren die Wägen auf der Hauptstraße trotz des Verbotes hinauf bis zur Marxerlinie und biegen dann erst hinaus. Es wäre im Interesse des X. und XII. Bezirkes, wohin die doch fahren, äußerst wichtig, dass die Straße gepflastert werde. Wir im XI. Bezirke — ich muss es aufrichtig gestehen — haben nicht viel davon, weil wir auf diese Straße nicht hinauskommen. Da stehen vom XI. Bezirke vielleicht zwei Fabriken drüben, sonst nichts. Ich würde Sie jedoch im Interesse des X. und XII. Bezirkes ersuchen, dass die Straße in einem etwas schnelleren Tempo ausgepflastert werde. Sonst ist der erste Theil längst wieder hin, bevor der letzte gebaut wird.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Stadtraths-Referent: Ich halte den Antrag des Stadtrathes aufrecht, umsomehr, als man eigentlich nicht sagen kann, warum statt eines Betrages von 24.000 fl. 34.000 fl. eingestellt werden sollen. Es liegt uns keine Arbeit vor, nach der wir diesen Betrag einstellen sollen. Ich bleibe also beim Antrage des Stadtrathes.

Commissions-Referent: Ich schließe mich dem vollkommen an.

Bürgermeister: Wir kommen zur Abstimmung. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Zählen Sie früher; die Herren sollen hereinkommen!) Es wird ein Zweifel an der Beschlussfähigkeit des Gemeinderathes ausgesprochen; ich bitte daher, zu zählen. (Nach der Auszählung:) Wir sind beschlussfähig. Zu Post 1, XI. Bezirk, beantragt Gem.-Rath Seidler statt der Einstellung eines Betrages von 24.000 fl. die Einstellung von 34.000 fl.

Die Herren, welche mit der Einstellung der höheren Ziffer, 34.000 fl., einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Minorität; abgelehnt. Ich ersuche nun die Herren, welche mit der Einstellung von 24.000 fl. einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Im übrigen ist gegen die Posten keine Einwendung erhoben worden; ich erkläre dieselben für angenommen.

Stadtraths-Referent (liest):

XII. Bezirk.

Neupflasterung der Leopoldsgasse (jetzt Grieshofgasse) von der Schönbrunner Hauptstraße bis zur Matzleinsdorferstraße — Neupflasterung der Heinrichsgasse (jetzt Zeleborgasse) von der Wilhelmsstraße bis zur Josefigasse (jetzt Pachmüllergasse) 13.000 fl.
Umpflasterung der Steinbauergasse von der Malfattibis zur Rudolfsgasse (jetzt Aßmayergasse) . . . 15.000 fl.
Umpflasterung der Breitenfurterstraße von der Philadelphiabrücke bis zum Gerichtswege . . . . —
Umpflasterung der Meidlinger Hauptstraße vor dem Amtshause (geräuschloses Pflaster) . . . . 6.600 fl.
Übergänge und Trottoirs . . . . 10.000 fl.
Straßenherstellungen . . . . 7.500 fl.

Erfordernis für den XII. Bezirk . 52.100 fl.

Diesen Anträgen hat sich die Budget-Commission vollinhaltlich angeschlossen.

Gem.-Rath Schneiderhan: Ich werde nicht beantragen, dass die sowohl vom Bezirksausschusse als vom Magistrate eingestellten Beträge von 20.000 fl. für die Leopoldsgasse und 4000 fl. für die Breitenfurterstraße wieder aufgenommen werden sollen. Aber wenn die Herren das Budget verfolgt haben, so werden Sie finden, dass sowohl im V. Bezirke als in einem Theile des XII. Bezirkes, wo die Steinbauergasse liegt, die Umpflasterung und Regulierung derselben vorgeschlagen wurde. Die Herren, die vielleicht Gelegenheit gehabt haben, mit der Tramway auf den Meidlinger Bahnhof zu fahren, werden die Situation dort vollständig kennen. Die Tramwaygeleise liegen rechts und links der Straße; durch die Regulierung sollen sie in die Mitte der Straße verlegt werden. Wenn die Regulierung durchgeführt wird von der Gürtelstraße bis zur Rudolfsgasse, so wird es geschehen, dass in dem einen Theile

die Tramwaygeleise in der Mitte der Straße liegen, von dort aber wieder abbiegen und oben über die Wilhelmstraße bei der jetzigen Canalettogasse zusammenführen.

Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen, dass der Theil der Rudolfsgasse von der Rudolfsgasse bis zur Canalettogasse, welcher sich in keinem besonders guten Zustand befindet, auch reguliert und umgepflastert werde. Von Seite des Bauamtes sind hiefür 10.000 fl. eingestellt, und ich glaube, dass die Herren, die den Weg schon benützt haben, zugeben werden, dass diese Regulierung äußerst nothwendig ist.

Gem.-Rath Glasauer: Ich möchte bitten, diesem Antrage zuzustimmen, da damit einem wirklich gerechtfertigten und dringenden Bedürfnisse entsprochen wird.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe bereits im Stadtrathe diese Frage in Anregung gebracht. Jeder, der den Weg zum Meidlinger Bahnhofe kennt, insbesonders den Weg der Tramway, wird zugeben müssen, dass sich diese von Herrn St.-R. Schneiderhan erwähnte Straße in einem geradezu schrecklichen Zustande befindet. Die Regulierung ist unbedingt nothwendig. Hier ist das Geld gut verwendet, wenn auch sonst nicht überall.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlusswort.

Stadtraths-Referent: Ich will kurz bemerken, dass der Stadtrath die zwei vom Magistrate vorgeschlagenen Beträge, nämlich 20.000 fl. für die Leopoldsgasse und 4000 fl. für die Breitenfurterstraße, deshalb nicht angenommen hat, weil in diesen Straßen heuer Canäle gebaut werden.

Was die Rudolfsgasse betrifft, für welche Herr Gem.-Rath Schneiderhan 10.000 fl. einzusetzen beantragt, so muss ich dasselbe erwähnen, was ich im Stadtrathe gesagt habe, dass uns nämlich damals kein Vorschlag vorgelegen ist und von keiner Seite ein diesbezüglicher Antrag gestellt wurde. Ich bleibe daher beim Antrage des Stadtrathes.

Commissions-Referent: Nachdem uns dieser Act in der Budget-Commission sehr spät zugekommen ist, war ich nicht in der Lage, das Referat einer genauen Begründung zuführen zu lassen. Ich muss mich daher auf den Standpunkt der Budget-Commission stellen und bitte, den Antrag derselben anzunehmen.

Was den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Schneiderhan betrifft, so werde ich dagegen keine Opposition machen, wenn der Gemeinderath denselben annimmt.

Bürgermeister: Gegen Punkt 2, 3, 5, 6, 7 ist eine Einwendung nicht erhoben worden; dieselben sind angenommen.

Das Resultat ist eine Ziffer von 52.100 fl. Herr Gem.-Rath Schneiderhan beantragt, gleichzeitig mit der Regulierung und Umpflasterung der Steinbauergasse auch die Regulierung und Umpflasterung der Rudolfsgasse, jetzt Aßmayergasse, von der Steinbauergasse bis zur Canalettogasse durchzuführen. Da für diesen Antrag eine Vorlage nicht besteht . . . . (Widerspruch.) Herr Magistrats-Referent, besteht eine Vorlage hiefür?

Magistrats-Rath Linsbauer: Seitens des Stadtbauamtes ja, die Herstellung wird befürwortet. Vom Magistrate war nur ich in der Lage, in der Budget-Commission den Antrag zu stellen, die Budget-Commission hat aber mit Rücksicht auf den Stadtrath einen Beschluss hierüber nicht gefasst und die Summe nicht eingestellt.

Bürgermeister: Besteht also eine Vorlage oder nicht?

Magistrats-Rath Linsbauer: Nein!

Bürgermeister: Also dann wäre der Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen. Die Herren, die mit dieser Zuweisung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Aufrichtig gesagt, ist jeder Anwesende müde, wenigstens ich bin vollständig erschöpft. Ich beantrage daher Schluss der Sitzung, denn alles hat eine Grenze.

Bürgermeister: Meine Herren! Ich schlage Ihnen vor, noch ein paar Bezirke der Berathung zuzuführen. Jetzt haben wir ja erst die Sitzung wieder aufgenommen. Es ist noch so viel zu erledigen. Wir haben eine Masse dringender Angelegenheiten, die jetzt vor den Stadtrath kommen und uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden.

Gem.-Rath Schneiderhan: Es ist heute bereits zweimal vorgekommen, dass ein Antrag des Magistrates in Bezug auf einzelne Straßen in gleicher Weise wie hier bei dieser Straße nicht vorgelegt wurde, und es ist nicht Anstand genommen worden, dass der Gemeinderath sogleich bestimmt hat, dass diese Arbeit durchgeführt werde.

Bürgermeister: Ich bitte, mir zu sagen, in welchem Falle dies stattgefunden hat. (Rufe: Steingasse!) In diesem Falle besteht eine Magistratsvorlage nicht. Infolge dessen kann in merito nicht entschieden werden. Darüber gibt es keine Debatte.

Stadtraths-Referent (liest): XIII. Bezirk:

Neupflasterung der Penzingerstraße von der Schönbrunner Allee bis zur Schmiedgasse (jetzt Beckmanngasse) . . .	23.000 fl.
Neupflasterung der Hietzingergasse (jetzt Nisselgasse) in Penzing	14.600 fl.
Neupflasterung der Hietzinger Hauptstraße von Nr. 3 bis zur Lainzerstraße	21.800 fl.
Neupflasterung der Rinnsale und Übergänge	5.000 fl.
Trottoirherstellungen	5.000 fl.
Straßenherstellungen	10.000 fl.
Erfordernis für den XIII. Bezirk	79.400 fl.

Conform den Anträgen der Commission.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Stadtraths-Referent (liest): XIV. Bezirk:

Neupflasterung der Huglgasse von der Goldschlag- bis Märzstraße (Commissions-Antrag: Vor dem Spitale mit Holzstöckeln)	14.000 fl.
Neupflasterung der Felbergasse von der Schwegler- bis Stättermayergasse	7.500 fl.
Umpflasterung der Sechshauserstraße vor Nr. 71 bis 75 (vor dem ehemaligen Krankenhause ist das Asphaltpflaster durch Granitwürfel zu ersetzen)	11.200 fl.
Umpflasterung der Storchengasse von der Plankengasse (jetzt Diefenbachgasse) bis Storchensteg	5.000 fl.
Straßenherstellungen	10.000 fl.
Erfordernis für den XIV. Bezirk	47.700 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Stadtraths-Referent (liest): XV. Bezirk:

Neupflasterung der Zwölfergasse zwischen der Schönbrunnerstraße und Gasgasse	4.000 fl.
Neupflasterung der Goldschlagstraße zwischen der Beingasse und Pouthongasse	17.500 fl.

Neupflasterung der Fuchsgasse . . . . 7.000 fl.
Pflasterung der Robert Hamerlinggasse . . . . . . 20.000 fl.
Straßenherstellungen . . . . 6.000 fl.

Erfordernis für den XV. Bezirk . 54.500 fl.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Zu den Positionen des XVI. Bezirkes hat der Herr Gem.-Rath Maresch das Wort. Die Herren wünschen nicht die Verlesung der Positionen? (Rufe: Nein!)

Gem.-Rath Maresch: Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde will ich von jeder Begründung abstehen und daher nur folgende Anträge stellen (liest): „Conform der budgetierten Posten der Bezirksvertretung im XVI. Bezirke erlaube ich mir, die Bitte zu stellen, es sollen noch 10.000 fl. für kleinere Pflasterungen im XVI. Bezirke für das Jahr 1895 eingestellt werden, und zwar zur Pflasterung

1. der Ottakringerstraße zwischen der Sandleitengasse und Montleartstraße;

2. Pflasterungen der Saillergasse, Rittergasse und Blumberggasse (zwischen der Neulerchenfelderstraße und Abelegasse)." Das sind nur kurze Straßen.

(Liest weiter:)

„3. Pflasterung der Annagasse und die Herstellung eines Pflasters um die Bürgerschule am Habsburgplatze."

Ich beantrage, dass diese hier angeführten Posten größtentheils im Jahre 1895 zur Durchführung gelangen.

Ferner vermisse ich im Präliminare von 1895 den Antrag des Herrn Collegen Gräf vom Jahre 1894 betreffs Pflasterung beim Schulgebäude Ottakring, Hauptstraße 158, mit geräuschlosem Pflaster. Ferner hat die Budget-Commission Post 2 „Pflasterung der Wattgasse mit 2500 fl." gestrichen, ebenso auch Post 5 „Umpflasterung der Neulerchenfelderstraße", wo man mit diesen gewonnenen Steinen sehr leicht die Wattgasse pflastern kann.

Ich stelle daher den Antrag, dass diese drei Posten ebenfalls zur Durchführung gelangen mögen.

Schließlich habe ich noch zwei Anträge:

1. Die von mir am 11. December 1894 beantragte successive Pflasterung der Herbst-, Hasner- und Koppstraße;

2. die ebenfalls von mir im Monate December 1894 beantragte und am 21. Februar 1895 vom löblichen Stadtrathe abgelehnte Pflasterung der Friedmannsgasse vom Austriabrunnen bis zur Reinhartsgasse sollen ebenfalls zur Durchführung gelangen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde für die Anträge des Stadtrathes stimmen und ich stelle den Antrag, dass diese Anträge des Stadtrathes, insoweit sie von der Budget-Commission nicht aufgenommen worden sind, hier im Plenum unter einem zur Abstimmung gelangen.

Es kommen jetzt Bezirke, welche im Stadtrathe nicht vertreten sind. Gerade bezüglich dieser Bezirke muss mit besonderer Vorsicht vorgegangen werden; und ich bedauere, meine Herren, dass bei der Anwesenheit einer so geringen Anzahl von Gemeinderäthen über so wichtige Angelegenheiten berathen wird. Die Herren werden mir das Zeugnis nicht versagen, dass ich mich mit einer Ausdauer sondergleichen an der Debatte und an Abstimmungen betheilige, aber alles hat eigentlich seine Grenzen. Hier hängt das Schicksal einiger Straßen von ein paar Gemeinderäthen ab, ob sie hier anwesend sind oder nicht. Jetzt ist Geschäftszeit, die Herren aus dem XVI. Bezirke können gar nicht hier sein zur jetzigen Stunde, weil für sie jetzt Geschäftszeit ist, und ich muss sagen, es wäre grausam, wenn man gerade diese neuen Bezirke jener Wohlthaten beraubt, die ihnen sogar der Stadtrath zuerkannt hat. Nun hat, wie bereits erwähnt, die Budget-Commission einige Punkte — zum Beispiel Wattgasse — gestrichen. Sie hat gestrichen: Die Umpflasterung der Neulerchenfelderstraße zwischen der Gürtelstraße und Brunngasse — gestrichen, warum? ich weiß es nicht. Es wird wieder der Herr Referent der Budget-Commission sagen: er hat sich die Straßen angesehen! Ja, meine Herren, der Herr Gemeinderath aus dem XV. oder XIV. Bezirke kann doch die Verhältnisse des XVI. Bezirkes nicht so genau kennen und beurtheilen, ob die Pflasterung der einen Straße nothwendiger ist, als die Pflasterung der anderen Straße. Also ich bitte, meine Herren, wenigstens den Anträgen des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu geben. Nochmals erwähne ich: ich hätte gewünscht, dass gerade diese Bezirke in einer größeren Versammlung des Wiener Gemeinderathes berathen worden wären, denn jetzt sind wir eigentlich nur ein Rumpfparlament. Auf der Seite der Majorität sind nur einige wenige anwesend und auf unserer Seite auch. Das ist eigentlich keine ordentliche Budgetberathung.

Bürgermeister: Ich muss aber dagegen bemerken, es ist mir auch nicht angenehm, wenn bei Anwesenheit einer verhältnismäßig so geringen Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderathes die Budgetberathung geführt wird. Was aber der Herr Vorredner zur Entschuldigung der abwesenden Herren angeführt hat, das trifft bei einem großen Theile der Mitglieder nicht zu, denn es sind einige Herren abwesend, die jetzt nicht ihre Geschäftszeit haben. Nun glaube ich, es kann der Bürgermeister nicht mehr thun, als die Herren dringendst einladen und ihnen die Annehmlichkeit bieten, dass sie hier soupieren können; wenn die Herren trotzdem fortgehen, dann hört sich alles auf. Es wird die Zeit kommen, wo man sagen wird, das und jenes ist nicht erledigt; wer ist schuld? der Bürgermeister, weil er nicht vorwärts kommt. Erledigen wir noch den XVI. Bezirk.

Commissions-Referent: Die Anwürfe, welche der Herr College Dr. Lueger gemacht hat, sind nicht gerechtfertigt. Wenn Sie den Betrag in Betracht ziehen, welchen der Stadtrath auswirft, so finden Sie, dass der Stadtrath 75.000 fl. beantragt, während die Budget-Commission den Betrag von 56.000 fl. vorschlägt. Wenn Herr College Dr. Lueger ins Treffen führt, dass es sich um einige Straßen handelt, deren Pflasterung von Seite der betreffenden Bezirke angeregt wird, dass aber die Herren Collegen aus den betreffenden Bezirken nicht anwesend sind, so verweise ich auf die vorjährige Budgetdebatte; da war es der Herr College Hipp, der selber darauf hingewiesen hat, dass die Umpflasterung der Lerchenfelderstraße nicht nothwendig ist, und hat dafür beantragt, einen anderen Betrag von 16.000 fl. auf 20.000 fl. zu erhöhen. Das war voriges Jahr; heuer werden für die Thaliastraße auch 20.000 fl. eingesetzt. Nachdem Herr Dr. Lueger bezüglich der Lerchenfelderstraße behauptet hat, dass es doch nicht angeht, dass man einzelnen Personen, wie es der Referent der Budget-Commission ist, Glauben schenken soll, muss ich nur erwähnen: wenn er die Lerchenfelderstraße kennt, so ist sie von der Gürtelstraße bis zur Brunnengasse nicht im geringsten in einem schlechteren Zustande, als die ganze Lerchenfelderstraße bis zum Ende der Ottakringerstraße.

Nachdem die Budget-Commission diese Umpflasterung nicht angenommen hat, musste sie die Wattgasse streichen, denn die Watt-

gasse wäre nur mit Steinen, die dort gewonnen worden wären, ausgepflastert worden, und wenn sie die Wattgasse kennen, müssen sie selbst zugeben, dass es ein Unding ist, eine solche Straße zu pflastern. Die Wattgasse geht von der Lerchenfelderstraße in die Ottakringerstraße und geht hinüber in die Hernalser Hauptstraße. Wenn die Herren vom XVI. Bezirke beantragt hätten, die Wattgasse von Ottakring gegen Hernals, wo die Kirche heuer gebaut wird, so wäre das dem Bezirkszwecke entsprechend gewesen. Ich bitte, den Antrag auf Neupflasterung der Wattgasse um den Betrag von 2500 fl. und die Umpflasterung der Neulerchenfelderstraße mit 16.000 fl. abzulehnen und den Antrag der Budget-Commission für die Neupflasterung der Gablenzgasse anzunehmen.

Sie werden die Gablenzgasse kennen, das ist die Straße, die vom Gürtel hinausgeht und seinerzeit bis nach Hütteldorf hinausführen wird. Dort ist der größte Verkehr, die Straße ist zehn Klafter breit, das ganze Militär rückt dort hinaus und zurück. Wenn Sie die Witterungsverhältnisse, insbesondere den Eintritt der Trockenheit berücksichtigen, so muss ich die Herren aus dem Bezirke fragen, was sie dazu sagen. Sie sind nicht in der Lage, durch die Straße durchzugehen, so viel Staub herrscht dort.

Ich bitte daher, den Antrag des Stadtrathes abzulehnen und den Antrag der Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Abstimmung): Ich fürchte mit Recht, dass auch bei der Budgetdebatte eine solche Gleichgiltigkeit an den Tag gelegt wird, wie sie heute hier zu verzeichnen ist und ich beantrage daher namentliche Abstimmung, damit die Herren, die nicht mehr hereingekommen sind, an ihre Pflicht erinnert werden.

Bürgermeister: Es ist der Antrag gestellt worden, über die erste Post beim XVI. Bezirke namentlich abzustimmen. Die Herren, welche für diesen Antrag sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Es ist der Antrag gestellt worden auf Neupflasterung der Thaliastraße, von der Kirchstetterngasse bis zur Liebhartsgasse, und zwar vor dem Spitale geräuschlos, einen Betrag von 20.000 fl. zu bewilligen.

Ich bitte die Herren, welche für diese Post sind, mit Ja zu stimmen; jene, welche dagegen sind, mit Nein zu stimmen. (Über Namensaufruf des Schriftführers Gem.-Rath Dehm stimmen mit Ja folgende Gem.-Räthe: Beutnitz, Boschan, Dr. Daum, Dehm, Eigner, Frauenberger, Gierster, Glasauer, Bürgermeister Dr. Grübl, Josef Grünbeck, Haßfurther, Hipp, Dr. Huber, Kaiser, Dr. Klotzberg, Koch, Kreindl, Lang, Latschka, Dr. Lueger, Maresch, Matthies, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Josef Müller, Dr. Nechansky, Ritt. v. Neumann, Pollak, Dr. Procksch, Rauscher, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Rißaweg, Rückauf, Schenzel, Schieferl, Schneeweiß, Schneiderhan, Dr. Scholz, Schuh, Seidler, Tagleicht, Taubler, Trambauer, Baugoin, Dr. Vogler, Winter, Witzelsberger.)

Der Antrag 1 ist mit 46 Stimmen angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Dann gehen wir nach Hause, weil wir nicht beschlussfähig sind.

Gem.-Rath Kaiser: Ich habe nicht gehört, wie der Herr Gem.-Rath Schuh gestimmt hat.

Gem.-Rath Schuh: Ich habe mit Ja gestimmt.

Gem.-Rath Kaiser: Dann sind es 47 Stimmen.

Bürgermeister: Auch mit 46 wären wir beschlussfähig. Es sind aber 47.

Zu Post 2 beantragt Herr Gem.-Rath Dr. Lueger die Einstellung der Post „Neupflasterung der Wattgasse von der Hauptstraße bis zur Lerchenfelderstraße (mit alten Steinen) 2500 fl."

Die Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist die Majorität.

Gegen Post 3 „Pflasterung der Gablenzgasse 20.000 fl.", welche die Commission beantragt, ist keine Einwendung erhoben worden.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (zur Abstimmung): Ich bitte, nur über die einzelnen Posten abzustimmen, denn wenn ich für die 2500 fl. gestimmt habe, muss mir die Möglichkeit gegeben werden, eventuell gegen eine andere Post zu stimmen.

Bürgermeister: Wenn die Abstimmung verlangt wird, wird dieselbe vorgenommen werden. Die Herren, welche mit der Einstellung von 20.000 fl. bei Post 3 „Pflasterung der Gablenzgasse" einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Post 4 „Regulierung der Dornbacherstraße" werden vom Stadtrathe in Übereinstimmung mit der Commission 15.000 fl. beantragt. Die Herren, welche mit der Einstellung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Zu Post 5 beantragt der Stadtrath, aber nicht die Commission: „Umpflasterung der Neulerchenfelderstraße zwischen der Gürtelstraße und Brunnengasse 16.000 fl." Die Herren, welche mit der Einstellung dieser Post einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht. — Zwischenrufe.) Herr Gem.-Rath Rauscher, mäßigen Sie sich. Ich ersuche jene Herren, welche mit der Einstellung dieses Betrages einverstanden sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; angenommen.

Zu Post 6 „Umpflasterung der Neulerchenfelderstraße 52/54" beantragen Stadtrath und Commission in Übereinstimmung 4500 fl.; ich ersuche die Herren, welche mit diesem Betrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 7 „Rinnsale und Übergänge" wird übereinstimmend 5000 fl. beantragt. Ich ersuche die Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 8 „Straßenherstellungen" wird übereinstimmend 12.000 fl. beantragt; ich ersuche die Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die Anträge Maresch wären für den Fall der Annahme dem Stadtrathe zuzuweisen. Die Herren, welche mit der Zuweisung einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Zuweisung ist angenommen.

Gem.-Rath Hipp (zur Geschäftsordnung): Ich habe mir das Wort zur Geschäftsordnung erbeten, weil ich mich zum XVI. Bezirke zum Worte gemeldet habe. Ich habe auch den Herrn Schriftführer gefragt, ob er mich angemeldet habe, und er hat mir mit „ja" geantwortet. Ich habe aber das Wort nicht erhalten. Ich möchte bitten, dass das in Hinkunft nicht mehr vorkommt.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Ich werde das sofort aufklären. Herr Gem.-Rath Hipp wurde vom Herrn Bürgermeister aufgerufen, er war aber nicht hier. (Gem.-Rath Rauscher: Entschieden nicht!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Rauscher, Sie haben nicht das Wort!

Gem.-Rath Rauscher: Er soll nicht solche Sachen erzählen, die nicht wahr sind.

Bürgermeister: Wenn Sie zu sprechen wünschen, bitte sich zum Worte zu melden. Sie haben nicht das Wort, ich muss Sie zur Ordnung rufen.

Gem.-Rath Rauscher: Ich bitte sehr, das macht mir nur ein Vergnügen unter solchen Umständen.

Bürgermeister: Mäßigen Sie sich, es ist nicht geziemend, solche Redensarten zu führen.

Gem.-Rath Rauscher: Es geht nicht an, dass ein College von einem anderen im Gemeinderathe sagt, er war nicht da, wenn er positiv weiß, dass er da ist. Es geht nicht an, dass der Herr Gem.-Rath Frauenberger eine solche Autorität über das Präsidium ausübt.

Bürgermeister: Wenn Sie etwas berichtigen wollen, so bitte ich Sie, sich zum Worte zu melden und das in entsprechender Weise vorzubringen. (Gem.-Rath Rauscher: Präsident ist der Frauenberger noch immer nicht!) Ich bitte, mäßigen Sie sich, das gehört sich nicht.

Gem.-Rath Dr. Scholz (zur Geschäftsordnung): Ich constatiere, dass Herr Gem.-Rath Hipp aufgerufen und als nicht anwesend erklärt wurde.

Bürgermeister: Also jetzt ist der Streitfall erledigt. Die Sitzung ist geschlossen.

Beschluss:

I. Bezirk:

Eßlinggasse mit Holzstöckeln (Neupflasterung)	32.000 fl.
Hegelgasse, Neupflasterung von der Schwarzenbergstraße bis zur Johannesgasse (geräuschlos)	15.600 fl.
Getreidemarkt, Neupflasterung von der Friedrichsstraße bis zur Gauermannstraße (Granit)	19.000 fl.
Landhausgasse, Umpflasterung (geräuschlos)	6.000 fl.
Regierungsgasse, Umpflasterung (geräuschlos)	6.400 fl.
Stroblgasse, Umpflasterung (geräuschlos)	3.200 fl.
Summe	82.200 fl.

II. Bezirk.

Nordbahnstraße, Neupflasterung von Am Tabor gegen die Dresdnerstraße zu	15.000 fl.
Schüttelstraße, Neupflasterung beim Thiergarten (Verbreiterung)	4.600 fl.
Rinnsale und Übergänge in neuen Gassen	3.000 fl.
Trunnerstraße, Umpflasterung vor dem Normal-Aichungsgebäude (geräuschlos)	4.200 fl.
Treustraße, Umpflasterung von der Wolfsaugasse bis Wallensteingasse	7.500 fl.
Wallensteinstraße, Umpflasterung von der Hannovergasse bis Streffleurgasse	29.000 fl.
Herstellung neuer Communicationen in der Donaustadt und der Brigittenau	8.000 fl.
Summe	71.300 fl.

III. Bezirk:

Strohgasse, Neupflasterung von der Kreuzung der Reisnerstraße bis Haus Nr. 25 (mit Metallic)	8.000 fl.
Jacquingasse, Neupflasterung von der Pettenkofengasse bis zum Hause Nr. 39	21.000 fl.
Reisnerstraße, Neupflasterung mit Metallic von der Neulinggasse bis zur Richardgasse	13.000 fl.
Steingasse, Neupflasterung in ihrer ganzen Ausdehnung	31.000 fl.
Neupflasterung der Rinnsale und Übergänge	2.000 fl.
Arsenalweg und Gürtelstraße (Neu- und Umpflasterung)	42.200 fl.
Straßenherstellungen	5.000 fl.
Summe	122.200 fl.

IV. Bezirk:

Alleegasse, Neupflasterung von der Weyringergasse bis zur St. Marx-Meidlingerstraße	7.500 fl.
Heugasse, Neupflasterung von der Weyringergasse bis zur St. Marx-Meidlingerstraße im Zusammenhange mit der Regulierung und Pflasterung des Arsenalweges im III. Bezirke	13.000 fl.
Favoritenstraße, Fortsetzung der geräuschlosen Pflasterung über Or.-Nr. 7 und 9	10.000 fl.
Kettenbrückengasse, Umpflasterung	3.000 fl.
Schleifmühlgasse, Umpflasterung von der Wienstraße bis zur Margarethenstraße (incl. Verbreiterung)	7.600 fl.
Straßenherstellungen	10.000 fl.
Summe	51.100 fl.

V. Bezirk.

Wehrgasse, Neupflasterung von der Hundsthurmerstraße bis zur Wienstraße	18.000 fl.
Untere Bräuhausgasse, Pflasterung mit Granitwürfeln von der Reinprechtsdorferstraße bis zum Hundsthurmplatze (vor der Schule geräuschlos)	22.800 fl.
Steinbauergasse, Umpflasterung von der Gürtelstraße bis zur Malfattigasse (inclusive Regulierung)	11.000 fl.
Rinnsale und Übergänge	4.000 fl.
Straßenherstellungen	10.600 fl.
Summe	66.400 fl.

VI. Bezirk.

Gumpendorferstraße, Umpflasterung von der Kasernengasse bis zur Webgasse	15.300 fl.
Magdalenenstraße, Umpflasterung von Or.-Nr. 49 bis 55	6.500 fl.

Terrainregulierung und Umpflasterung des Platzes bei der Mariahilferlinie	22.000 fl.
Stiege in der Theobaldgasse	5.000 fl.
Verbindungsstraße von der Wallgasse zum Mariahilfergürtel (von der Bürgerspitalgasse zu Nr. 37 Mariahilfergürtel)	10.000 fl.
Summe .	58.800 fl.

VII. Bezirk.

Seidengasse, Neupflasterung von der Zieglergasse bis zur Hermanngasse	11.500 fl.
Mariahilferstraße, Umpflasterung von der Andreasgasse bis zur Neubaugasse (Viehhofener Würfel, Fugen mit Asphalt auszugießen)	38.500 fl.
Geräuschlose Pflasterung in der Schottenfeldgasse vor Nr. 47, d. i. vor der Fronte der Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie und Reproductionsverfahren	6.000 fl.
Straßenherstellungen	9.400 fl.
Summe .	65.400 fl.

VIII. Bezirk.

Feldgasse, Neupflasterung von der Florianigasse bis zur Feldgasse 11	12.000 fl.
Laudongasse, Neupflasterung von der Skodagasse bis zur Albertgasse . .	14.200 fl.
Bennogasse, Neupflasterung von der verlängerten Alserstraße bis zum Hause Nr. 31	3.000 fl.
Schlösselgasse, Umpflasterung von der Florianigasse bis zur Alserstraße .	9.000 fl.
Straßenherstellungen	4.000 fl.
Summe .	42.200 fl.

IX. Bezirk.

Sechsschimmelgasse, Neupflasterung von der Nussdorferstraße bis zur Gürtelstraße	25.000 fl.
Alserstraße, Neupflasterung, von der Bennogasse bis zum inneren Gürtel	4.000 fl.
Maria Theresienstraße, Umpflasterung, von der Währingerstraße bis zur Liechtensteinstraße	25.500 fl.
Liechtensteinstraße, Umpflasterung, zwischen der Berg- und der Hörlgasse	11.500 fl.
Porzellangasse, Umpflasterung und Regulierung, von der Thurngasse bis zum Bauernfeldplatze	6.300 fl.
Straßenherstellungen	10.000 fl.
Lazarethgasse, Regulierung	26.000 fl.
Summe .	108.300 fl.

X. Bezirk.

Laaerstraße, Neupflasterung, im Anschlusse an die Fahrbahn der Himbergerstraße bis zur Waldgasse (vor der Schule X., Laaergasse 1, Holzstöckel, sonst Würfel)	31.000 fl.
Sonnwendgasse, Umpflasterung, von der Staatsbahngasse bis zur Landgutgasse	15.000 fl.
Straßenherstellungen	4.000 fl.
Summe .	50.000 fl.

XI. Bezirk.

Geiselbergstraße, Neupflasterung von der Pensionsgasse aufwärts gegen den X. Bezirk	24.000 fl.
Rinnsale und Übergänge	6.000 fl.
Straßenherstellungen	4.000 fl.
Summe .	34.000 fl.

XII. Bezirk.

Heinrichsgasse (jetzt Zeleborgasse), Neupflasterung von der Wilhelmsstraße bis zur Josefigasse (jetzt Pachmüllergasse)	13.000 fl.
Steinbauergasse, Umpflasterung von der Malfatti- bis zur Rudolfsgasse (jetzt Aßmayergasse)	15.000 fl.
Meidlinger Hauptstraße, Umpflasterung vor dem Amtshause (geräuschloses Pflaster)	6.600 fl.
Übergänge und Trottoirs	10.000 fl.
Straßenherstellungen	7.500 fl.
Summe .	52.100 fl.

XIII. Bezirk.

Penzingerstraße, Neupflasterung von der Schönbrunner Allee bis zur Schmiedgasse (jetzt Beckmanngasse) . . .	23.000 fl.
Hietzingergasse (jetzt Nisselgasse) in Penzing, Neupflasterung	14.600 fl.
Hietzinger Hauptstraße, Neupflasterung von Nr. 3 bis zur Lainzerstraße .	21.800 fl.
Neupflasterung der Rinnsale und Übergänge	5.000 fl.
Trottoirherstellungen	5.000 fl.
Straßenherstellungen	10.000 fl.
Summe .	79.400 fl.

XIV. Bezirk.

Huglgasse, Neupflasterung von der Goldschlag- bis Märzstraße (Commissions-Antrag: vor dem Spitale mit Holzstöckeln)	14.000 fl.
Felbergasse, Neupflasterung von der Schwegler- bis Stättermayergasse .	7.500 fl.
Sechshauserstraße, Umpflasterung vor Nr. 71 bis 75 (vor dem ehemaligen Krankenhause ist das Asphaltpflaster durch Granitwürfel zu ersetzen) . .	11.200 fl.
Storchengasse, Umpflasterung von der Plankengasse (jetzt Diefenbachgasse) bis Storchensteg	5.000 fl.
Straßenherstellungen	10.000 fl.
Summe .	47.700 fl.

XV. Bezirk.

Zwölfergasse, Neupflasterung zwischen der Schönbrunnerstraße und Gasgasse	4.000 fl.
Goldschlagstraße, Neupflasterung zwischen Beingasse und Pouthongasse . . .	17.500 fl.
Fuchsgasse, Neupflasterung	7.000 fl.
Robert Hamerlinggasse, Pflasterung . .	20.000 fl.
Straßenherstellungen	6.000 fl.
Summe .	54.500 fl.

XVI. Bezirk.

Thaliastraße, Neupflasterung von der Kirchstetterngasse bis Liebhartsgasse (vor dem Spitale geräuschlos) . .	20.000 fl.
Wattgasse, Neupflasterung von der Hauptstraße bis Lerchenfelderstraße (mit alten Steinen)	2.500 fl.
Gablenzgasse, Pflasterung vom Gürtel gegen die Neumayergasse (soweit der Betrag reicht)	20.000 fl.
Dornbacherstraße (jetzt Sandleitengasse), Regulierung von der Ottakringerstraße bis zur Wilhelminenstraße .	15.000 fl.
Neulerchenfelderstraße, Umpflasterung zwischen der Gürtelstraße und Brunnengasse	16.000 fl.
Neulerchenfelderstraße, Umpflasterung Nr. 52/54, Schulhaus und Amtshaus (geräuschlos)	4.500 fl.
Rinnsale und Übergänge	5.000 fl.
Straßenherstellungen	12.000 fl.
Summe .	95.000 fl.
Gesammtsumme für die Bezirke I bis XVI	1,080.600 fl.

(Schluss der Sitzung 9 Uhr 40 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 5. März 1895.
Mittwoch, den 6. März 1895.
Donnerstag, den 7. März 1895.
Freitag, den 8. März 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **20. Februar 1895.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Witzelsberger, Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Hackenberg, Dr. Vogler.
Beurlaubt: St.-R. Baugoin.
Krank: St.-R. Wurm.
Experte: Magistrats-Commissär Dr. Nüchtern.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass die St.-R. Dr. Hackenberg und Dr. Vogler ihr Fernbleiben wegen Unwohlseins entschuldigen.

(Zur Kenntnis.)

(984.) **St.-R. Stiaßny** referiert über das Ansuchen des Siegmund Pick um Parcellierung, betreffend die Einl.-Z. 4338 im II. Bezirke, Klosterneuburgerstraße, und beantragt die Genehmigung derselben unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen.

(Angenommen.)

(368 und 645.) **Derselbe** referiert über die Räumung und Übergabe des an die Eigenthümer des Hauses Nr. 37 Nikolsdorferstraße, V. Bezirk, verpachtet gewesenen Straßengrundes und beantragt zu genehmigen, dass die Eigenthümer des bezeichneten Hauses auf Grund der §§ 3 und 4 des Bestandvertrages vom 24. December 1884, Z. 320280, aufgefordert werden, den in Bestand genommenen Straßengrund (Vorgarten) binnen drei Monaten vom Tage der Zustellung der Aufforderung vollkommen geräumt und im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien zu übergeben und in Erfüllung der ihnen zufolge Reverses vom 24. December 1884, Z. 320280, aufliegenden Verpflichtung, das Trottoir an die neue Baufront des Hauses zurückzuverlegen und nach Angabe des Stadtbauamtes vorschriftsmäßig und im richtigen Niveau auf ihre eigenen Kosten herzustellen.

Das vorliegende Ansuchen der Eigenthümerin Rosalia Dübell um Rücknahme der Kündigung wäre abzuweisen. (Angenommen.)

(402.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz Steckerl um Zustimmung zur Erbauung eines Stalles auf der gepachteten Abtheilung IX der Bürgerspitalfonds-Parcelle 1497/1 im II. Bezirke, Kronprinz Rudolfstraße, und beantragt, die Zustimmung hiezu unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Bedingungen zu ertheilen.

(Angenommen.)

(628.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Leo Weiß noe. Karl Bopelius um Abtheilung von Parcellen auf der Einl.-Z. 3460 im II. Bezirke, Pasettistraße, und beantragt zu erklären, dass baupolizeilicherseits kein Anstand besteht, wenn die in der Einl.-Z. 3460 des II. Bezirkes inneliegende Cat.-Parc. 4944 in Cat.-Parc. 4944/1 Bauarea und Cat.-Parc. 4944/2 Garten nach Maßgabe der vorliegenden Pläne unter Belassung des Trennstückes und der Einlage abgetheilt werde. (Angenommen.)

(1119, 1145.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über die Sicherstellung des Bettstrohes für die Versorgungsanstalt in Wien, für das Asyl- und Werkhaus und für die Versorgungsanstalt in Liesing im Jahre 1895 und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, auch im Jahre 1895 das Bettstroh im Handeinkaufe zu besorgen.

(Angenommen.)

(1147.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Geflügelzuchtvereines Rudolfsheim um Gewährung einer Ehrengabe für die im Frühjahre 1895 stattfindende VIII. Geflügelzuchtausstellung und beantragt die Bewilligung eines Unterstützungsbeitrages von 12 Ducaten behufs Verwendung als Ehrenpreis, welche Auslage auf den Reservefond zu verweisen wäre. (Angenommen.)

(1260.) **Derselbe** referiert über rückständige Licenzgebüren nach Franz Reichhardt (XIV. Bezirk) im Betrage von 662 fl. 38½ kr.

und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(1166.) **Derselbe** referiert über die Beistellung der Bespannung für die freiwillige Feuerwehr in Simmering und beantragt, diese Beistellung dem Franz Kopelent gegen den Pauschalbetrag von 3500 fl. für das Jahr 1895 zu übertragen. (Angenommen.)

(1017.) **Derselbe** referiert über die Einräumung einer Naturalwohnung am Central-Viehmarkte zu St. Marx für den thierärztlichen Praktikanten Josef Haasz und beantragt, dem Genannten anlässlich seiner permanenten Zuweisung auf den Viehmarkt die unentgeltliche Benützung der vorhandenen Naturalwohnung zuzugestehen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, beizufügen: „insolange als er am Viehmarkte thätig ist".

Referenten-Antrag mit Zusatz Dr. Lueger angenommen.

(1169.) **Derselbe** referiert über eine rückständige Kanzlei- und Augenscheinstaxe nach Josef Bracco (XV. Bezirk) im Betrage von 3 fl. 20 kr. und beantragt die Abschreibung aus dem Titel des unbekannten Aufenthaltes. (Angenommen.)

(987.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner puncto Zurückrückung der Planke vor Or.-Nr. 1 bis 7 Weinhauserstraße (jetzt Hormayrgasse) im XVII. Bezirke und Pflasterung des entsprechenden Straßentheiles und beantragt, von der Pflasterung des bezeichneten Theiles dermalen abzusehen. (Angenommen.)

(939.) **St.-R. Müller** referiert über die Überlassung der zur Erbauung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales erforderlichen Bürgerspitalfondsgründe an der Spittelauerlände im IX. Bezirke an die Commission für Verkehrsanlagen und beantragt:

Der Gemeinderath wolle bezüglich der zur Anlage des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales erforderlichen Gründe des Wiener Bürgerspitalfondes beschließen:

1. Der Commission für Verkehrsanlagen in Wien werden die zur Anlage des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales theils dauernd, theils zeitweise für die Dauer der Arbeiten in Anspruch genommenen Theile der Cat.-Parc. 1037/1, Landtafel-Einl.-Z. 390, Cat.-Parc. 1513/3 und 1513/4, Landtafel-Einl.-Z. 390 und Cat.-Parc. 1036, Landtafel-Einl.-Z. 1008, des Wiener Bürgerspitalfondes an der Spittelauerlände im IX. Bezirke, in dem im Enteignungsoperate angeführten Umfange unentgeltlich zur Verfügung gestellt und wird derselben hinsichtlich der dauernd zur Canalanlage in Anspruch genommenen Gründe des Wiener Bürgerspitalfondes die Dienstbarkeit der Duldung des herzustellenden Sammelcanales eingeräumt.

Es wäre jedoch von einer grundbücherlichen Eintragung der Servitut Umgang zu nehmen.

2. Die Einräumung der im Punkte 1 angeführten Dienstbarkeit darf seinerzeit bei Einlösung der zur Anlage der Donaucanallinie der Wiener Stadtbahn benöthigten Grundflächen des Wiener Bürgerspitalfondes, beziehungsweise bei Bestimmung des Preises für diese Grundflächen nicht in Anrechnung gebracht werden.

3. Die Commission für Verkehrsanlagen in Wien hat mit der k. k. Generaldirection der österr. Staatsbahnen als Pächterin der Cat.-Parc. 1037/1 und 1036, beziehungsweise mit deren Afterpächtern wegen der zeitweisen Überlassung des zum Canalbau erforderlichen Grundstreifens derartige Abmachungen zu treffen, dass der Wiener Bürgerspitalsfond sowohl momentan, als auch künftig in seinem Einkommen aus der Verpachtung nicht geschädigt wird und gegenüber der genannten Pächterin vollkommen klag- und schadlos gehalten erscheint.

4. Bei Herstellung des Sammelcanales ist die auf die Cat.-Parc. 1037/1 durchziehende Saugrohrleitung der Franz Josefs-Bahn Bedacht zu nehmen.

5. Sämmtliche in Anspruch genommene Grundflächen sind nach Vollendung der Bauarbeiten von allem Materiale zu räumen, zu planieren und sohin der genannten Pächterin zurückzustellen.

In gleicher Weise sind auch die zur Canalherstellung benöthigten Theile der Cat.-Parc. 1513/3 und 1513/4 (Ländestraße) nach Beendigung der Bauarbeiten zu räumen und in den früheren Zustand zu versetzen.

6. Die vorstehenden Bedingungen sind der Commission für Verkehrsanlagen in Wien zur Annahme mitzutheilen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei für die Überlassung der erwähnten Parcellen ein Anerkennungszins von jährlich 1 fl. zu bedingen, welcher mit dem Zeitpunkte zu enden hätte, als die betreffenden Flächen in des öffentliche Gut übertragen werden.

Referenten-Antrag und Zusatz-Antrag Dr. Lueger angenommen. (An den Gemeinderath.)

(938.) **Derselbe** referiert über die Überlassung der verpachteten städtischen Cat.-Parc. 1044, Einl.-Z. 1010, im IX. Bezirke an die Commission für Verkehrsanlagen anlässlich des Baues des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales und beantragt:

Der Stadtrath wolle im Vollmachtsnamen der Commission für Verkehrsanlagen in Wien die von den Pächtern der der Gemeinde Wien gehörigen Cat.-Parc. 1044 und 1513/1, Einl.-Z. 1010, und Cat.-Parc. 1037/3, Einl.-Z. 135, IX. Bezirk, gestellten Bedingungen, betreffend die Inanspruchnahme ihres Pachtgrundes aus Anlass der Bauarbeiten für den rechtsseitigen Haupt-Sammelcanal genehmigen. Es wäre sohin zuzugestehen, und zwar:

I. Dem Friedrich Fichtl als Pächter des auf Cat.-Parc. 1044 befindlichen Steinlagerplatzes:

1. die Umfriedungen des Pachtgrundes, sowie die auf demselben befindlichen Flugdächer und Schupfen sind, insoweit dieselben aus Anlass der Bauarbeiten entfernt werden müssen, nach Beendigung der Arbeiten wieder im früheren Zustande aufzustellen;
2. für die von dem Pächter zu besorgende Wegräumung des Steinmateriales wird demselben als Entschädigung ein Betrag von 1 fl. 80 kr. pro Tag der hiebei verwendeten Arbeiter bewilligt. Die Verrechnung hat mittels Wochenlisten zu erfolgen.

II. Der Firma J. G. Leithner & Sohn als Pächterin eines Theiles der Cat.-Parc. 1044:

1. der Firma werden die Kosten der Wegräumung des auf dem in Anspruch genommenen Theile ihres Pachtgrundes gelagerten Brennholzes mit 50 kr. per Stoß (4 Raummeter) 60 cm langen Holzes und mit 60 kr. per Stoß (8 Raummeter) 1 m langes Holz vergütet;
2. der Beginn der Bauarbeiten wird der Firma drei Wochen vorher bekanntgegeben werden und werden hiebei die zu entfernenden Holzstöße und das Ausmaß derselben aufzunehmen sein.

III. Der Firma S. Krull & Comp. als Pächterin eines Theiles der Cat.-Parc. 1044 und 1513/1:

1. der Firma werden die Kosten der durch sie zu veranlassenden Wegräumung des gelagerten Holzmateriales vergütet und wird derselben für jeden hiebei verwendeten Arbeiter einschließlich der Aufsichtskosten pro Tag ein Betrag von 1 fl. 80 kr. und für jedes beigestellte Paar Pferde sammt Kutscher und Wagen pro Tag ein Betrag von 10 fl. bewilligt. Die Verrechnung hat mittels Wochenlisten zu geschehen;

2. der Beginn der Bauarbeiten wird der Firma mindestens drei Wochen vorher zur Anzeige gebracht und ist hienach sofort die Räumung des gelagerten Holzmateriales von den in Anspruch genommenen Theilen des Holzlagerplatzes in Angriff zu nehmen;
3. nach Beendigung der Bauarbeiten wird der Grund von allem Materiale geräumt und planiert der Firma zurückgestellt und derselben der Rücktransport und die Schlichtung des auf den provisorischen Depotplätzen nicht zu belassenden Holzmateriales nach den im Punkte 1 enthaltenen Ansätzen vergütet. Auch wird die Einfriedungsplanke des Lagerplatzes wieder im früheren Zustande zur Aufstellung gebracht werden.

IV. Dem Karl Gürtler als Pächter eines Theiles der Cat.-Parc. 1037/3, Einl.-Z. 135, IX. Bezirk:

Allfällige Beschädigungen an dem aus Anlass der Bauarbeiten zu unterfahrenden Wächterhause werden auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen behoben werden und wird, im Falle als dieses Wächterhaus bei Durchführung der Bauarbeiten demoliert werden würde, dasselbe nach Vollendung der Bauarbeiten im gegenwärtigen Zustande wieder auferbaut werden.

(Angenommen.)

(940.) **Derselbe** referiert über das Übereinkommen mehrerer Afterpächter von dem Bürgerspitalsfonde gehörigen Parcellen an der Spittelauerlände im IX. Bezirke mit der Commission für Verkehrsanlagen anlässlich der Erbauung des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales und beantragt:

Es seien die von den Holzhändlern J. Gruber, H. Munk, C. Obermayer und Söhne, Josef Wagners Nachfolger und Georg Edlbacher als Afterpächtern der dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen und an die k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen verpachteten Cat.-Parc. 1037/1, E.-Z. 390, und Cat.-Parc. 1036, E.-Z. 1008, gestellten Bedingungen für die Inanspruchnahme ihrer Pachtgründe aus Anlass des Baues des rechtsseitigen Haupt-Sammelcanales anzunehmen und sei mit denselben im Vollmachtsnamen der Commission für Verkehrsanlagen folgende Vereinbarung zu treffen:

1. Die aus Anlass der Bauarbeiten zu entfernenden Einfriedungen der Holzlagerplätze werden nach Beendigung der Bauarbeiten auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen wieder im früheren Zustande aufgestellt werden.

2. Die an der Trace der Canalanlage gelegenen Flugdächer, Schupfen, Wächter- und Kanzleigebäude werden gegen eventuelle Beschädigungen bei Vornahme der Bauarbeiten geschützt und werden eventuelle Schäden infolge der Bauarbeiten auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen behoben werden.

3. Die zur Durchführung des Canalbaues erforderlichen Grundflächen sind von den Pächtern zu räumen und werden den Pächtern die Kosten der Wegräumung, Umschlichtung und Verführung der Holzvorräthe auf die provisorischen Depotplätze, sowie des Rücktransportes und der Wiederaufschlichtung nach Beendigung der Bauarbeiten vergütet.

Für den Transport von Schnitt- und Bauholz wird per Arbeiter und Tag sammt Aufsicht ein Betrag von 1 fl. 80 kr. und für 1 Paar Pferde sammt Kutscher und Wagen ein Betrag von 10 fl. vergütet. Die Verrechnung erfolgt mittels Wochenlisten.

Für Umschlichtung von Brennholz wird per Stoß (8 Raummeter) 1 m langes Holz 60 kr. und per Stoß (4 Raummeter) 60 cm langes Holz 50 kr. vergütet.

4. Die Pächter werden drei Wochen vor Beginn der Bauarbeiten verständigt und werden hienach die zu entfernenden Holzvorräthe im gegenseitigen Einvernehmen festgestellt werden.

Die Entfernung der Holzvorräthe hat innerhalb dreier Wochen nach Verständigung zu erfolgen, es ist jedoch seitens der Pächter bei allfälligen Holzverkäufen schon früher zunächst auf die Räumung der durch den Canalbau in Anspruch genommenen Flächen thunlichst Bedacht zu nehmen.

5. Sofort nach Beendigung der Bauarbeiten ist der in Anspruch genommene Grund von den sämmtlich gelagerten Erd- und Baumaterialien zu räumen und im früheren Zustande den Pächtern zurückzustellen, so dass derselbe in der bisherigen Weise weiter benützt werden kann.

6. Die in die Trace des Canales fallenden Bauobjecte auf dem Holzlagerplatze des Georg Edlbacher (Wächterhaus und Kanzleigebäude) werden nach Thunlichkeit in ihrem gegenwärtigen Bestande erhalten werden. Die Behebung allfälliger Schäden an denselben infolge der Bauarbeiten erfolgt auf Kosten der Commission für Verkehrsanlagen in Wien.

Sollten diese Objecte oder eines derselben wegen Vornahme der Bauarbeiten gänzlich zur Demolierung gelangen müssen, so wird für das Wächterhaus eine Entschädigung im Betrage von 500 fl. und für das Kanzleigebäude eine solche im Betrage von 900 fl. vergütet werden. Auch wird in dem Falle, als das vorerwähnte Wächterhaus gänzlich zur Demolierung gelangen würde oder wegen der Bauarbeiten zeitweise nicht benützt werden könnte, ein Betrag von 10 fl. pro Monat als angenommener Mietzins für die zu beschaffende provisorische Wohnung des Wächters vergütet werden. Dieser Betrag wird im Falle der Demolierung des Objectes bis 14 Tage nach Vollendung der Bauarbeiten, welche dem Pächter zur Anzeige gebracht werden wird, im anderen Falle jedoch für jenen Zeitraum entrichtet werden, während welches das fragliche Object nicht benützt werden kann.

7. Die Pächter erklären sich durch die Annahme dieser Bedingungen vollständig befriedigt und es wären insbesondere aus dem Titel des Pachtverhältnisses mit der k. k. Generaldirection der österreichischen Staatsbahnen auch gegen letztere keine wie immer gearteten Ansprüche zu stellen.

8. Behufs Aufrechthaltung des Verkehres zu den einzelnen Holzlagerplätzen wird durch Herstellung entsprechender Überbrückungen über die Canalcunette nach Bedarf im Einvernehmen mit den Pächtern Vorsorge getroffen werden. (Angenommen.)

(1255.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Pächter der Holzlagerplätze der Gemeinde Wien und des Bürgerspitalfondes um Rückvergütung der Pachtzinse für die von ihnen zur Herstellung des rechtsseitigen Sammelcanales in Anspruch genommenen Pachtgrundflächen und beantragt:

Es sei den Pächtern der Holzlagerplätze der Gemeinde Wien und des Wiener Bürgerspitalfondes an der Rossauerlände im IX. Bezirke weiters noch zuzugestehen, dass ihnen die auf die zum Sammelcanalbaue in Anspruch genommene Fläche ihres Pachtgrundes nach der Dauer der Benützung entfallende Pachtzinsquote seitens der Commission für Verkehrsanlagen in Wien vergütet werden wird.

(Angenommen.)

(Bei Erstattung der vorausgegangenen vier Referate hat Magistrats-Commissär Dr. Nüchtern als Experte fungiert.)

(1052.) **St.-R. Witzelsberger** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den gelegentlich der Budgetberathung im Jahre 1894 gefassten Beschluss über die Verhandlungen der in St. Petersburg

eingesetzten Commission über die Regulierung der Fleischpreise, sowie über die seitens der Stadtgemeinde Agram durchgeführten Schlachtungen Auskünfte einzuholen.

Referent beantragt die Kenntnisnahme des bezüglichen Magistratsberichtes.

St.-R. Mayer beantragt, diesen Bericht auch dem Gemeinderathe zur Kenntnis zu bringen.

(Dieser Antrag wird vor der Abstimmung zurückgezogen.)

St.-R. Boschan beantragt, den Act der Approvisionierungs-Commission zur Verfügung zu stellen.

Antrag Boschan angenommen.

(1155.) **Derselbe** referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem XV. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Kopp Matthias, Tischlermeister;

Pacher Friedrich, Steindruckergehilfe;

Nedelka Katharina, geb. Bišek, Oberverschieberswitwe und Näherin;

Augustin Mathilde, geb. Koliha, Hausnäherin, und

Hummel Karl, Brantweinschenker. (Angenommen.)

(1114.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft durch Dr. Hermann Ritt. v. Feistmantel gegen feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus VI., Kopernikusgasse 15, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben. (Angenommen.)

(588.) **Derselbe** referiert über den Recurs des K. Weinberger gegen feuerpolizeiliche Verfügungen, betreffend das Haus VI., Mariahilferstraße 87, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben. (Angenommen.)

(908 und 1311.) **St.-R. Kreindl** referiert über die Demolierung des städtischen Hauses Nr. 136 Sieveringerstraße im XIX. Bezirke und beantragt:

Die Demolierung des bezeichneten Hauses nach dem November-Ausziehtermine laufenden Jahres wird genehmigt; zu diesem Behufe ist der k. k Sicherheitswache halbjährig im Mai, dem Josef Brauner vierteljährig im August d. J. pro Novembertermin zu kündigen. Die Vergebung der Demolierungsarbeiten hat auf Grund der vorgelegten Vorschrift im Wege einer beschränkten Offertverhandlung zu erfolgen. (Angenommen.)

(899.) **Derselbe** referiert über die Einlösung der Häuser Conscr.-Nr. 4, 5 und 6 in Kahlenbergerdorf und beantragt, das Haus Nr. 5 um den Betrag von 5000 fl. im Sinne des Magistrats-Antrages anzukaufen, mit den Eigenthümern der übrigen Häuser jedoch durch ein Comité in Verhandlung zu treten.

Es wird beschlossen, dass das zu wählende Comité mit den Eigenthümern aller drei Häuser zu verhandeln hätte.

In das Comité werden die St.-R. Kreindl, Dr. Klotzberg und Müller gewählt.

(741.) **Derselbe** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Plenarbeschluss vom 20. April 1894 hinsichtlich der Verwendung des Nussdorfer Schlachthauses als Pferdeschlachthaus und beantragt, von der Umwandlung des bezeichneten Schlachthauses in ein Pferdeschlachthaus abzusehen. (Angenommen.)

(1118.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Weinbau-Vereines in Grinzing um Subventionierung und beantragt, dem genannten Vereine eine Subvention im Betrage von 600 fl. unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu gewähren.

St.-R. Boschan beantragt eine Subvention von 500 fl. wie im Vorjahre.

Über Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird beschlossen, eine Subvention von 500 fl. und zur Deckung größerer Auslagen im Jahre 1894 einen einmaligen Beitrag von 100 fl. zu bewilligen.

(801.) **Derselbe** referiert über statistische Daten, betreffend den Betrieb der Personenaufzüge im Rathhause pro 1894 und beantragt die Kenntnisnahme. (Zur Kenntnis.)

(877) **Derselbe** referiert über den Bericht wegen eventueller Übernahme der Trottoirsäuberung vor dem Bauplatze des Baumeisters Anton Görlich in der Gymnasiumstraße, XIX. Bezirk, seitens der Gemeinde und beantragt, auf diese Übernahme gegen Zahlung einer Pauschalsumme von 9 fl. pro Jahr einzugehen.

Es wird beschlossen, die Übernahme abzulehnen.

(916.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Schwöbskirchler um käufliche Überlassung einer alten Brunnenbüchse und eines alten Nussbaumstammes aus der städtischen Sanitätsstation XIX., Krottenbachstraße 76, und beantragt, auf den Verkauf dieser Gegenstände um den Betrag von 8 fl. loco Sanitätsstation einzugehen. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Rückstände, und zwar:

(1168.) an Kanzlei- und Augenscheinstaxen nach Siegmund Czartoryski (XVIII. Bezirk) per . . . . 6 fl. 30 kr.;

(1011.) an Transportkosten nach Johann Zachner (XVIII. Bezirk) per . . . . 2 fl. — kr.;

(1150.) an Hundesteuern nach 4 Parteien (V. Bezirk) per . . . . 16 fl. — kr.;

(695.) an Hundesteuern nach Karl Taraba (XVII. Bezirk) per . . . . 12 fl. — kr.;

(692.) an Hundesteuern, respective Hundesteuerstrafen nach 5 Parteien (XIII. Bezirk) per . . . . 38 fl. — kr.;

(1206.) an Hundesteuern nach Henriette Winter (XVII. Bezirk) per . . . . 4 fl. — kr.;

(1028.) an Hundesteuern nach 5 Parteien (V. Bezirk) per . . . . 18 fl. — kr.;

(1018.) an Transportkosten nach Anna Laßner (XVIII. Bezirk) per . . . . 2 fl. — kr.

Referent beantragt die Abschreibung dieser Beträge aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

Derselbe referiert über Ansuchen um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt bezüglich der Bewerber aus dem XIX. Bezirke

a) (839.) die Ertheilung der Zusicherung an:

Maties Franz, Einspännerkutscher;

b) (835 bis 1173.) Verleihung der Zuständigkeit an:

Wittek Wenzel Paul, k. u. k. Hauptmann im Ruhestande;

Graßl Georg, Fabriksarbeiter;

Nekolarz Elisabeth, Gärtnerin, Haus- und Grundbesitzerin;

Hartl Wenzel, Geschäftsführer;

Tangel Georg Johann, Xylograph;

Barzer Karl, Kutscher;

Zurlin Katharina, Pfründnerin;

Denk Matthias, Fabriksarbeiter;

Bögler Josef, Möbelpacker und Hausbesorger;

Giuliani Marie, Steinbruchbetriebsleiters-Witwe;

Wogritsch Josef, Kellerbinder;

Holy Wenzel, Taglöhner.

Bezüglich der Bewerber aus dem XVIII. Bezirke
a) (1159.) die Verleihung der Zuständigkeit an:
Fostel Johann, Schlosser;
Tomann Eduard, Schlossergehilfe;
Simeček Gabriel, Kutscher;
Watzal Martin, Zahlkellner;
Katzler Johann, Gastwirt;
Watzak Johann, Platzwächter;
Langschwert Johann, k. k. Postconducteur;
Kundela Franz, Geschäftsdiener;
Malota Wenzel, Bäckergehilfe;
Heinrich Hermann, Schneidergehilfe;
Schier Theresia, Hausbesitzerin;
Pretsch Nikolaus, Aushilfsdiener;
Stecher Franz, Milchmeier;
Soukal Theresia, Handarbeiterin;
Hammer Josef, Brunnenmeister;
Linka Ludwig Wilhelm, Gemischtwaren-Verschleißer;
Martin Franz, Tischler;
Möstl Matthias, Hausbesorger;
Steßel Anton, Gemischtwaren-Verschleißer;
Kreuz Franz, Fuhrwerksbesitzer;
b) (1172.) die Ertheilung der Zusicherung an:
Baumüller Agnes, Wirtschafterin.

(1233.) Bezüglich der Bewerber aus dem XVI. Bezirke die Verleihung der Zuständigkeit an:
Kronfues Josef, Privatkutscher;
Tichy Franz, Schuhmachergehilfe;
Freythaler Johann, Schlossermeister;
Daubrawa Franz, Schuhmachergehilfe:
Wittmann Michael, Tischlermeister;
Marschalek Josef, Zimmergehilfe;
Eibensteiner Johann, Maurerpolier;
Hutterer Anton, Eishändler;
Liemberger Karl, Tischlergehilfe. (Angenommen.)

(941.) **St.-R. Boschan** referiert über den Stiftbriefentwurf, betreffend die Ed. Wiener Ritt. v. Welten'sche Armenstiftung für Hietzing, und Persolvierung der Interessen pro 1894 und beantragt, den vorgelegten Stiftbriefentwurf über die bezügliche Stiftung zu genehmigen und auf Grund des Antrages des Bezirksvorstehers die Stiftungsinteressen pro 1894 je zur Hälfte

1. dem Josef Feuereis, Schuhmacher in Hietzing, Hetzendorferstraße 11, und

2. der Katharina Altmann in Hietzing, Alleegasse 38, zu verleihen. (Angenommen.)

(519.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die eventuelle Demolierung der städtischen Häuser Nr. 22 und 24 Grinzingerstraße in Heiligenstadt behufs Freistellung der Heiligenstädterkirche, und beantragt die Ablehnung des auf die Demolierung der vorbezeichneten zwei städtischen Realitäten abzielenden Antrages des Bezirksausschusses des XIX. Bezirkes vom 21. November 1893.

St.-R. Kreindl beantragt, wenigstens das Object Nr. 22 Grinzingerstraße zu demolieren. (Diesem Antrage schließt sich Referent an.)

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, beide Objecte zu demolieren.

Es wird beschlossen, den Magistrat zu beauftragen

1. die Miete des Hauses Nr. 22 Grinzingerstraße zu kündigen und die Demolierung desselben zu veranlassen,

2. wegen Verlegung der Pumpstation an einen anderen Platz behufs Ermöglichung der Demolierung des anderen Hauses (Nr. 24 Grinzingerstraße) ehethunlichst Bericht zu erstatten.

(881.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Pajan, Schulhausbesorgers, um Ertheilung der Altersnachsicht behufs eventueller Erlangung einer Schuldienerstelle und beantragt die Ertheilung der Altersnachsicht, jedoch nur behufs eventueller Erlangung einer provisorischen Schuldienerstelle. (Angenommen.)

(980.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend das Resultat der gerichtlichen Schätzung des bei Einl.-Z. 347 im VIII. Bezirke, Lerchenfelderstraße 10 und Langegasse 2, abzutretenden Straßengrundes (75 fl. per Quadratmeter) und beantragt die Kenntnisnahme.

Der Stadtrath nimmt den Bericht zur Kenntnis und erklärt sich mit diesem Preise einverstanden.

(1000.) **Derselbe** referiert über die Anbringung eines Th. Langer-schen Rauchverzehrungs-Apparates an den im nördlichen Kesselhause des Rathhauses aufgestellten Multitubularkessel und beantragt:

1. Die probeweise Anbringung eines Rauchverzehrungs-Apparates „Patent Th. Langer" an den im nördlichen Kesselhaus des Rathhauses aufgestellten Multitubularkessel wird einschließlich Montierung um den Betrag von 850 fl. der Repräsentanz der „Actiengesellschaft zur Verwertung der österreichischen und ungarischen Patente Th. Langer" I., Grillparzerstraße 5, unter nachfolgenden Bedingungen übertragen:

a) die Aufstellung hat längstens binnen vier Wochen nach Bestellung zu erfolgen;

b) die Bezahlung erfolgt erst nach Ablauf eines sechsmonatlichen Betriebes, wenn während der Dauer desselben der Apparat sich bewährt und keine Störungen in seinen Functionen vorkommen; hierüber steht allein der Gemeinde die Entscheidung zu; über Verlangen derselben ist daher der Apparat von der Firma ohne Anspruch auf Entschädigung auf eigene Kosten zu entfernen und der frühere Bestand des Versuchskessels wieder herzustellen;

c) zum Zwecke der Prüfung ist während der Probezeit ein Parallelversuch mit den noch nicht mit Rauchverzehr-Apparaten ausgestatteten Multitubularkesseln des südlichen Kesselhauses zu machen;

d) während der Probezeit vorkommende Reparaturen am Apparate sind von der Firma kostenfrei zu beheben.

2. Das Anerbieten der Firma Ed. A. J. Müller & Comp. in Hamburg durch Heinrich Rink auf Herstellung einer rauchverzehrenden Feuerung für die Multitubularkessel des Rathhauses wird abgelehnt. (Angenommen)

(1047.) **Derselbe** referiert über die Umänderung von Oberlichtfenstern in den beiden Kesselhäusern des Rathhauses und beantragt, die bezüglichen Arbeiten mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 350 fl. zu genehmigen und die vier Stück Oberlichtfenster dem Schlosser Ferdinand Bauer zum Einheitspreise von 55 fl. 10 kr. zur Ausführung zu übertragen. (Angenommen.)

(936.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung, betreffend den Schulbau in der Panikengasse Nr. 21 im XVI. Bezirke, und beantragt:

Zur Rubrik XII 12 f „Bau einer Doppel-Volksschule in der Panikengasse in Ottakring, XVI. Bezirk" wird pro 1894 anläslich der Vorlage der Schlussrechnung ein Zuschusscredit im Betrage von 3105 fl. 87 kr. bewilligt; bezüglich des von der Firma L. und E. Körting beanspruchten Ersatzes der Kosten für die Auswechslung des Donnelèyrostes der Heizanlage ist mit der genannten Firma vorerst dahin zu verhandeln, ob dieselbe sich mit der Rückvergütung der aufgelaufenen Arbeitslöhne im Betrage von 90 fl. begnüge. (Angenommen.)

(309.) **Derselbe** referiert über die eventuelle Verhängung einer Conventionalstrafe anläfslich verspäteter Herstellung der Niederdruck-Dampfheizung in der Schule III., Löwengasse 12 b, und beantragt, von der Verhängung der Conventionalstrafe Umgang zu nehmen und das Mehrerfordernis von 368 fl. 40 kr., welches sich hiebei bezüglich der Baumeisterarbeiten und der Herstellung der Gipsdielenschläuche ergeben hat, zu genehmigen.

St.-R. Mayer beantragt, die Conventionalstrafe nur für 12 Tage nachzusehen.

Antrag Mayer und im übrigen der Referenten-Antrag angenommen.

(10159 ex 1894.) **Derselbe** referiert über die Verlängerung des Arbeitstermines für den Canalbau in der Hauptstraße in Hernals, XVII. Bezirk, und beantragt, den mit 20 Arbeitstagen bestimmten Arbeitstermine um 12 Arbeitstage zu verlängern. (Angenommen.)

(515.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über einen rückständigen Decretstempelrest per 10 fl. nach dem verstorbenen Unterbeamten des städtischen Lagerhauses, Edmund Weidinger, und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(301.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Communal-Sparcassa im XVII. Bezirke, Hernals, um Bewilligung zur Führung des städtischen Wappens und beantragt die Abweisung.

St.-R. Müller beantragt die Gewährung.

Antrag Müller angenommen.

(10211 ex 1894.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Geitler, betreffend die Einsetzung einer Commission zur Untersuchung der Geschäftsführung des städtischen Lagerhauses und beantragt, es sei eine Commission, bestehend aus fünf Mitgliedern, zu wählen, welche die Gebarung des städtischen Lagerhauses nach § 47 Gemeindestatut zu untersuchen und darüber zu berichten hat.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9983 und 9605 ex 1894.) **St.-R. Müller** referiert über die käufliche Überlassung der städtischen Parcelle 385/5 Neuwaldegg an Marie Schuberth und der städtischen Parcelle 385/4 Neuwaldegg an Marie und Anna Schaurek und beantragt:

1. Das Anbot der Marie Schuberth, die Parcelle 385/5 Neuwaldegg um den Betrag von 70 fl. und unter den Bedingungen der Protokollarerklärungen vom 5. December 1894 und 19. Februar 1895 käuflich zu erwerben, wird genehmigt.

2. Ebenso wird das Anbot der Marie und Anna Schaurek auf käufliche Erwerbung der Parcelle 385/4, Neuwaldegg, unter den Bedingungen des Protokollarofferts vom 21. November 1894 und unter der Voraussetzung genehmigt, dafs dieselben für die erwähnte Parcelle den Betrag von 90 fl. bezahlen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(1268.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bauunternehmer Doderer & Göhl um Herstellung der Portale des Wasserreservoirs am Schafberg in Dornbach aus Granit und beantragt die Gewährung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(964.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Anweisung der Bezüge für den Ingenieurs-Adjuncten Friedrich Wintersberger anläfslich dessen Wiederversetzung zu dem Regiebau in Kaiserbrunn-Höllenthal-Nafswald und beantragt die Einstellung der demselben in seiner Eigenschaft als Bauinspicient bei der Neunkirchener Wasserleitung bewilligten Bezüge und Anweisung jener Bezüge, welche er bei seiner früheren Dienstleistung in Kaiserbrunn hatte, nämlich 5 fl. Bau- und Wohnungszulage pro Tag vom 1. Jänner 1895, zu bewilligen. (Angenommen.)

(1335.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlafs vom 5. November 1894, Z. 84819, puncto Löschung der auf Einl.-Z. 524/525 Heiligenstadt (Eigenthümer Johann und Wilhelmine Weinzinger) haftenden Demolierungsreverse, und beantragt in dem Berichte an die Statthalterei die Zustimmung der Gemeinde zur Löschung des im Magistratsberichte erwähnten Reverses rücksichtlich der Demolierungsverbindlichkeit nur insofern und insoweit auszusprechen, als sie sich auf die für Zwecke der Stadtbahn expropriierten Grundstücke oder Grundstücktheile bezieht. (Angenommen.)

(Schlufs der Sitzung.)

Protokoll

vom 21. Februar 1895 über die erste Sitzung der Delegierten des österreichischen Städtetages 1895.

Anwesend:

Vertreter der Stadt Wien:	Dr. Raimund Grübl, Bürgermeister;
	Dr. Albert Richter, Vice-Bürgermeister;
	Josef Matzenauer, Vice-Bürgermeister;
	Dr. Heinrich Billing, Edl. v. Gemmen, Stadtrath;
	Georg Boschan, Stadtrath;
	Dr. Ludwig Vogler, Stadtrath;
	Dr. Stephan Sedlaczek, Magistratsrath;
	Franz Trabauer, Magistratsrath;
	Karl Wopalensky, Magistratsrath.
Vertreter der Stadt Brünn:	Dr. August Wieser, Ritt. v. Mährenheim, Bürgermeister;
	Karl Kandler, Gemeinderath.
Vertreter der Stadt Czernowitz:	Anton Kochanowski, Ritt. v. Stawczan, Bürgermeister;
	Dr. Jakob Wachtel, Gemeinderath.
Vertreter der Stadt Görz:	Dr. Karl Venuti, Bürgermeister.
Vertreter der Stadt Graz:	Dr. Ferdinand Portugall, Bürgermeister;
	Dr. Julius Derschatta, Ritt. v. Standhalt, Gemeinderath.
Vertreter der Stadt Innsbruck:	Dr. Friedr. Mörz, Bürgermeister.
Vertreter der Stadt Klagenfurt:	Dr. Friedr. Posch, Bürgermeister.
Vertreter der Stadt Krakau:	Josef Friedlein, Stadt-Präsident;
	Dr. Faustin Jabukowski, Gemeinderath;
	Dr. Franz Kasparek, Gemeinderath;
	Dr. Julius Leo, Gemeinderath.
Vertreter der Stadt Laibach:	Peter Grafselli, Bürgermeister.
Vertreter der Stadt Lemberg:	Dr. Emil Byk, Gemeinderath;
	Karl Schayer, Gemeinderath;
	Romuald Lyszkowski, Obermagistratsrath.
Vertreter der Stadt Linz:	Franz Poche, Bürgermeister;
	Dr. Ernest Jäger, Gemeinderath.

Vertreter der Stadt Salzburg: Dr. Anton Jaeger, Gemeinderath; Anton Neumüller, Rechtsrath.
Vertreter der Stadt Triest: Dr. Guido v. Angeli, Gemeinderath.
Vertreter der Stadt Troppau: Gregor Grüner, Bürgermeisteramts-Director.
Vertreter der Stadt Zara: Marino Conte Bonda, Abgeordneter.
Schriftführer: Heinrich Roßner, Magistrats-Secretär (Wien).

Eröffnung der Sitzung um 10 Uhr vormittags.

Bürgermeister Dr. Grübl begrüßt die Delegierten der Landeshauptstädte und dankt für ihr Erscheinen. Er knüpft hieran die Mittheilung, dass ihm von der Stadt Prag, welche ihre Theilnahme an dem Städtetage zugesagt hat, gestern ein Telegramm des Inhaltes zugekommen sei, dass der Prager Stadtrath zufolge Beschlusses vom 19. d. M. von der Beschickung des Städtetages Umgang nehme. Laut eines heute eingelangten Schreibens wird diese Haltung damit motiviert, dass die Stadt Prag bei ihrem principiellen föderativen und autonomen Standpunkte nicht in allem mit den Vorlagen der Stadt Wien vollkommen übereinstimme. Dr. Grübl bemerkt hiezu, es sei zu bedauern, dass die Verhandlungen des Städtetages in Abwesenheit der Vertreter der Stadt Prag geführt werden müssen.

Bürgermeister Dr. Grübl beantragt, durch Erheben von den Sitzen der Trauer über den Verlust, welchen das Allerhöchste Kaiserhaus, sowie unser Vaterland durch das Hinscheiden Sr. k. und k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Albrecht erlitten hat, Ausdruck zu geben. (Die Versammlung erhebt sich.)

Weiters beantragt Bürgermeister Dr. Grübl, in dankbarer Anerkennung der Gnade Sr. Majestät des Kaisers, welcher die Landeshauptstädte ihre Autonomie verdanken, ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät den Kaiser auszubringen. (Geschieht.)

Diese beiden Kundgebungen sind ehestens zur Allerhöchsten Kenntnis Sr. Majestät zu bringen.

Bürgermeister Dr. Grübl schlägt die Wahl eines Vorsitzenden, eines Vorsitzenden-Stellvertreters und zweier Schriftführer vor.

Es wird beschlossen, einen Vorsitzenden und drei Vorsitzende-Stellvertreter zu wählen.

Zum Vorsitzenden wird über Antrag Dr. Kasparek's Bürgermeister Dr. Grübl;

zum ersten Vorsitzenden-Stellvertreter Stadt-Präsident Friedlein (Antrag Dr. Ernest Jäger);

zum zweiten Vorsitzenden-Stellvertreter Dr. Portugall (Antrag Dr. Kasparek);

zum dritten Vorsitzenden-Stellvertreter Dr. v. Angeli (Antrag Dr. Kasparek) per Acclamation einstimmig gewählt.

(Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

Über Antrag Dr. Ernest Jäger und Dr. Byk wird in formeller Beziehung beschlossen, mit der Berathung der Vorlage über die Änderung des Heimatsgesetzes zu beginnen, hierauf die Vorlage wegen Vergütung der Kosten des übertragenen Wirkungskreises folgen zu lassen und hienach die Berathung über die Steuervorlagen zu pflegen.

Über eine Anfrage Dr. Kasparek's wird der Beschluss gefasst, dass die Abstimmung nach Städten zu erfolgen habe, und zwar in dem Sinne, dass je eine Stadt je eine Stimme habe.

I. **Dr. v. Billing** referiert über den Gesetzentwurf, betreffend die Änderung des Heimatsgesetzes, und beantragt, der Städtetag wolle die vom Wiener Gemeinderathe beschlossenen Gesichtspunkte zu den seinigen machen.

Generaldebatte.

Dr. v. Wieser beantragt in formeller Hinsicht, es sei eine Resolution zu beschließen, durch welche die von einzelnen Städten bereits schon überreichten Petitionen, sowie die noch von anderen Städten zu überreichenden Petitionen zu unterstützen seien.

Dr. Kasparek beantragt, vorerst in merito Beschluss zu fassen und dann über die Form der Enunciation sich zu einigen.

Dr. Byk plaidiert für die Annahme der im Referate der Stadt Wien ausgesprochenen Grundsätze, welche durch eine Resolution zu unterstützen wären.

Es gelangt sohin der Antrag Dr. v. Wieser zur Abstimmung, nach welchem für die Beschlussfassung die Form der Resolution zu wählen sei.

Dr. Ernest Jäger stellt folgenden Antrag:

Die hohe k. k. Regierung sei aufzufordern, gleichzeitig mit der Inangriffnahme der Regelung der Heimatsverhältnisse eine Gesetzesvorlage einzubringen, wonach ein Theil der jetzt ausschließlich den Gemeinden obliegenden Lasten der Armenversorgung auf die Länder und auf den Staat überwälzt wird.

Lyszkowski stellt folgenden Antrag:

Gleichzeitig mit der erwünschten Durchführung des Heimatsgesetzes über die Erwerbung des Heimatsrechtes ist auch eine zeitgemäße rationelle Regelung des Armenwesens anzubahnen, wobei an dem Grundsatze festzuhalten sei, dass der Gemeindefond dadurch eine Entlastung erhält, dass der Landes- und Staatsfond verhältnismäßig hiezu beitragen sollen.

Hiebei erscheint eine zweckentsprechende Änderung oder Ergänzung der Abschnitte III und IV des Heimatsgesetzes nothwendig.

Grüner stellt folgenden Antrag:

Es sei bei der Reform des Heimatsgesetzes vor allem die Regelung des Armenwesens vorzunehmen, wobei die Armenversorgungslast zwischen Staat, Ländern und Gemeinden verhältnismäßig aufzutheilen ist.

Dr. Kasparek stellt folgenden Antrag:

Der Städtetag erkläre sich dafür, dass eine billigere Vertheilung der Lasten für die Armenversorgung platzgreifen solle, und dass die Regierung einen beschleunigteren Gang der Socialgesetzgebung, speciell jener für den Fall der Invalidität in Erwägung ziehen soll.

Dr. v. Wieser stellt folgenden Antrag:

Der am 21. Februar 1895 in Wien versammelte Tag der österr. Landeshauptstädte erklärt, dass zugleich mit der wünschenswerten Reform des Heimatsgesetzes eine Reform der Armengesetzgebung in der Richtung der thunlichsten Übernahme der Pflicht der Armenversorgung auf die Länder und auf den Staat platzgreife, und erwartet, dass bei der Reform des Heimatsgesetzes die in den Petitionen der Landeshauptstädte enthaltenen Wünsche Berücksichtigung finden.

Dr. Vogler stellt folgenden Antrag:

Der Städtetag anerkennt die Reformbedürftigkeit des geltenden Heimatrechtes, schließt sich jedoch rücksichtlich der Bestimmungen der Regierungsvorlage den in Petitionen der Stadt Wien und mehrerer Landeshauptstädte bereits geltend gemachten Bedenken

an und ersucht daher, die in diesen Petitionen geäußerten Wünsche möglichst zu berücksichtigen.

Der Städtetag gibt jedoch weiter seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Reform des Heimatrechtes mit einer mindestens theilweisen Entlastung der Gemeinden von der Last der Armenversorgung Hand in Hand zu gehen habe, derart, dass ein Theil dieser Last von den Ländern und vom Staate übernommen werde.

Dr. Wachtel ersucht um die Abstimmung über die Frage, ob in der Resolution auszusprechen ist, dass die Reform des Heimatsgesetzes gleichzeitig mit jener der Armenversorgung zu erfolgen habe, oder ob die Reform der Armengesetzgebung jener des Heimatsgesetzes vorangehen habe.

Abstimmung:

Erster Grundsatz der Resolution: „Das bestehende Heimatsgesetz ist reformbedürftig“ wird einstimmig angenommen.

Zweiter Grundsatz: „Ein Theil der jetzt ausschließlich den Gemeinden obliegenden Last der Armenversorgung ist auf den Staat und die Länder zu überwälzen“ wird einstimmig angenommen.

Dritter Grundsatz: „Die Reform der Armengesetzgebung habe gleichzeitig mit der Änderung des Gemeindegesetzes zu erfolgen“ wird einstimmig angenommen.

Es wird nun im Sinne des in der Generaldebatte von Dr. v. Wieser gestellten Antrages: „Es seien durch die Resolution des Städtetages die von den einzelnen Städten bereits überreichten Petitionen zu unterstützen und seien diesfalls einzelne Hauptpunkte hervorzuheben“, in die Berathung der Details des Heimatsgesetzes eingegangen.

Dr. Kasparek beantragt, es sei die im Artikel I, § 2 des Gesetzentwurfes enthaltene Zeitbestimmung von fünf, beziehungsweise zehn Jahren des Aufenthaltes auf zehn Jahre ohne Unterschied, ob der Zuständigkeitswerber Steuerzahler ist oder nicht, zu fixieren.

Dr. Ernest Jäger beantragt, diese Zeitbestimmung mit 15 Jahren zu fixieren.

Lyszkowsky schließt sich den Anträgen der Stadt Wien an.

Dr. Wachtel und Dr. v. Wieser wünschen allgemein die Verlängerung der im Gesetzentwurfe enthaltenen Fristen.

Abstimmung:

Der Antrag, „nur eine Frist zu bestimmen“ (Antrag Kasparek), wird abgelehnt.

Antrag: „zwei Fristen zu bestimmen“, wird angenommen.

Es wird sohin der Antrag, „eine Frist von zehn Jahren für Steuerträger und eine solche von 15 Jahren für andere Zuständigkeitswerber zu normieren“, mit 14 gegen eine Stimme (Stadt Krakau, welche sich für einen einzigen zehnjährigen Termin ausspricht) angenommen. Die Sitzung wird unterbrochen. (1/2 2 Uhr.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung übernimmt der Stadtpräsident Friedlein den Vorsitz.

Es wird zunächst über § 3 des Gesetzentwurfes debattiert.

Dr. Kasparek beantragt, den § 3 durch Berufung auf die §§ 6 und 7 der Regierungsvorlage zu präcisieren, ferner der Heimatsgemeinde das Recht zur Geltendmachung des Rechtes, die Aufnahme in den Heimatsverband im Sinne des § 2 zu beanspruchen zu wahren.

Es wird beschlossen, über die Frage dieses Rechtes der Heimatsgemeinde in die Resolution nichts aufzunehmen.

Dr. Vogler beantragt ad § 3:

1. Es sei klar auszusprechen, dass nur der Nachfolger desjenigen Bewerbers, welcher bereits ein erworbenes Recht hat, zur Geltendmachung des Anspruches auf die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatsverband berechtigt sein soll.
2. Der Begriff des Nachfolgers im Heimatsrechte sei genauer zu präcisieren.
3. Die Frist, binnen welcher dieses Recht geltend gemacht werden kann, sei auf ein Jahr zu reducieren.

Die Anträge Dr. Vogler werden einstimmig angenommen.

Ad Artikel II.

Es wird der Antrag des Wiener Gemeinderathes, dass nur von Mittellosen keine Taxen einzuheben seien, einstimmig angenommen.

Ad § 5 der Regierungsvorlage.

Es wird einstimmig beschlossen, die Streichung anzustreben.

Der Antrag des Wiener Gemeinderathes Punkt 10 wird über Antrag Dr. Ernest Jäger einstimmig gestrichen.

Es ergeben sich daher folgende Beschlüsse in Betreff der Änderung des Heimatsgesetzes:

„Es ist eine Resolution zu überreichen, des Inhaltes, dass das bestehende Heimatsgesetz reformbedürftig ist, dass gleichzeitig mit der Änderung des Heimatsgesetzes eine Reform der Armengesetzgebung in der Art platzzugreifen habe, dass ein Theil der jetzt ausschließlich den Gemeinden obliegenden Last der Armenversorgung auf den Staat und auf die Länder überwälzt werde, endlich dass der Städtetag um Berücksichtigung der von den einzelnen Städten bereits überreichten und eventuell noch zu überreichenden Petitionen bittet. Im besonderen bittet der Städtetag,

1. dass die im § 2 des Gesetzentwurfes über die Änderung des Heimatsgesetzes enthaltene Frist von 5, beziehungsweise 10 Jahren auf 10, beziehungsweise 15 Jahre erweitert werden möge;
2. dass ferner im § 3 des zu schaffenden neuen Gesetzes klar auszusprechen sei, dass nur der Nachfolger desjenigen Bewerbers, welcher bereits ein erworbenes Recht hat, zur Geltendmachung des Anspruches auf die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatsverband berechtigt sein soll;
3. dass der Begriff des Nachfolgers im Heimatsrechte genauer zu präcisieren sei;
4. dass die Frist, binnen welcher dieses Recht geltend gemacht werden kann, auf ein Jahr zu reducieren sei;
5. dass der § 5 des Gesetzentwurfes gestrichen werde;
6. dass in den Artikel II die Bestimmung aufgenommen werde, dass nur von Mittellosen keine Taxe einzuheben ist.

Hiemit ist die Berathung über das Heimatsgesetz erledigt.

II. Es wird nunmehr über die Vorlage A (Vergütung der Kosten für den Wirkungskreis) berathen. Dr. v. Billing empfiehlt die Annahme des Antrages 1 und 2 des Wiener Gemeinderathes; Dr. Byk beantragt, die Quellen anzugeben, aus welchen die Vergütung anzustreben wäre, und zwar:

1. Participierung der Städte an der Verzehrungssteuer,
2. Überlassung des Ertrages der staatlichen Stempelgebüren von den bei den Gemeinden überreichten Eingaben an die Städte.

Dr. Wachtel beantragt die einfache Annahme der Anträge der Stadt Wien.

Dr. Vogler und Dr. v. Wieser sprechen sich in gleichem Sinne aus.

Dr. Byk zieht seinen Antrag zurück.

Abstimmung:

Die Anträge der Stadt Wien werden einstimmig angenommen.

Beschluss:

Es ist seitens des Präsidiums des Städtetages eine Petition zu überreichen folgenden Inhaltes:

1. Der Städtetag ist der Anschauung, dass den Landeshauptstädten und Städten mit eigenem Statute eine Vergütung der Auslagen für die von ihnen besorgten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, soweit dieselben die Competenz einer politischen Bezirksbehörde erster Instanz, sowie die Einhebung der directen Steuern betreffen, gebüre;
2. der Städtetag spricht eine Vergütung dieser Auslagen an.

Schluss der Sitzung 6 Uhr abends.

Protokoll

vom **22. Februar 1895** über die zweite Sitzung der Delegierten des österreichischen Städtetages 1895.

Anwesend:

Dieselben Herren, welche in der Sitzung vom 21. Februar 1895 anwesend waren, außerdem der Bürgermeister der Stadt Troppau Dr. Emil Rochowanski.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung um 10 Uhr vormittags und ersucht, in die Berathung der Vorlagen, betreffend die Steuerreform und Eröffnung neuer Einnahmsquellen für die Gemeinden, einzugehen.

Zu beginnen wäre mit dem Referate über die Wirkungen der geplanten Reform der directen Steuern auf die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Städte.

(Der erste Vice-Präsident Dr. Portugall übernimmt den Vorsitz.)

III. **Dr. Vogler** referiert über die Vorlage D, betreffend die Stellungnahme der Landeshauptstädte zu dem Gesetzentwurfe über die Reform der directen Personalsteuern hinsichtlich Verwendung des Mehrerträgnisses der reformierten Steuern.

Referent beantragt die Annahme des vom Wiener Gemeinderathe in Vorschlag gebrachten Antrages.

Dr. Wachtel stellt folgende Anträge:

Die den Städtetag repräsentierenden Gemeindevertretungen mögen sich im Petitionswege an die beiden Häuser des Reichsrathes und an die hohe Regierung mit der Bitte wenden:

1. dass von den in Gemäßheit des Art. X der Ausschuss-Anträge für den Staat in Aussicht genommenen zwei Dritteln der Mehrerträgnisse der directen Personalsteuern — mindestens die Hälfte — somit ein Drittel jener Mehrerträgnisse den Landeshauptstädten zufließen soll;
2. dass der § 132 der Ausschuss-Anträge dahin abgeändert werde, dass auch jene Rentensteuer, welche nach § 133 im Wege des Abzuges bei Auszahlung des Bezuges durch den Schuldner eingehoben wird — am Sitze dieser Schuldner vorgeschrieben und hiedurch den Städten die Möglichkeit, diese Steuer durch die Umlage zu treffen, nicht entzogen werde.

Dr. Leo beantragt, es sei in dem Antrage der Stadt Wien einzufügen:

a) dass die Nachlässe bei der in den größeren Städten derzeit mit $26^2/_3$ Percent bemessenen Hauszinssteuer mindestens in der gleichen Höhe wie bei der Grundsteuer, d. h. mit 10 Percent, respective 15 Percent festgesetzt werden;

Dr. Byk stellt folgende Anträge:

1. Die Benachtheiligung der Landeshauptstädte durch Änderung der Steuervorschreibungs-Vorschriften bezüglich der Eisenbahnen (25 Percent Betheiligung der Gemeinden vom flachen Lande) ist in der Resolution, beziehungsweise Petition hervorzuheben.
2. Die $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer ist durch eine percentuell höhere Betheiligung an den Steuernachlässen (aus dem Erträgnisse der Personal-Einkommensteuer) und durch Erhöhung des steuerfreien Abzuges für die Erhaltungs- und Amortisationskosten möglichst ausgiebig zu ermäßigen.

Die Sitzung wird um $^1/_2$1 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 1 Uhr bringt der Vorsitzende Dr. Portugall eine an die Delegierten-Versammlung des österreichischen Städtetages gerichtete Zuschrift des Vorstandes der Cabinetskanzlei Sr. Majestät des Kaisers zur Verlesung, in welcher der Delegierten-Versammlung für die in der gestrigen Sitzung zum Ausdrucke gebrachten Gefühle der Trauer über das Ableben des Erzherzogs Albrecht, sowie für die Loyalitäts-Kundgebung gegenüber Sr. Majestät der Allerhöchste wärmste und anerkennendste Dank ausgesprochen wird.

Weiters macht der Vorsitzende die Mittheilung, dass heute auch Bürgermeister Dr. Rochowanski (Troppau) zu den Berathungen erschienen ist.

Dr. Wachtel zieht auf Grund der Ausführungen des Referenten Dr. Vogler seinen Antrag bezüglich Vorschreibung der Rentensteuer am Sitze des Steuerschuldners zurück.

Abstimmung:

Im Sinne einer im Laufe der Debatte gegebenen Anregung wird beschlossen, dass seitens des Städtetages eine Petition im Sinne der Anträge der Stadt Wien zu überreichen sei; es wird daher nicht den einzelnen Landeshauptstädten überlassen, Petitionen zu überreichen. (Einstimmiger Beschluss.)

Es wird ferner der Antrag des Dr. Wachtel (Zuweisung eines Drittels des Mehrerträgnisses an die Städte) einstimmig angenommen.

Desgleichen wird der Antrag Dr. Byk bezüglich der Gleichstellung der Gebäudesteuer mit der Grundsteuer in Absicht auf die zu gewährenden Nachlässe ꝛc.... einstimmig angenommen.

Hiedurch entfällt die Abstimmung über den denselben Punkt betreffenden Antrag Dr. Leo, welcher seinen diesbezüglichen Antrag zu Gunsten des allgemeiner formulierten Antrages Dr. Byk zurückzieht.

Endlich wird der Antrag Dr. Byk bezüglich der Steuervorschreibungen für die Eisenbahnen in der Form einstimmig angenommen, dass in der Motivierung der Petition auf dieses Moment hinzuweisen sei.

Beschluss:

Es ist seitens des Präsidiums des Städtetages eine Petition mit folgenden Petiten zu überreichen:

a) dass ein der Bevölkerungszahl und Steuerleistung der Landeshauptstädte entsprechender Theil der den Landesfonden aus dem Mehrerträgnisse der directen Steuern zugedachten Überweisungen, welche nach den Beschlüssen des verehrlichen Steuerausschusses des hohen Abgeordnetenhauses mit rund 3,000.000 fl. in Aussicht genommen, jedoch nach Ansicht des Städtetages als zu gering zu bezeichnen sind, im Wege der Reichsgesetzgebung unmittelbar den Gemeinden der Landeshauptstädte zugewendet werde,

b) dass von den in Gemäßheit des Art. X der Ausschuss-Anträge für den Staat in Aussicht genommenen zwei Dritteln der Mehrerträgnisse der directen Personalsteuern — mindestens die Hälfte — somit ein Drittel jener Mehrerträgnisse den Landeshauptstädten zufließen soll,

c) dass die $26^{2}/_{3}$ percentige Hauszinssteuer durch eine percentuell höhere Betheiligung an den Steuernachlässen (aus dem Erträgnisse der Personal-Einkommensteuer) und durch Erhöhung des steuerfreien Abzuges für die Erhaltungs- und Amortisationskosten möglichst ausgiebig ermäßigt werde.

In der Motivierung der Petition ist auf die Benachtheiligung der Landeshauptstädte durch Änderung der Steuervorschreibungs-Vorschriften bezüglich der Eisenbahnen (25 Percent Betheiligung der Gemeinden vom flachen Land) hervorzuheben.

Dr. Kasparek beantragt, dass auch bezüglich der Vergütung der Kosten für die Besorgung der Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises eine einheitliche Petition sämmtlicher Städte durch das Präsidium des Städtetages überreicht werden möge. — Der Vorsitzende erklärt, dass eine Abstimmung über diesen Antrag nicht nothwendig sei, nachdem der diesfällige, in der gestrigen Sitzung gefasste Beschluss ohnehin im Sinne des Antragstellers aufzufassen sei.

IV. **Dr. Pogler** referiert über die Vorlage C, betreffend eine Reform des communalen Steuerwesens der Landeshauptstädte durch Zuwendung selbständiger Einnahmsquellen an dieselben.

Obermagistratsrath Lyszkowski beantragt, in dem Antrage der Stadt Wien die Worte: „die wenigstens successive Überlassung" zu ersetzen durch: „eine percentuelle Zuweisung"; weiters beantragt derselbe: „die hohe Regierung zu ersuchen, dass die Resolution des hohen Abgeordnetenhauses vom 27. März 1890, betreffend die Reform der Linienverzehrungssteuer in den Landeshauptstädten, im Sinne dieser Resolution baldigst zur Ausführung gelange."

Dr. v. Wieser beantragt, es sei auch in der in Berathung stehenden Frage eine einheitliche Petition des Städtetages durch dessen Präsidium zu überreichen.

Dr. Ernest Jäger beantragt, in den Antrag der Stadt Wien einzuschalten: „. . . . . selbständige Einnahmsquellen eröffnet werden: ohne irgendwelche weitere Belastung".

Dieser Antrag wird später zurückgezogen.

Bürgermeister Benuti beantragt, die Worte: „für geschlossene Orte" einzusetzen nach den Worten: „wobei in erster Linie", so dass der Schlussſatz des Antrages zu lauten habe: „wobei in erster Linie für geschlossene Orte die wenigstens successive Überlassung des Ertrages der Verzehrungssteuer in Aussicht zu nehmen wäre".

Abstimmung:

Antrag Dr. v. Wieser einstimmig angenommen.

Antrag der Stadt Wien mit der Modification Benuti einstimmig angenommen.

Beschluss:

Es ist seitens des Präsidiums des Städtetages eine Petition mit folgenden Petiten zu überreichen:

Es möge mit thunlichster Beschleunigung, wennmöglich gleichzeitig mit dem Beginne der Wirksamkeit der neuen Steuergesetze, eine Reform des communalen Steuergesetzes der Landeshauptstädte in der Richtung in das Leben gerufen werden, dass diesen Gemeinden zu ihren bisherigen Zuflüssen eigene und selbständige Einnahmsquellen eröffnet werden, wobei in erster Linie für geschlossene Orte die wenigstens successive Überlassung des Ertrages der Verzehrungssteuer in Aussicht zu nehmen wäre.

Bürgermeister Dr. Portugall dankt dem Bürgermeister Dr. Grübl sowie der Gemeindevertretung von Wien für die Einberufung und den Empfang der Delegierten in Wien; dankt ferner den Wiener Referenten für ihre Mühewaltung und gibt seiner aufrichtigen Befriedigung über das einmüthige Zusammenwirken sämmtlicher Delegierten Ausdruck.

Mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser werden die Verhandlungen des Städtetages geschlossen. (3 Uhr nachmittags.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 26. und 28. Februar 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	3414 Stück
Fettschweine	8086 „
Summa .	11500 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8621 Stück
für das Land	1741 „
unverkauft blieben	1138 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 35 bis 40 (—) kr. } per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . . „ 33 „ 40 (43) „ }

Der Geschäftsverkehr war an beiden Markttagen flau und ist ein Preisfall von 1 bis 2 kr. per Kilogramm zu verzeichnen.

* * *

Pferdemarkt vom 26. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 346 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . . 60 – 500 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde . . . . 20 – 80 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 28. Februar 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3358, Kälber lebend 55, Lämmer Waidner 3221, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 232, Schafe lebend 6399, Schweine Waidner 1472.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg.	von 32 (34)	bis 60 (—)	kr.
Kälber lebend	" "	" 42 (—)	" 46 (—)	"
Schweine Waidner	" "	" 34 (—)	" 50 (—)	"
Schweine lebend junge	" "	" —	" —	"
Schweine lebend fette	" "	" —	" —	"
Lämmer Waidner	" Paar	von 4	bis 9	fl.
Lämmer lebend	" "	" —	" —	"
Schafe Waidner	" Kg.	von 30 (—)	bis 48 (—)	kr.
Schafe lebend	" "	" 20 (—)	" 28½ (—)	"
Schafe lebend	" Paar	von 10	bis 26½	fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 775 Stück Kälber weniger zugeführt. Infolge des Faschingsschlusses war die Kauflust sehr flau und sind Preisrückgänge von 4 bis 8 kr. per Kilogramm eingetreten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 1439 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge ungünstiger Exportlage flau und sind daher die Preise um 1 fl. per Paar gefallen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 28. Februar 1895 268 Stück Mast- und 216 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu den Preisen des Hauptmarktes gehandelt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 25. Februar bis 28. Februar 1895:

Für Neubauten:

V. Bezirk: Haus, Schallergasse 6, von Heinrich Stagl, Baumeister (1066).
VIII. Bezirk: Haus, Feldgasse 10, von Ludwig Richter, IX., Clusiushof, Bauführer Franz Klein (1077).
IX. Bezirk: Haus, Liechtensteinstraße 92, von Albert Dub, Weihburggasse 16, Bauführer A. Goldenberg (1075).
" " Haus, Pramergasse 6, von Ludwig Richter, IX., Clusiushof, für Franz Zeibek, Bauführer Franz Klein (1076).
" " Haus, Berggasse 23, Porzellangasse 1, von Emil Ritt. v. Förster, Maximilianplatz 14, für Franz Macht, Bauführer Luckeneder & Miserowski (1101).
" " Haus, Sobieskigasse, Grundb.-Einl. 1609, von Josef Dreisieber, Spittelauerlände 39, Bauführer P. Zimmermann (1111).
X. Bezirk: Schröttergasse, Einl.-Z. 1515, von Jakob S. Straßberg, Bauführer Joh. Schweitzer (7803).
" " Buchengasse, Einl.-Z. 2495, von W. Ph. Hauck, Bauführer Joh. Schweitzer (7802).
" " Columbusgasse 102, von Karl Drexler, Bauführer Joh. Doležal (7817).
XI. Bezirk: Sägewerksanlage, Simmeringer Hauptstraße 497, Parc. 1702/1, 1701, von August Höniger, XI., Simmeringer Hauptstraße 497, Bauführer Joh. Mitsch (3330).
XIII. Bezirk: Zweistöckiges Haus, Penzingerstraße 84, von Dr. Matthäus und Marie Much, Bauführer Karl Ziegelwanger, Baumeister (5948).
XV. Bezirk: Dreistöckiges Wohnhaus sammt Stall und Schupfen, Geyschlägergasse Conscr.-Nr. 709, Or.-Nr. 14, von Jakob und Theresia Blamm, XVI., Gablenzgasse Or.-Nr. 4, Bauführer Th. Hofer, Baumeister, XVI., Joh. Nep. Bergerplatz 4 (5211).
XVIII. Bezirk: Neubau (Wohnhaus), Höckegasse 20, von Therese Weißhappel, Gersthof, Salierigasse 34, Bauführer Josef Ros, Stadtbaumeister (6121).
" " Säulengasse, Einl.-Nr. 1402, Parcelle, von Karl und Julie Edinger, XVIII., Sempergasse 22, Bauführer Franz Nazler, Maurermeister (6310).

Für Umbauten:

XVIII. Bezirk: Haus, Gentzgasse 23, von Marie Klima, IX., Sechsschimmelgasse 9, Bauführer Leopold Klima, Stadtbaumeister (6120).

Für Zubauten:

XIII. Bezirk: Stalltract, Iheringgasse 16, von Karl Kittel, XIII., Sternwartestraße 61, Bauführer Karl Kittel, Maurermeister. (6297.)

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Dorotheerg. 11 und Spiegelg. 10, von Ignaz Fleischer Salomon Steiner, Kärnthnerring 3, Bauführer R. Jäger (1067).
VI. Bezirk: Webgasse 43, von Karl Schneda, Bauführer C. Brunner (1029).
" " Gumpendorferstraße 58a, von Michael Pollak, Bauführer C. Lang (1032).
VII. Bezirk: Neubaugasse 27, von Josef Nagl, Bauführer C. Semeleder (1062).
" " Burggasse 119, von Heinrich Stagl, Baumeister (1035).
" " Neustiftgasse 23, von Marie Kaffer, Bauführer Johann Lausecker (1072).
VIII. Bezirk: Langegasse 25, von Dr. C. Baron Horosch, Bauführer Th. Kazda (1033).
XII. Bezirk: Schönbrunnerstraße 154, von Johann Berger, Bauführer Josef Bayer (5875).
" " Hetzendorf, Hauptstraße 69, von Dr. Wilhelm Korwin, Bauführer ? (6426).
XVII. Bezirk: Klopstockgasse 6, von Rosalia Hermann, ebenda, Bauführer August Schlesak (7806).
" " Hauptstraße 110, von Adele Holletschek, ebenda, Bauführer Johann Kreutzer (7971).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Kesselhaus-Vergrößerung, Obere Donaustraße 23, von der Allg. österr. Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer W. Schimitzek (1001).
XIII. Bezirk: Veranda, Hüttelbergstraße 4, von Amalia Richter, Bauführer A. Schwarz, Zimmermeister (6299).
XVI. Bezirk: Glasdach über einen Hoftheil, Haymerlgasse 32/34, von Karoline Greger, ebenda, Bauführer Heinrich Sasse (9745).
XVII. Bezirk: Gartenzaun, Hernalser Hauptstraße 199, von Johann Gart, VIII., Laudongasse 29, Bauführer ? (7803).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Hauptstraße 61, von Josef Kalas, Salmgasse 13 (1036).
VI. Bezirk: Millergasse 1, von Wendelin Kühnel, Gießaufg. 2 (1065).
" " Magdalenenstraße 57, von Josef Himmelbauer (1088).
VII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 95, von Franz und Marie Weber (1019).
" " Lerchenfelderstraße 135/137, von Robert Herzfelder, IV., Paniglgasse 19 (1027).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, E.-Z. 788, von Ferdinand Schenner Schönbrunnerstraße 114 (5751).
XIII. Bezirk: Ober-St. Veit, E.-Z. 753, Cat.-Parc. 886/4, von Franz Dworzak (6353).
XVI. Bezirk: Ottakring, Baustelle E.-Z. 1769, P. 2578, Roseggergasse, von Wilhelm und Antonia Zidek (10342).
XVIII. Bezirk: Gersthof, Parcelle, Wiese, von Don Sales Reisinger, Procurator des Barnabiten-Collegiums St. Michael (6109).
" " Währing, E.-Z. 157, Gentzgasse 23, von Marie Klima, IX., Sechsschimmelgasse 9 (6262).
" " Gersthof, P. 683, E.-Z. 369, Hockegasse 20, von Therese Weißhappel, Salierigasse 34 (6257).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

IV. Bezirk: Karolinengasse 13, von Karl Holzmann, Baumeister (1073).
VII. Bezirk: Zieglergasse 75, von Georg Kleibl, Maurermeister (1090).
VIII. Bezirk: Lerchenfelderstraße 132, von Adolf Goldenberg, Baumeister (1025).
IX. Bezirk: Mariannengasse 18, von Ferdinand Dehm & F. Olbricht, Baumeister (1007).
" " Porzellangasse 10, von Luckeneder & Miserowski, Baumeister (1018).
" " Währingerstraße 33, von Josef Marek, Baumeister (1083).
" " Sensengasse 8, von Josef Marek, Baumeister (1084).
XIII. Bezirk: Penzingergasse 84, von Dr. Matthäus Much, Demolierender Karl Ziegelwanger, Baumeister (6300).

Gewerbeanmeldungen vom 25. Februar 1895.

Reißer Anton — Bäcker — X., Quellengasse 244.
Ethofer Josef — Fleischselcher — X., Quellengasse 101.
Mayer Heinrich — Fleischhauer — XIV., Reindorfgasse 25.
Müllner Robert — Friseur und Raseur — XIV., Sechshauserstraße 76.
Kaisergruber Josef — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Heiligenstädterlände 1.
Loicht Anna — Gastwirtsgewerbe — V., Hundsthurmerstraße 63.
Mayer Antonie — Gastwirtsgewerbe — XIV., Sechshauserstraße 3.
Zechmeister Josef — Gastwirtsgewerbe — XIV., Karolinengasse 13.
Wögenstein Josef — Glaser — XII., Wilhelmstraße 54.
Blaschke Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Erlachgasse 68.
Fößler Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstr. 50.
Hayna Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Rüdigergasse 27.
Mauser Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wienstraße 95.
Scharrer Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Himbergerstr. 92.
Zischka Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Hauptstraße 493.
Wögenstein Magdalena — Geschirrhandel — XII., Wilhelmstraße 54.
Bernhuber Emil — Handel mit Mineralölen und technischen Bedarfsartikeln — V., Bachergasse 3.
Drofenik Rochus — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Delavec" — V., Reinprechtsdorferstraße 18.
Petr Franz — Hutmacher — V., Hundsthurmerstraße 113.
Gschoßmann Anton — Kaffeeschank — X., Simmeringerstraße 138.
Schlemmer Jakob — Klaviermacher — V., Anzengrubergasse 12.
Riglhofer Johann — Kleinfuhrwerk — V., Nikolsdorferstraße 31.
Lenz Emanuel — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — III., Rennweg 66.
Nowotny Franz — Herrenkleidermacher — XIV., Huglgasse 15.
Friedrich Marie Anna — Kunstblumen-Erzeugung — V., Siebenbrunnengasse 63.
Schloß Wilhelm — Lederhandel — V., Hundsthurmerstraße 119.
Nowotny Franz — Maskenleihanstalt — XIV., Huglgasse 15.
Vogler Katharina — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Rüdigerg. 12.
Rouchetti Marie — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XV., Karmeliterhofgasse 2.
Brzinek Franz — Musiker — V., Wienstraße 89.
Dögelmayer Paul Alois — Musiker — V., Siebenbrunnengasse 39.
Brill Siegmund — Provisionsagentie für eine Firma — V., Anzengrubergasse 30.
Erlich Heinrich — Schlosser — V., Wienstraße 45.
Musyl Josef — Schuhmacher — V., Wienstraße 30.
Hirsch Mathilde — Spirituosenhandel — X., Simmeringerstraße 171.
Rößel Katharina — Spirituosenhandel — X., Laxenburgerstraße 99.
Micka Josef — Taschner — XV., Tellgasse 1.
Simácek Cyrill — Tambourierwaren-Erzeugung — V., Reinprechtsdorferstraße 13.
Habenicht Josefine — Tischlergewerbe — XIV., Grimmgasse 7.
Findeis Antonie — Wäsche-Feinputzerei — V., Siebenbrunnengasse 65.
Spira Bertha — Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — III., Erdbergstraße 84.
Vogl Anna — Victualienhandel — III., Schimmelgasse 15.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. Februar 1895.

Blumenfeld Bernhard — Allgemeiner Commissionswarenhandel — I., Grand Hotel.
Blumenfeld Bernhard — Allgemeine Handelsagentie — I., Grand Hotel.
Korb Josef — Buchbinder — XV., Neubaugürtel 44.
Breuer Josef, Breuer Ernst — Commissions-Verschleiß von Ölen, Fahrrädern — XV., Hanglüsgasse 5.
Rydl Anton — Drechsler — XV., Sechshauserstraße 20.
Frankl Adolf — Fabriksmäßiger Betrieb des Schuhmachergewerbes — XVII., Jörgerstraße 30.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.